

Vorwort des Herausgebers

Der Nachkriegsirak 2004 – sofern dieser Ausdruck angesichts täglicher Gewaltakte und mehr getöteter alliierter Soldaten als während der Hauptkampfphase 2003 überhaupt zulässig ist – stellt die internationale Gemeinschaft, vor allem aber die USA und die irakischen politischen Kräfte vor erhebliche Probleme und Herausforderungen.

Neben der Notwendigkeit, Ruhe und Ordnung herzustellen, die öffentliche Infrastruktur aufzubauen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen rasch zu verbessern gilt es besonders, die Weichen für die Zukunft zu stellen und das Fundament für einen selbsttragenden inneren und äußeren Frieden zu legen. Die Klärung der Statusfrage für die im Norden des Landes konzentrierten und immerhin mehr als ein Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmachenden Kurden zählt dabei ebenfalls zu den zentralen Herausforderungen.

Das „Kurdenproblem“ stellt in diesem Kontext ein Synonym für die Komplexität eines grenzüberschreitenden, ungelösten politischen Konfliktes dar, dessen Ursprünge in die geopolitische Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg reichen.

Nach der Befassung mit der politischen Rolle des Islam und schiitischer Kleriker in der Studie „Irak 2003 – Aspekte eines Umbruchs“ setzt sich Walter Posch diesmal intensiv mit den Hintergründen und der Integrationsproblematik der irakisch-kurdischen Bevölkerung, ihren politischen Akteuren und deren Ambitionen auseinander. Er bietet dabei nicht nur eine leicht fassbare und gut strukturierte Übersicht zu diesem Thema, sondern weist auch pointiert auf kritische Punkte im Zusammenhang mit gesamtirakischen Lösungsansätzen hin.

Diese informative Analyse ermöglicht auch einem vielleicht weniger mit der Materie vertrauten Leser, die Verfassungsentwürfe im Anhang kritisch zu hinterfragen. Im Besonderen darf dabei auf den von Prof. Jona-

than Brown übersetzten und kommentierten Entwurf für ein provisorisches Übergangsgesetz vom Jänner 2004 hingewiesen werden. Obwohl die im März verabschiedete Fassung davon abweicht, bietet er wertvolle Erklärungen und Vergleiche mit anderen Verfassungen in der arabischen Welt.

Wien, im April 2004

Dr. Walter Feichtinger, Oberst

Vorbemerkung

Mit der vorliegenden Arbeit werden meine Irak Studien an der Landesverteidigungsakademie zu Wien fürs erste abgeschlossen. Nach einer grundlegenden Arbeit über den Irak unter Saddam Hussein (2002) und einer Studie über die irakischen Schiiten nach dem Fall Saddams (2003) lege ich nun eine kleine Arbeit über die irakischen Kurden vor. Die von mir geplanten Studien über die islamistischen Extremisten in irakisch-Kurdistan und über den Widerstand im Irak müssen aus persönlichen Gründen auf unbestimmte Zeit verschoben werden, obwohl ich bereits reichlich Vorarbeit dazu geleistet habe.

Im Zusammenhang mit den verschiedenen Autonomieregelungen für die irakischen Kurdengebiete stellte sich das Problem sachkundiger verfassungsrechtlicher und völkerrechtlicher Expertisen, die von mir nicht geleistet werden konnten und auch nicht im Mittelpunkt meines Interesses standen. Gleichzeitig wurde die irakische Übergangsverfassung unterzeichnet und dem Problem der irakischen Verfassung wurde sowohl mit Blick auf die kurdische Autonomie aber auch hinsichtlich anderer Fragen in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert.

Daher griff ich auf die Kommentare von Nathan J. Brown, Professor of Political Science and International Affairs an der George Washington University/Washington D.C., zurück. Prof. Brown, dem ich auf diesem Wege herzlich danke, erlaubte mir, sowohl seine Übersetzung des Verfassungsentwurfes vom Jänner 2004 als auch seinen Kommentar zum neuen Grundgesetz zu veröffentlichen. Zusammen mit den kurdischen Verfassungsentwürfen und dem englischen Text des neuen irakischen Grundgesetzes bilden sie nun den zweiten Teil des Bandes, der in englischer Sprache gehalten, als Reader für die aktuelle Verfassungsgeschichte des Irak gedacht ist. Die genannten Texte sind meines Wissens noch nirgends im Druck erschienen, sondern auf verschiedenen Internetseiten publiziert. Danken möchte ich auch der Presseabteilung der amerikanischen Botschaft, die mich freundlicherweise über die Rechtslage zur Publikation des von der CPA veröffentlichten Grundgesetzes aufgeklärt hat.

Abschließend danke ich noch allen Kolleginnen und Kollegen aus der Orientalistik und dem Bundesheer, die die Geduld aufbrachten, sich meine langwierigen Ausführungen und Überlegungen anzuhören und rechtzeitig zu hinterfragen.

Walter Posch, März 2004

TEIL I

WALTER POSCH

ENTWICKLUNG UND ENTWICKLUNGSMÖGLICHKEITEN DER KURDISCHEN SELBSTVERWALTUNG IM IRAK

Mit über 20% Anteil an der irakischen Gesamtbevölkerung sind die Kurden nach den Arabern die größte ethnische Gruppe des Irak. Die politische Erfahrung der irakischen Kurden unterscheidet sich von den Erfahrungen der Kurden des Irans, der Türkei und Syriens vor allem dadurch, dass der Kampf für die Unabhängigkeit oder zumindest für Selbstverwaltung von ihnen seit den 1940er Jahren fast ununterbrochen mit wechselndem Erfolg geführt wurde. Die Geschichte der beiden heute aktiven nationalistischen Kurdenparteien reicht zum Teil in jene Zeit zurück.

Die Einrichtung der Flugverbotszonen durch die Alliierten im Jahre 1991 ermöglichte eine vom Regime Saddam Husseins unabhängige Entwicklung in den von den beiden Parteien regierten Gebieten. Die Reintegration der irakischen Kurdengebiete in den Gesamtstaat erfordert eine genaue Definition der kurdischen Autonomie oder eine Präzisierung des irakischen Föderalismus, was bisher entweder vermieden wurde oder wozu man einfach nicht in der Lage war. Die Lösung dieser Frage ist neben der Präzisierung der Rolle des Islam in der irakischen Politik und Gesellschaft sowie einer endgültigen Klärung der Rolle der schiitischen Kleriker im politischen Gefüge des Landes spätestens im Zusammenhang mit der Erstellung einer neuen irakischen Verfassung zu leisten.

In den folgenden Kapiteln soll keinesfalls die Geschichte der (gescheiterten) irakischen Kurdenaufstände und ihre brutale Unterdrückung zum wiederholten Male ausgebreitet werden. Wer sich hauptsächlich dafür interessiert, möge die einschlägigen Arbeiten von Strohmeier – Yalcin-

Heckmann, Tripp, Aburish und vor allem McDowell zu Rate ziehen.¹ Das Hauptaugenmerk dieser Arbeit liegt auf der Entwicklung der kurdischen Autonomie, den verschiedenen Verträgen und Regelungen auf nationaler und internationaler Ebene, in denen den irakischen Kurdengebieten Autonomie zugestanden wurde, auf dem Verhältnis der kurdischen Nationalisten zu Bagdad und zur Türkei sowie auf dem Verhältnis zwischen Kurden und Türkmene, namentlich im Raum Kirkuk, der als der sensibelste im Irak gilt. Was nicht oder nur am Rande behandelt wird, sind die erstarkenden kurdischen Islamisten, namentlich die schillernde Ansar al-Islam und die vielen Sufi-Netzwerke, die tief in die etablierten Parteien und in die Nachbarstaaten hinein reichen, die politischen Bewegungen anderer Volksgruppen wie der Chaldäer und Assyrer und die weiteren geostrategischen Absichten der USA. Die genannten Punkte würden jeweils eine eigene Studie rechtfertigen.

1. Die kurdische Autonomie im Irak: Zwischen Anspruch und Realität

Seit seiner Gründung gab es im Irak Bestrebungen, die für mehr kulturelle und politische Rechte der Kurden eintraten. In vielen Fällen wurden weitreichende Zugeständnisse gemacht, die jedoch von den Bagdader Regierungen nie eingehalten wurden. Sogar die unter Saddam Hussein geschlossenen Verträge sind objektiv betrachtet minderheitenfreundlich formuliert. Dies ist deshalb von Bedeutung, weil von Seiten der kurdischen Nationalisten wohl kaum mit Abstrichen hinsichtlich einmal gewährter Zugeständnisse zu rechnen ist. Andererseits mögen andere, damals nicht aktive oder ohnmächtige politische Akteure alle einmal versprochenen Autonomieregelungen für null und nichtig erachten, da diese ja mit Saddam Hussein oder mit den Nationalisten abgeschlossen worden sind und deren Herrschaft als illegitim betrachtet werden kann. Weder der IGC noch die CPA sind befugt, Autonomieregelungen namens des Staates Irak zu sanktionieren; dies kann nur durch eine legitime ge-

¹ ABURISH, Saïd K.: *Saddam Hussein. The Politics of Revenge*, London 2000; McDOWELL, David: *A Modern History of the Kurds*, London 2000 (3. Aufl.); STROHMEIER, Martin und Lale YALÇIN-HECKMANN: *Die Kurden, Geschichte, Politik, Kultur*, München 2000.

wählte Regierung geschehen. Jetzt rächt es sich, dass es keine wirklichen arabisch-nationalistischen Nachfolger im irakischen Zentralstaat mehr gibt, die über nennenswerten Einfluß verfügen und die als einzige einer Autonomieregelung zugunsten der Kurden die notwendige arabisch/irakisch-nationalistische Legitimation geben könnten.

1.1. Einleitung

Das kurdische Streben nach Autonomie im oder gar Unabhängigkeit vom Irak ist so alt wie der moderne Irak selbst. Schon in den 1920er Jahren kam es zu großen Aufständen und einer de facto von Bagdad unabhängigen Region. Von den späten 40er Jahren bis in die frühen 70er leitete der charismatische Mulla Mustafa Barzani als Vorsitzender der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK/KDP)² den kurdischen Widerstand gegen die jeweiligen Regierungen in Bagdad. In den 60er Jahren formierte sich Opposition gegen seine z.T. autoritäre Herrschaft, die von Ahmad Ibrahim und seinem Schwiegersohn Jalal Talabani geleitet wurde. Nach der Niederschlagung des großen Kurdenaufstandes 1975 und dem Abtritt Mustafa Barzanis von der politischen Bühne 1976 gründete Talabani die Patriotische Union Kurdistans (PUK).³ Die beiden Parteien traten alsbald in scharfe Konkurrenz zueinander, nahmen im ersten Golfkrieg (Iran-Irak-Krieg 1980-88) gerne die Hilfe Teherans an, verbündeten sich jedoch beizeiten sogar mit dem Erzfeind Saddam Hussein, der mehrmals, am grausamsten 1988, Giftgas gegen die kurdische Zivilbevölkerung einsetzte. Bis zum großen Aufstand von 1991 herrschte nun Grabesstille in der Region. Das änderte sich erst mit dem Aufstand nach dem Ende des zweiten Golfkrieges (Kuwait-Krieg).

Die genauen Umstände für den Aufstand von 1991 werden noch diskutiert. Fest steht, dass er im Süden unter den Schiiten und aus Kuwait zurückkehrenden Soldaten zuerst ausbrach und dass die Aufmunterung durch US-Präsident George Bush sen. ausschlaggebend war. Der Aufstand wurde von Saddam-loyalen Truppen brutal unterdrückt und mehr

² Im Text wird der gängigen englischen Abkürzung KDP der Vorzug gegeben.

³ Die Entstehungsgeschichte der wichtigsten kurdischen Parteien bei POSCH, Walter: *Irak unter Saddam Hussein. Das Ende einer Ära? Historischer Hintergrund, Akteure, Szenarien* (Schriftenreihe der LVAK 13/2002), Wien 2002, SS. 152-166.

als eine Million Kurden und anderthalb Millionen Schiiten in die Nachbarstaaten vertrieben. Die Internationale Gemeinschaft reagierte spät und zögerlich auf diese humanitäre Katastrophe. Im Zuge der von den USA, Großbritannien und Frankreich eingerichteten Flugverbotszonen konnten die meisten kurdischen Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren. Den beiden Parteien KDP und PUK gelang es, für einen Teil der kurdisch-besiedelten Gebiete des Irak eine Autonomie zu erlangen. Diese Autonomie und de-facto-Unabhängigkeit stellten in mehrer Hinsicht ein Novum dar. Um die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten über das Verhältnis Kurden – Irak besser verstehen zu können, wird im folgenden Abschnitt die Geschichte der kurdischen Autonomie- und Unabhängigkeitsbestrebungen kurz rekapituliert.

1.2. Britisches Mandat und Völkerbund

Die kurdischen Wünsche nach Autonomie und später gar nach Unabhängigkeit Kurdistans⁴ wurden während des Ersten Weltkrieges von den Briten unterstützt, die sich davon eine Schwächung der osmanisch-türkischen Position versprochen. So hatten Großbritannien und Frankreich am 7. November 1918 allen Völkern des Osmanischen Reiches Selbstverwaltung versprochen.⁵ Doch die Behauptung, das den Kurden unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Friedensvertrag von Sèvres 1920 ein eigener Staat zugesagt und im Vertrag von Lausanne 1923 verweigert worden sei,⁶ ist so nicht richtig. Zwar konnte man sich auf den aus Sulaymaniya stammenden osmanischen Ex-General Sherif Pasha als kurdischen Vertreter in Sèvres einigen, und dieser konnte die Westmächte von der Existenz eines eigenen, von Ar-

⁴ Die Geographie „Kurdistans“ wird hier nicht weiter ausgeführt. Eine Diskussion über diesen Begriff siehe bei POSCH, *Saddam Hussein*, S. 54f; für Kurdistan in historischen Quellen siehe POSCH, Walter: „What is a Frontier, Mapping Kurdistan between Ottomans and Safavids“, in: JEREMIAS, Eva: *Irano-Turkic Cultural Contacts in the 11th – 17th Centuries*, Piliscsaba 2002, S. 203-215.

⁵ McDOWELL, S. 163.

⁶ O’LEARY, Carole: „The Kurds of Iraq: Recent History, Future Prospects,“ in: *Middle East Review of International Affairs*, 6/4 Dezember 2002, S. 17-29.

menien unabhängigen Kurdistan tatsächlich überzeugen.⁷ Doch Günter Behrendt wies in seiner Analyse des Vertragstextes schlüssig nach, dass die genannten Artikel (Sèvres 62-64; d.i. Abschnitt III „Kurdistan“)⁸ von den Briten so vorsichtig formuliert wurden, „dass, selbst wenn alle Beteiligten den Vertrag [...] eingehalten hätten, daraus realistischerweise kein eigenständiger Staat Kurdistan hätte entstehen können.“⁹ Artikel 62 besagt, dass eine alliierte Kommission ein Autonomieprojekt für Osmanisch-Kurdistan erarbeiten sollte, welches die Sultansregierung laut Artikel 63 umzusetzen hätte. Und schließlich besagt Artikel 64 nicht viel mehr als dass die englische Regierung sich noch nicht entschieden hatte, ob sie Kurdistan von den Resten des Osmanischen Reiches abtrennen will oder nicht.¹⁰ Die Unabhängigkeit oder Autonomie für Kurdistan im Vertrag von Sèvres war also keine Garantie für die Kurden, einen eigenen Staat zu bekommen, sondern eine Handlungsoption der Briten, nach Gutdünken Ansprüche auf weitere Teile des osmanischen Restreiches zu erheben.¹¹ Durch die militärischen Erfolge der türkischen Nationalisten im Osten gegen die Armenier und im Westen gegen die Griechen verlor der Vertrag von Sèvres an Bedeutung. War in diesem wenigstens noch der Begriff „Kurdistan“ vorhanden, so fehlte im nächsten wichtigen internationalen Vertrag, dem Friedensvertrag von Lausanne 1923, jeder Hinweis auf Kurdistan oder die Kurden, und dem neuen türkischen Staat (also nicht mehr dem Osmanischen Reich!) wurde die volle Souveränität über das von ihm militärisch gehaltene Gebiet zugesprochen.¹²

⁷ NOKTALI, Arif: „1800’lerden 1980’e Kürt Sorunu,“ in: *Cumhuriyet Dönemi Türkiye Ansiklopedisi* XIII, S. 842-852, hier 844.

⁸ Den Wortlaut siehe bei McDOWELL, S. 464f.

⁹ BEHRENDT, Günter: *Nationalismus in Kurdistan. Vorgeschichte, Entstehungsbedingungen und erste Manifestationen bis 1925*, Hamburg 1993, S. 339f. Die Kurden sehen das natürlich anders. In der Präambel zum Verfassungsentwurf heißt es wörtlich: „*In spite of the 1920 Treaty of Sevres that recognized the right of self-determination in articles 62-64, international interests and political expediency prevented the Kurds from enjoying and practising this right.*“ Siehe www.krg.org/docs/K_Const.asp und Teil II A.1.

¹⁰ BEHRENDT, S. 340; BRUINESSEN, S. 173.

¹¹ BEHRENDT, S. 341.

¹² Ebenda, S. 354f.

Die Briten planten ursprünglich mittels Vasallenfürsten mit wenigen Garnisonen und einigen politischen Offizieren („Berater“) zu regieren, d.h. eine indirect rule nach dem Muster Indiens einzuführen. Einer der Vasallen hätte Sheikh Mahmud Barzinji werden sollen.¹³ Er wagte aber 1919 einen großen Aufstand gegen die Briten, der diese zwang, frühere Überlegungen wie die Anerkennung einer Provinz Süd-Kurdistan oder das Projekt einer arabischen Provinz Mosul, die in ihren gebirgigen Randgebieten von kurdischen Kleinstaaten mit englischen „Beratern“ umgeben wäre,¹⁴ neu zu überdenken. 1922 nahm Sheikh Mahmud Barzinji Suleymaniya zum zweiten Mal ein und ließ sich als Mahmud I. zum „König von Kurdistan“ ausrufen. Er wurde oft als moderner, auf Unabhängigkeit bedachter Nationalist dargestellt, doch er regierte mit den traditionellen Mitteln der Stammesfürsten¹⁵ und war nach seinem ersten Aufstand 1919 sogar bereit, das „unabhängige“, von ihm beherrschte Kurdistan unter britische Oberhoheit zu stellen.¹⁶ Dennoch muss für die damalige Zeit mindestens ein im Entstehen begriffener kurdischer Nationalismus konstatiert werden, der in Suleymaniya und Kirkuk am stärksten war. Die Briten förderten und unterstützten diesen Nationalismus, den sie gegen die osmanische und später türkische Propaganda, die weit bis in die 20er Jahre andauerte, setzten. Nur vor dem Hintergrund der ursprünglich antiosmanischen Zielsetzung wird die britische Förderung der kurdischen Kultur und des kurdischen Nationalbewusstseins verständlich. Die englische Unterstützung ging so weit, eine kurdische Grammatik und die erste kurdische Tageszeitung in Suleymaniya durch Mjr Soane zu veröffentlichen.¹⁷ Diese Maßnahme hatte übrigens weitreichende Folgen: Im 20. Jahrhundert setzte sich das Sorani als Standardsprache für die kurdischen Gebiete des Irak durch.

Weiter wollten und konnten die Briten nicht gehen, da sie sich bereits für die Errichtung des haschemitischen Königreiches Irak entschieden hatten und Faysal I. die Möglichkeit einer Sezession der kurdischen Ge-

¹³ Ebenda, S. 324f.

¹⁴ McDOWELL, S. 165.

¹⁵ Den Einfluss der Stämme siehe bei POSCH, *Saddam Hussein*, S.63f.

¹⁶ McDOWELL, S. 155-171, insb. S. 156f.

¹⁷ Für die weiteren Aktivitäten Soanes und die von ihm publizierten Werke siehe McDOWELL S. 158f. und BEHRENDT, S. 349f (Anm. 76, 79).

biete verhindern wollte. Außerdem brauchte er die sunnitischen Kurden, um zu verhindern, dass im zukünftigen Irak die Schiiten dominieren.¹⁸ Die Möglichkeit einer politischen Einheit namens „Kurdistan“ auf dem Gebiet des zukünftigen irakischen Staatsgebietes wurde von den Briten auf der Konferenz von Kairo 1921 endgültig verworfen. Mit anderen Worten: die kurdischen Wünsche wurden den strategischen Interessen der Engländer untergeordnet, auch wenn die Notwendigkeit einer gemischten anglo-kurdischen Verwaltung sowohl vom englischen Hochkommissar Sir Percy Cox als auch vom Leiter des Colonial Office, Winston Churchill, betont wurde. Letzterer wies noch ausdrücklich darauf hin, dass man die Kurden nicht unter arabische Herrschaft stellen soll, sofern sie das nicht wünschten.¹⁹ In der Umsetzung seiner Politik beachtete Cox aber vor allem die Bedeutung des arabischen Nationalismus und tat alles, um einen Aufstand wie 1920 zu vermeiden.²⁰ Dennoch wurde den politischen Offizieren noch 1922 erlaubt, in informellen Gesprächen mit kurdischen Würdenträgern darauf hinzuweisen, dass es den Kurden frei stünde, eine eigene Regionalregierung zu bilden.²¹

1922 verlangte eine kurdische Delegation aus Suleymaniya die Anerkennung eines unabhängigen Süd-Kurdistans, das alle mehrheitlich kurdischen Gebiete beinhalten sollte, und die Einsetzung einer Kommission zur Grenzziehung zwischen dem Irak und Kurdistan. Vor dem Hintergrund der Erfolge Sheikh Mahmuds und der relativ erfolgreichen türkischen Propaganda rang sich die britische Regierung im eigenen und im Namen der irakischen Regierung eine halbherzige Absichtserklärung (statement of intent) ab, die den Kurden weitgehende Autonomie im Rahmen des Irak zugestehen würde.²² Schließlich war die irakische (arabische) Regierung in Bagdad bereit die kurdische Identität im Rahmen des Staates Irak anzuerkennen.²³ Dem trug auch der irakische Ministerrat Rechnung indem er – ganz im Geiste von Sèvres – am 11. Juli 1923 un-

¹⁸ McDOWELL, S. 168.

¹⁹ Churchill sprach sogar im House of Commons von der kurdischen Autonomie im Irak. Ebenda, S. 170.

²⁰ Ebenda, S. 166f.

²¹ Ebenda, S. 162.

²² Ebenda, S. 168f.; TRIPP, S. 54.

²³ McDOWELL, S. 166.

ter anderem erklärte, keine arabischen Beamten in den kurdischen Bezirken zu ernennen und die Bevölkerung dieser Bezirke nicht zum Gebrauch der arabischen Sprache zu zwingen.²⁴ 1925 entschied der Völkerbund, dass Mosul unter irakischer Verwaltung bleiben soll, der irakische Staat aber weitere 25 Jahre unter Mandatsverwaltung stehen soll und den eigenen Charakter der kurdisch besiedelten Gebiete anerkennen möge, indem sie den Kurden Selbstverwaltung und die Pflege der eigenen Kultur durch den Aufbau eigener Institutionen zugesteht.²⁵

1.3. Die irakische Monarchie

Doch nach dem Schiedsspruch der Völkerbundkommission über Mosul war die Notwendigkeit, den Kurden noch weiter entgegen zu kommen, nicht mehr gegeben. Der neue Vertrag zwischen Großbritannien und König Faysal vom Jänner 1926 enthielt keine Garantie für die Kurden mehr, nur im Annex wurde auf die Forderungen des Völkerbundes eingegangen. Vordergründig sah es aber so aus, als ob kurdische Interessen beachtet würden: Großbritannien erklärte vor dem Völkerbund, dass administrative Maßnahmen zur Sicherstellung der Interessen der kurdischen Bevölkerung ergriffen würden und der irakische Innenminister Abd al-Muhsin al-Sa'adun²⁶ forderte in einer Rede im Parlament energisch, den Kurden und den nicht-muslimischen Minderheiten ihre Rechte zuzugestehen.²⁷ Doch im Zuge der Verhandlungen von 1930, nach denen der Irak seine Unabhängigkeit bekam und Großbritannien seinen Einfluss wahren konnte, wurde auf die kurdische Selbstbestimmung weitgehend verzichtet. Empörte Petitionen kurdischer Notabler an den Völkerbund und den englischen Hochkommissar waren die Folge.²⁸ Faysal I. gelang es, mit englischer Hilfe der Unterstützung der meisten kurdischen aghas zu bekommen. Erst zwei Jahre nach seinem Tod im

²⁴ Ebenda, S. 169.

²⁵ TRIPP, S. 58f.

²⁶ Sa'dun war ein sunnitischer Notabler, der einer Familie von *sayyids* (d.h. Nachkommen des Propheten) entstammte, die der Muntafiq genannten Konföderation verschiedener arabischer Stämme am unteren Euphrat vorstand. Eine Zeit lang war er auch Premierminister.

²⁷ McDOWELL, S. 171.

²⁸ Ebenda, S. 173.

Jahre 1935 wagte es eine Gruppe Notabler, die nicht eingehaltenen Bedingungen des Völkerbundes wieder einzufordern. Neben dem Gebrauch der kurdischen Sprache im öffentlichen Dienst verlangten sie den Zusammenschluss der kurdischen Bezirke in der Provinz Mosul zu einem von Duhok aus verwalteten Distrikt, was von Bagdad ignoriert wurde.²⁹ Zu weiteren konkreten Forderungen nach Autonomie kam es während der 30er Jahre dann nicht mehr. Erst Mulla Mustafa Barzani, der nach dem missglückten Aufstand seines Bruders Sheikh Ahmad ebenfalls zu den Waffen gegriffen hatte, wiederholte 1944 die Forderung nach der Trennung der kurdischen Bezirke von Mosul und verlangte außerdem die Einsetzung eines kurdischen Kommissars in Bagdad, dem ein Vetorecht für alle Entscheidungen der Regierung hinsichtlich Kurdistans zuzusprechen gewesen wäre.³⁰

Während der 30er und 40er Jahre durchlief der kurdische Nationalismus eine Gärungsphase und stand in Konkurrenz zu liberalen, irakisch-nationalen, pan-arabischen, sozialistischen und kommunistischen Strömungen. Während sich die irakischen Kommunisten als übernationale Kraft verstanden, in der Kurden wie Araber, Sunniten wie Schiiten Platz haben sollten, verlangte die kurzlebige Rizgari Kurd Freiheit und Vereinigung aller Kurden und formulierte die administrative Unabhängigkeit im Rahmen des irakischen Staates und Kooperation mit kurdischen Parteien im Ausland als Zwischenziel. Sie war es dann auch, die 1946 an die UNO appellierte, den Kurden das Selbstbestimmungsrecht zuzugestehen.³¹

1.4. Die Republik Irak bis zur Baath-Herrschaft

Nach dem republikanischen Putsch nasseristisch gesonnener Offiziere im Jahre 1958 wurden die Rechte der Kurden im Artikel III der neuen irakischen Verfassung durch das neue Qasim-Regime zumindest anerkannt: „Araber und Kurden sind Partner in der Heimat, und ihre nationa-

²⁹ Ebenda, S. 287f.

³⁰ Ebenda, S. 292f.

³¹ Ebenda, S. 294.

len Rechte werden im Rahmen des irakischen Staatskörpers anerkannt.“ General Qasim achtete zumindest in seinen politischen Gesten auf Gleichberechtigung: der dreiköpfige „Herrschaftsrat“ bestand aus einem Kurden, einem Schiiten und einem Sunniten.³² Die Lösung der Nationalitätenfrage schien unter Qasims Herrschaft nun greifbar. Auch die DKP, die ursprünglich den radikaleren Forderungen der Rizgari anhing, mäßigte zu Beginn der 60er Jahre ihre Forderungen, verzichtete auf ein unabhängiges Kurdistan und forderten Autonomie, was von den irakischen Kommunisten, mit denen sie eine Zeit lang kooperierte, unterstützt wurde.³³ Das neue, am 4. Parteitag 1960 beschlossene Programm forderte die Ausweitung der Rechte des kurdischen Volkes in Form einer Autonomie innerhalb des Irak und die Aufnahme eines dementsprechenden Artikels in die irakische Verfassung. Qasim stieß sich am Begriff „Autonomie“ und zwang die KDP, diesen wichtigen Artikel fallen zu lassen.³⁴ Noch im selben Jahr 1960 verschärfte General Qasim seine Politik, die nun mehr dem Stil Atatürks entsprach als dem irakischen: Er bezeichnete die Kurden als unteilbaren Teil des irakischen Volkes, und in staatlichen Zeitungen wurde von einer notwendigen „Verschmelzung“ des kurdischen Volkstums mit dem arabischen geschrieben. Von konkreten Schritten in Richtung Autonomiestatut, kulturellen Rechten oder Entwicklungshilfe für Kurdistan war nun keine Rede mehr.³⁵

In einem letzten Vorstoß der KDP im Sommer 1960 verlangte die Partei die Erklärung des Kurdischen zur offiziellen Amtssprache, die Rückkehr kurdischer Beamter aus den arabischen Provinzen sowie Fortschritte in der Landreform und Industrieentwicklung.³⁶ Ironischerweise war es der Widerstand der (überwiegend königstreuen) kurdischen Aghas gegen die Landreform, die schließlich zum kurdischen Aufstand von 1961-63 führte. Nicht die Nationalbewegung unter der KDP sondern die Stämme unter den Aghas hatten diese Revolte entfesselt. Die KDP schloss sich erst an, als Qasim die Partei im September verbieten ließ. Die Erfolge der

³² Ebenda, S. 302.

³³ Ebenda, S. 304.

³⁴ Ebenda, S. 306.

³⁵ Ebenda, S. 308.

³⁶ Ebenda, S. 308.

Aufständischen zwangen Qasim zu Zugeständnissen, dazu war es jedoch bald zu spät.³⁷

1.4.1. Die erste Baath-Regierung und die Regierungen der beiden Brüder Arif

Als die Baath 1963 gegen Qasim putschte, wurde dies von der KDP begrüßt. Gleichzeitig forderte die KDP die Zusicherung der Autonomie für Kurdistan von der neuen Bagdader Regierung.³⁸ Die Baath reagierte gelassen und gestand fürs erste kulturelle Rechte zu. Als eine Delegation der Baath Mulla Mustafa zu Verhandlungen aufsuchte, stellte dieser erstmals jene Maximalforderungen, die auch in späterer Folge immer wieder zum Scheitern einer Verhandlungslösung führen sollten: sofortige Anerkennung der kurdischen Autonomie, die sich auf fast die ganze ehemalige osmanische Provinz Mosul erstrecken soll, mit Ausnahme der Stadt Mosul selbst und inklusive Kirkuks und den dazu gehörigen Ölfeldern, sowie eine Aufteilung der Öleinkünfte im Verhältnis zwei zu eins zugunsten der kurdischen Autonomieregion und militärische und finanzielle Unabhängigkeit. Abgesehen von diesen für jede irakische Regierung inakzeptablen Vorschlägen setzte er noch ein dreitägiges Ultimatum: Sollte dies unbeantwortet verstreichen, wollte er wieder zu den Waffen greifen.³⁹ Noch vor Ende dieser Frist, am 7. März 1963, gelang es der Regierung, Mulla Mustafa zu einem Kompromiss zu überreden und der Formulierung „Anerkennung der Rechte des kurdischen Volkes auf Selbstverwaltungsbasis“ zuzustimmen. Letztendlich konnte ihn Bagdad sogar überreden, sich mit Dezentralisierung statt Autonomie zufrieden zu geben. In diesem dezentralisierten Irak hätten dann Kurdisch und Arabisch die offiziellen Sprachen in den kurdischen Provinzen sein sollen. Außerdem bedauerte die Regierung, dass Kirkuk von den Verhandlungen ausgespart bleiben sollte, da sie willens sei, internationale Lieferverpflichtungen einzuhalten.⁴⁰

³⁷ Ebenda, S. 310.

³⁸ Ebenda, S. 313.

³⁹ TRIPP, S. 172.

⁴⁰ McDOWELL, S. 314.

Die erste Herrschaft der Baath dauerte nur ein knappes Jahr. Mulla Mustafa erkannte die neuen arabisch-nationalistischen Herrscher schnell an, die gegen die Baath geputscht hatten. Der neue starke Mann in Bagdad, Abd al-Salam Arif, unterzeichnete einen Friedensvertrag mit Mulla Mustafa, in dem die Rechte der Kurden in einem vereinten Irak, die Wiederherstellung der Verwaltung in den nördlichen Provinzen und die Aufhebung der irakischen Wirtschaftsblockade gegen den Norden vereinbart wurden. Mulla Mustafa, der ganz in seiner Funktion als Herr der Barzanis und nicht im Namen der KDP unterzeichnet hatte, wurde sofort von den Leitern des Politbüros der KDP, Jalal Talabani und Ibrahim Ahmad, kritisiert,⁴¹ die bemängelten, dass in diesem Vertrag weder von Selbstverwaltung geschweige denn von Autonomie die Rede war und damit die Kernpunkte des kurdischen Widerstandes von Mulla Mustafa eigenmächtig aufgegeben worden seien. Nicht einmal das Wort „Kurdistan“ sei in diesem Werk vorgekommen.⁴² Barzani nahm später eine radikalere Haltung ein und griff wieder zu den Waffen. Nach dem Tod Abd al-Salam Arifs und der Machtübernahme seines Bruders Abd al-Rahman Arif 1965 versuchte Premierminister Bazzaz, eine friedliche Lösung auszuhandeln.

1.4.2. Die Bazzaz-Deklaration von 1966

Bazzaz legte am 29. Juni 1966 ein 15-Punkte-Programm vor,⁴³ in dem die wichtigsten kurdischen Forderungen erfüllt wurden:

- Die kurdische Nationalität wurde im Rahmen des Irak anerkannt;
- das Land wurde dezentralisiert und frei gewählte Verwaltungsräte eingesetzt;
- Kurden waren proportional in der Zentralregierung vertreten;

⁴¹ TRIPP, S. 179.

⁴² McDOWELL, S. 315.

⁴³ TRIPP, S. 187.

- Kurdisch wurde als offizielle Sprache anerkannt und alle dazugehörigen kulturellen Rechte eingeräumt;
- außerdem sollte innerhalb eines Jahres ein parlamentarisches System eingeführt werden.

Genauso wichtig waren die geheimen Absprachen: die Abtrennung der kurdischen Bezirke von Mosul und deren Vereinigung zu einer Provinz mit Hauptstadt Duhok, Wiedermehrlassung der KDP und Amnestie für die Aufständischen. Damit erfüllte der durchaus demokratisch gesonnene Nationalist Bazzaz fast alle kurdischen Forderungen. Doch weder die irakischen Militärs noch der neue Präsident Abd al-Rahman Arif akzeptierten die Autonomie oder auch nur Verhandlungen mit den Rebellen.⁴⁴ Die KDP wiederum nahm am 7. Parteikongress die Bazzaz-Deklaration zwar an, erklärte aber, dass dies nur der Beginn eines „revolutionären Prozesses“ zur Autonomie hin sein kann.⁴⁵

1.5. Vom Autonomiestatut 1970 zur de-facto-Unabhängigkeit

1968 putschte sich die Baath ein zweites und letztes Mal an die Macht. Als Panarabisten betrachteten sie Kurdistan natürlich als integralen Bestandteil des Irak. Zumindest auf dem Papier war die Partei aber bereit, die Kurdenfrage auf friedliche Weise zu lösen.⁴⁶ Hasan al-Bakr ernannte drei kurdische Minister,⁴⁷ und die Partei ging sogar so weit, ein Dekret zu erlassen, Kurdisch in allen Schulen des Landes zu unterrichten, erklärte das kurdische Neujahrsfest zum staatlichen Feiertag, versprach, eine Universität in Suleymaniya zu gründen, anerkannte das Recht der Kurden auf Bewahrung ihres Volkstums und eröffnete ein Büro für Nördliche Angelegenheiten.⁴⁸ Im Juni 1968 verkündete Bagdad, dass man bereit wäre, die kurdische Provinz Dohuk einzurichten. Schließlich

⁴⁴ Der Technokrat Bazzaz versuchte gleichzeitig den Einfluß der stark panarabischen Militärs zurückzudrängen. TRIPP, S. 188; vgl. ABURISH, S. 69.

⁴⁵ McDOWELL, S. 318.

⁴⁶ Die Partei ließ ihre panarabische Ideologie durch ihren Chefideologen Michel Aflaq recht pragmatisch interpretieren. Siehe POSCH, *Saddam Hussein*, S. 73.

⁴⁷ Zwei von der Barzani und einen von der Talabani Fraktion der KDP, die sich dann wie erwartet matt setzten.

⁴⁸ McDOWELL, S. 325.

ließ man im Parteiorgan Al-Thaura al-arabiyya verkünden, dass die Autonomie die beste Lösung für die nationalen Wünsche der Kurden sei.⁴⁹ Natürlich blieb der Baath kaum eine andere Wahl als den irakischen Bürgerkrieg, in dem die USA, Iran und Israel Mulla Mustafa unterstützten, so schnell wie möglich zu beenden. Dennoch war das zwei Jahre später ausgehandelte Autonomiestatut mehr als nur eine taktische Finte, wenn auch die spätere Politik der Partei und des damals bereits starken Mannes, Saddam Hussein al-Tikriti, diesen Schluss nahe legen.

1.5.1. Das Autonomiegesetz vom 11. März 1970

In diesem am 11. März 1970 von Mulla Mustafa Barzani und Saddam Hussein unterzeichneten Vertrag wurden folgende Autonomiepunkte⁵⁰ fest gehalten:

Kultur:

- Kurdisch wird neben Arabisch zweite Amtssprache,
- Beamte in kurdischen Gebieten müssen Kurden oder des Kurdischen mächtig sein,
- kurdische Erziehung, Kultur und Ausbildung wird gefördert.

Verfassung:

- Änderung der Verfassung zu: „Das irakische Volk besteht aus zwei Nationalitäten, der arabischen Nationalität und der kurdischen Nationalität“,
- ein Kurde muss einer der beiden stellvertretenden Staatspräsidenten werden,
- Vereinigung der Gebiete mit kurdischer Mehrheit zu einer selbstverwalteten Einheit.

⁴⁹ Ebenda, S. 326.

⁵⁰ ABURISH, Saïd K.: *Saddam Hussein. The Politics of Revenge*, London 2000, S. 87; McDOWELL, S. 327f.; POSCH, *Saddam Hussein*, S. 74; TRIPP, S. 200.

Sicherheit:

- Zugang der Kurden zu allen politisch und militärisch bedeutenden und sensiblen Ämtern und Funktionen,
- eigene Streitkräfte.⁵¹

Umsetzung:

- Für die Umsetzung wurde ein Komitee bestehend aus kurdischen und Regierungsvertretern eingesetzt, das die notwendigen Maßnahmen bis 1974 abschließen soll.

Der Punkt „eigene Streitkräfte“ besagte nur, dass die kurdischen Kämpfer als Grenzschilder eingesetzt wurden. Die Forderung nach einem Abzug der Armee aus der Region, die Mulla Mustafa ein Jahr später stellte, ging daher eindeutig über das Statut von 1970 hinaus.⁵² Auf dem Papier wurde tatsächlich eine unglaublich großzügige Lösung erarbeitet, in der Realität hatte Saddam Hussein aber niemals daran gedacht, alle Punkte umzusetzen.⁵³ Bekanntlich scheiterte auch dieses Autonomieprojekt in den folgenden beiden Jahren. Neben den technischen Schwierigkeiten wie Volkszählung zur Grenzziehung nach ethnischen Gesichtspunkten machten die handelnden Personen, der machtgierige und brutale Saddam Hussein auf der irakischen und Mulla Mustafa auf der kurdischen Seite, sowie die kurdische Forderung nach Kirkuk eine Verhandlungslösung unmöglich.

Es gab aber noch einen anderen, prinzipiellen Grund für das Scheitern des Autonomiestatuts: Mulla Mustafa, dessen Wort immer mehr Gesetz in der Partei wurde, sah die Autonomieregion als Teil einer freiwilligen Union mit den arabischen Teilen des Irak, während die Bagdader Zentralregierung die Region als unteilbaren Bestandteil des Landes betrach-

⁵¹ ABURISH, S. 87; McDOWELL, S. 329 bestätigt diesen Punkt indirekt, wenn er schreibt, dass die Regierung in Bagdad gegen Ende des Jahres damit einverstanden war, 6.000 kurdische Kämpfer als Grenzschilder zu bezahlen.

⁵² McDOWELL, S. 330.

⁵³ ABURISH, S. 87.

tete.⁵⁴ Dieser Auffassungsunterschied ist nicht nur für die Zeit der Baath und der KDP wichtig, sondern gilt auch heute noch: Kaum ein arabischer Iraker ist wirklich glücklich mit der kurdischen Autonomie und kaum ein Kurde begeistert sich für einen Verbleib im Irak. 1974 scheiterte das Autonomiestatut endgültig an der leidigen Kirkuk-Frage. Die Baath veröffentlichte am 11. März 1974 ihr neues Autonomiegesetz und stellte Barzani ein zweiwöchiges Ultimatum, das dieser im Vertrauen auf die Iraner und die USA ablehnte.⁵⁵

1.5.2. Autonomiegesetz vom 11. März 1974 (Auszug)⁵⁶

Definition:

- Kurdistan erstreckt sich auf jene Provinzen, in denen nach der Volkszählung 1957 die Kurden die Mehrheitsbevölkerung stellten (d.h. ohne Kirkuk),
- es genießt Autonomie entsprechend dem Abkommen vom 11. März 1970,
- Arbil ist die Hauptstadt der Region.

Staat und Provinz:

- Die Finanzhoheit der Provinz ist in die Finanzgebarung des Staates eingebunden.
- Die Gesetzmäßigkeit der Legislatur der Autonomiebehörde wird durch das Hohe Appellationsgericht des Irak überprüft.
- Die gewählte gesetzgebende Versammlung wählt ein Exekutivkomitee, dessen Präsident vom irakischen Präsidenten ernannt wird.
- Der irakische Präsident kann jederzeit die gesetzgebende Versammlung auflösen oder den Präsidenten des Exekutivkomitees absetzen.

⁵⁴ McDOWELL, S. 333.

⁵⁵ POSCH, *Saddam Hussein*, S. 75-77.

⁵⁶ McDOWELL, S. 336; POSCH, *Saddam Hussein*, S. 76.

Sicherheit:

- Polizei, Sicherheitskräfte und Kräfte der Nationalitäten (d.h. die kurdischen Kämpfer) werden ihren jeweiligen Generaldirektoraten im Innenministerium unterstellt, ihre Mitglieder unterstehen irakischen Gesetzen,

(...)

Dieses Autonomiestatut schrieb die Kontrolle des irakischen Staates über die Provinz Kurdistan fest. Es entsprach natürlich bei weitem nicht dem, was man sich kurdischerseits erhoffte.⁵⁷ Im Lichte der Tatsache, dass Saddam Hussein bereits wusste, dass sowohl die Iraner als auch die Amerikaner die kurdische Widerstandsbewegung fallen lassen werden, Saddam also aus einer Position der Stärke heraus seine Bedingungen diktieren konnte, scheinen diese Bestimmungen relativ gemäßigt. Die Baath wäre außerdem als einzige irakische Partei wirklich in der Lage gewesen, ein Autonomiestatut einzuführen. Einige linksorientierte kurdische Führer, die Mustafa Barzani vergrämt hatte, sagten sich deshalb von ihm los und schlossen sich in Bagdad der Nationalen Front an,⁵⁸ da sie der Ansicht waren, die vorliegende Lösung sei der einzig mögliche gangbare Weg. Andere wiederum meinten, dass Saddam Hussein keinesfalls eine Autonomie akzeptieren würde und behielten Recht.

Die Tragödie des Aufstandes von 1975 kann hier nicht behandelt werden. Die Hauptschuld trug freilich nicht nur Mustafa Barzani, der die geopolitische Lage vollkommen falsch eingeschätzt hatte und sich als gleichrangigen Akteur mit dem Schah von Persien und den Amerikanern sah. Saddam Hussein konnte mit brutaler Gewalt (Massenmorde, Umsiedlungen u.ä.) die kurdischen Aufständischen besiegen.⁵⁹ Von einer

⁵⁷ TRIPP, S. 211f.

⁵⁸ Es handelte sich um einen linken Flügel der KDP, geführt von Aziz al-Aqrabi.

⁵⁹ Kissinger verwendete die Phrase „to clear the Kurdish thing“ in einer Stabsbesprechung vom 28. April 1975. Siehe *Document 3: Transcript, "Secretary's Principals and Regionals Staff Meeting,"* National Archives, RG 59, Department of State Records, Transcripts of Secretary of State Henry A. Kissinger Staff Meetings, 1973-1977; <http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB107/iraq03.pdf> S. 22; für die Ereignisgeschichte siehe TRIPP, 212f.

einheitlichen kurdischen Bewegung kann seit dieser Zeit nicht mehr gesprochen werden, da sich die Gruppen gegenseitig bekämpften. Saddam Hussein war in erster Linie ein Pragmatiker, der an der Macht bleiben wollte, und weniger ein Parteiideologe. Am Prinzip einer Autonomie für Kurdistan hielt er nach wie vor fest. Nach seiner endgültigen Machtergreifung 1979 wurden erstmals in Übereinstimmung mit der Verfassung von 1958 Wahlen zur irakischen Nationalversammlung (Juni 1980) und zur gesetzgebenden Versammlung (September 1980) abgehalten. Alle Kandidaten wurden sorgfältig ausgewählt oder von der Regierung ernannt. Freie Meinungsäußerung oder politischer Dissens waren in der irakischen „Republik der Angst“ ohnehin nicht möglich.⁶⁰

Im ersten Golfkrieg oder Iran-Irak-Krieg bekämpften sich die verschiedenen kurdischen Gruppen untereinander. Beide kooperierten je nach Lage mit ausländischen Akteuren, vor allem Iran und Syrien. Als die KDP unter den Barzani-Söhnen mit iranischer Unterstützung stärker wurde, musste die PUK unter Talabani reagieren und ebenfalls einen militärisch und politisch starken Partner suchen. Da Syrien den Iran unterstützte, blieb kein anderer Verbündeter als Saddam Hussein und seine Baath in Bagdad übrig. (1996 wiederholte sich diese Konstellation mit umgekehrten Vorzeichen: PUK und Iran gegen KDP und Irak). Saddam wusste, dass er sich nicht nur auf die bewaffneten pro-irakischen Stämme und deren Milizen⁶¹ verlassen konnte, sondern auch einen Partner innerhalb der kurdischen Widerstandsbewegung brauchte. Nüchterer politischer Pragmatismus (oder Opportunismus) machte Saddam Hussein und Jalal Talabani zu politischen Partnern.

1.5.3. Die Autonomieverhandlungen von 1982

Im Dezember 1982 verkündeten Bagdad und die PUK einen Waffenstillstand. Die PUK verkündete, dass sie mit der Kommunistischen Partei in die von Saddam geführte „Regierung der nationalen Einheit“ eintreten wird. Dafür wurden sofort Verhandlungen über ein erweitertes Autono-

⁶⁰ McDOWELL, S. 340; ABURISH, S. 239f.; BENGIO, *Territorial Integrity*, S. 79.

⁶¹ Die *Fursān Salāh ad-Din* (Ritter Saladins) oder *jash* (Schimpfwort: kleine Esel) waren regierungstreue Milizen, die von den kurdischen Stämmen rekrutiert wurden. Siehe McDOWELL, 354-357; POSCH, *Saddam Hussein*, S. 67f

miestatut, das auch freie und demokratische Wahlen beinhalten sollte, den Aufbau einer 40.000 Mann starken kurdischen Armee (?)⁶² zur Abwehr ausländischer Feinde und über die Zuweisung von 30% des Budgets für den Wiederaufbau der kurdischen Region begonnen. Die PUK brauchte den Waffenstillstand genauso dringend wie die Iraker. Außerdem standen Talabanis Chancen, die Barzanis als nationalistische Führer aller Kurden zu ersetzen, sehr gut, wenn es ihm gelungen wäre, in Verhandlungen spürbare Verbesserungen zum Autonomiestatut von 1974 zu erzielen. Talabani forderte nicht weniger als eine Ausweitung des Autonomiegebietes bis Kirkuk und darüber hinaus. Das waren Forderungen, die Saddam Hussein nicht akzeptieren konnte und ab 1984 auch nicht mehr erfüllen musste, da ihm die USA im selben Jahr mitteilen ließen, dass eine irakische Niederlage nicht in ihrem strategischen Interesse läge. (Der damalige Sonderbeauftragte Präsident Reagans war Donald Rumsfeld.)⁶³ Talabanis Forderungen laufen auf eine Vollautonomie hinaus, in der nur er und die PUK das Sagen gehabt hätten.

Talabanis Autonomieforderungen 1982:

- Vollautonomie,
- Ausweitung der Autonomieregion auf Kirkuk, Khanaqin, Jabal Sinjar und Mandali,
- 30% der Öleinnahmen für Kurdistan,
- Übertragung der öffentlichen Sicherheit in den Aufgabenbereich der nun zu institutionalisierenden Peshmerga-Verbände,
- Auflösung der Jash-Milizen.

⁶² McDOWELL, S. 349 nennt sie „Kurdish army“, vielleicht dachten die Iraker damals an einen kurdisch dominierten Territorialverband der irakischen Armee.

⁶³ Ebenda, S. 350. ein Videoclip mit dem Empfang Rumsfelds bei Saddam siehe unter den National Security Archives der George Washington University: <http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB82/>.

Kriegsbedingte Forderungen:

- Ende der Arabisierungskampagne und Rückkehrrecht für die vertriebenen Kurden,
- Entfernung der Sicherheitszone an der irakisch-türkischen Grenze,
- Freilassung der Gefangenen.

Die Auflösung der Jash-Milizen forderte Talabani deshalb, weil diese den mächtigen Stammesfürsten, die ihm gefährlich werden konnten, unterstellt waren. Die Städte Mandali und Khanaqin befinden sich an der iranischen Grenze, ihr kurdisches Hinterland liegt auf iranischem Staatsgebiet (also im Feindesland), während die irakische Seite arabisch dominiert ist. Der Jabal Sinjar liegt wiederum an der syrischen Grenze, und Syrien unterstützte den Iran im Krieg. Hätte Saddam hier nachgegeben, wäre Talabanis Kalkül wahrscheinlich aufgegangen.⁶⁴ Saddam Hussein war aber nicht bereit, Talabani in diesen Punkten entgegen zu kommen. Vor allem mit Blick auf Kirkuk mahnte er ihn zur Mäßigung. Der Waffenstillstand zwischen beiden Seiten zerbrach im Laufe des Jahres 1985, und die PUK reihte sich in die allgemeine von den Iranern vermittelte Anti-Saddam-Front ein. Gemeinsam mit den Iranern wurden sie so zu einer ernst zu nehmenden Bedrohung für den Irak. 1987 verkündete der PUK-Führer Nawshirwan Mustafa Amin, dass nun die Zeit gekommen wäre, die volle Unabhängigkeit zu fordern.⁶⁵ Damit hatte er ein Tabu gebrochen: Bis dahin wurde von beiden Seiten die Fiktion aufrecht erhalten, dass der Widerstand entweder gegen Saddam Hussein als Person gerichtet war oder dass es um die genaue Formulierung des Autonomiestatuts gehen würde. Man musste damals kein Hellseher sein, um zu wissen, dass Bagdad in aller Härte und Brutalität reagieren würde. Die Kurden wurden nun als „antiirakische Verräter“ gebrandmarkt und Hasan Ali Majid mit ihrer Bekämpfung betraut. Mit der brutalen Vorgangsweise waren nicht alle Vertreter der Machtelite einverstanden: Im irakischen Parlament wurde heftig über eine Ausweitung des Autonomiestatutes für die Kurden debattiert, Izzat al-Din Ibrahim al-Duri, damals irakischer Vizepräsident verlangte humanere Methoden und wurde

⁶⁴ McDOWELL, S. 350.

⁶⁵ Ebenda, S. 353.

für kurze Zeit zwangspensioniert,⁶⁶ und ein Vertreter der Autonomiebehörde forderte wieder Verhandlungen mit den kurdischen Parteien.⁶⁷ Mit der Operation Anfal, die alle bisherigen Grausamkeiten übertraf, brach Saddam Hussein den kurdischen Widerstand fürs Erste. Offiziell wurden die Barzanis und Talabanis für ihre Kollaboration mit dem Iran bestraft. In Wirklichkeit wog aber das „Verbrechen“, sich Saddam Hussein widersetzt zu haben, für diesen allemal schwerer. Mit Anfal machte er allen Irakern deutlich, was es bedeutet, den von ihm gesteckten nationalen Rahmen zu verlassen.⁶⁸

1.5.4. Schutzzonen, Flugverbotszonen und Selbstverwaltung

Die Operation Anfal hat den kurdischen Widerstand zum Erliegen gebracht. Gegen Ende 1988 waren die meisten Parteien vertrieben und gründeten die Front Irakisch-Kurdistan (Iraqi-Kurdistan Front, IKF), die aus der KDP, der PUK, der Partei der Volksdemokraten Kurdistans, der Kurdischen Sozialistischen Partei und der Sozialistischen Partei Kurdistans bestand. Später schlossen sich die Assyrische Demokratische Partei, die irakischen Kommunisten und die irakische Partei der Werktätigen der IKF an.⁶⁹ Die überlebende Bevölkerung, die langsam aus den iranischen und türkischen Flüchtlingslagern, wohin Hunderttausende geflohen waren, zurückkehrte, blieb verängstigt und eingeschüchtert. Erst nach Saddams Kuwait-Abenteuer und alliierter „Munternung“ regte sich wieder Widerstand, den Saddam ebenfalls niederschlagen konnte. Die anschließende Massenflucht von 1,5 Millionen Kurden in unwirtliche türkische Flüchtlingslager und in den Iran wurde durch die Medien der entsetzten Weltöffentlichkeit sozusagen „live“ mitgeteilt. Der Druck der medialen Öffentlichkeit war letztlich so groß,⁷⁰ dass die UNO in Resolu-

⁶⁶ Während des Golfkrieges war es aber derselbe Izzat Ibrahim, der die Kurden vor einer Wiederholung Halabjas wartete. Ähnliche Warnungen wurden auch gegenüber den Schiiten geäußert.

⁶⁷ McDOWELL, S. 354.

⁶⁸ TRIPP, S. 246. Im Jahre 1999 liess das Regime auf regierungsfeindliche Demonstrationen in Karbala mit Giftgas drohen. Hierzu: POSCH, *Saddam Hussein*, S. 85.

⁶⁹ RABIL, Robert G.: „The Iraqi Opposition’s Evolution: From Conflict to Unity?“ in: *Middle East Review of International Affairs*, 6.4/2002 S. 1-17 hier 6.

⁷⁰ Die Kurden verdankten ihre Rettung letzten Endes den Medien. Siehe RANDAL, Jonathan: *After Such Knowledge, what Forgiveness?* London 1998, S. 59; zur öffentli-

tion 688 (5. April 1991) vom Irak die Einstellung der Unterdrückung der eigenen Bevölkerung, insbesondere der Kurden, verlangte.⁷¹ Diese Resolution wurde zwar nicht unter Kapitel 7 beschlossen,⁷² dennoch ging die UNO damit vom ehernen Grundsatz der Nichteinmischung in die Inneren Angelegenheiten von Mitgliedstaaten ab. Auch in anderer Hinsicht ist 688 von Bedeutung: Es ist die erste Nennung der Kurden in einem international gültigen Dokument seit dem Völkerbund; der Begriff „Kurdistan“ wurde natürlich peinlich vermieden. Stattdessen sprach man von „kurdisch bevölkerten Gebieten“ (Kurdish populated areas).⁷³

Von der öffentlichen Meinung in den eigenen Staaten getrieben und unter Berufung auf die Resolution 688 entschlossen sich die USA, Großbritannien und Frankreich, einen Vorschlag des türkischen Premierministers Turgut Özal anzunehmen und Schutzzonen (safe haven) auf irakischem Staatsgebiet einzurichten. Diese von der UN nicht vorgesehenen Zonen wurden mit der durch die Operation „Provide Comfort“ durchgesetzt.⁷⁴ Zur Verteidigung der Schutzzonen wurden die Flugverbotszonen eingerichtet, in denen der irakischen Luftwaffe der Einsatz nördlich des 36. und südlich des 32. (später 33.) Breitengrades untersagt war. Sowohl die Schutzzonen als auch die Flugverbotszonen entbehren eigentlich jeder völkerrechtlichen Grundlage, da Schutzzonen nach internationalen Gepflogenheiten Gegenstand von Vereinbarungen zwischen Kampfparteien sein müssen, was hier nicht der Fall war.⁷⁵ Ledig-

chen Meinung in den USA siehe MOREAU, Ron: „Saddam’s Slaughter,“ in: *Newsweek*, 15. April 1991 S. 10-18.

⁷¹ TRIPP, S. 258.

⁷² Die UN-Resolution 688 kann also nicht zur Rechtfertigung militärischer Maßnahmen gegen den Irak herangezogen werden. Hierzu siehe: WHITE, Nigel D.: „The Legality of the Threat of Force Against Iraq,“ in: *Security Dialogue*, 30 (1) 1999, S. 75-86 hier: S. 77f.

⁷³ McDOWELL, S. 373.

⁷⁴ „Provide Comfort“ ist nach „Desert Shield“ und „Desert Storm“ die dritte Phase der militärischen Konfrontation der USA mit Irak. Den Verlauf der Operation siehe bei JONES, James L.: „Operation PROVIDE COMFORT: Humanitarian and Security Assistance in Northern Iraq,“ in: *Marine Corps Gazette*, November 1991, SS. 99-107.

⁷⁵ HEINTZE, Hans-Joachim: „Die Kurden im Irakkonflikt,“ in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 4/2003, S. 448-455. In der UN-Praxis gibt es gerade zwei Beispiele für sog. Sicherheitszonen: 1990 in Zentralamerika, überwacht von ONUCA zur Entwaffnung der nicaraguanischen Widerstandsbewegung, 1992 Flugverbotszone

lich der Zugang der UNO zu den Flüchtlingslagern wurde mit der irakischen Regierung durch ein „Memorandum of Understanding“ geregelt.⁷⁶

Nach dem Rückzug der irakischen Armee richteten sich die beiden Kurdenparteien sofort wieder in ihren Distrikten ein. Ab 1991 versuchten beide Kurdenführer, unabhängig voneinander mit Saddam Hussein über ein neues Autonomiestatut zu verhandeln, das, wie üblich, an der Kirkuk-Frage scheiterte. Saddam und die Kurden verhandelten übrigens auf der Grundlage des irakischen Autonomiestatutes von 1970. Nach diesem Fehlschlag der Verhandlungen verhängte Saddam eine Wirtschaftsblockade und zog seine Beamten aus der Region ab. Heintze hat vermutlich aus diesem Schritt gefolgert, dass der Irak nach Ausrufung der Schutz-zonen auf seine Hoheitsrechte verzichtet hätte.⁷⁷ Davon kann aber keine Rede sein. Saddams Kalkül lief darauf hinaus, die beiden Parteien an der Administration der Region scheitern zu lassen und die IKF zu zerschlagen.⁷⁸ Ob dabei wirklich ein „rechtsfreier“ Raum im Sinne des humanitären Völkerrechts entstanden ist, wie Heintze behauptet,⁷⁹ ist schwer zu beurteilen. Für Saddam Hussein und die kurdischen Nationalisten hatte aber das Autonomiestatut von 1970/74 als Rechtsgrundlage seine Geltung noch nicht verloren. Dafür spricht neben den Verhandlungen, zu denen beide Seiten ja bereit waren, auch die Tatsache, dass die Waffenstillstandslinie zwischen Kurdistan und den irakischen Streitkräften im Großen und Ganzen entlang jener Linie verlief, die bereits 1974 als Grenzverlauf festgelegt worden war.⁸⁰ Jenseits dieser Linie kam es zu keinen militärischen Aktivitäten der Iraker⁸¹ und auch nicht ihrer Luftwaffe, was insoweit bemerkenswert ist, als nur etwa die Hälfte des gesamten autonomen Gebietes durch die Flugverbotszonen gesichert war.

über Bosnien-Herzegowina (UNPROFOR) und 1993 Schutzzonen („safe areas“) in Srebrenica. Siehe UN-Dept. of Public Information: *The Blue Helmets. A Review of United Nations Peace-keeping*, New York 1996, SS. 417, 419, 523, 525, 532f., 536f.

⁷⁶ TRIPP, S. 271; für die Hindernisse, die das irakische Regime den Rückkehrwilligen in den Weg legte siehe HRW, *Forcible Expulsion of Ethnic Minorities*, S. 13.

⁷⁷ HEINTZE, S. 450.

⁷⁸ POSCH, *Saddam Hussein*, S. 86.

⁷⁹ HEINTZE, S. 450.

⁸⁰ ICG, *War in Iraq: What's Next for the Kurds*, Amman – Brüssel 19. März 2003, S. 4.

⁸¹ Für kleinere Operationen irakische Operationen im Jahr 2000 und 2001 siehe Global IDP – Project: *Profile of Internal Displacement: Iraq*, Genf 19. Februar 2004, S. 43f.

Der südliche Teil, den die PUK kontrollierte, lag nämlich zu drei Vierteln südlich des 36. Breitengrades.⁸² Zu den Flugverbotszonen wäre abschließend noch zu bemerken, dass Frankreich 1997 aus der Überwachung „wegen des offensichtlichen Fehlens eines humanitären Charakters“ ausscherte.⁸³ Die USA und Großbritannien nutzten sie freilich weiterhin, um taktische Ziele im Irak zu bekämpfen.

1.6. Zusammenfassung

Die Forderung nach einem unabhängigen Kurdistan wurde zwar immer wieder gestellt (z.B. durch die Rizgari 1946, Nawshirwan Mustafa Amin 1987), in der Realität wurde jedoch für eine Autonomie im Rahmen des Irak gekämpft. Den kurdischen Nationalisten wurden oft weitreichende Zugeständnisse gemacht, die aber in der Realität kaum oder nur teilweise umgesetzt wurden. Aus einer Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse aus der Geschichte des Kampfes um kurdische Unabhängigkeit bzw. Selbstverwaltung im Irak ergibt sich:

Erstens: Es gibt keinen international oder völkerrechtlich sanktionierten Anspruch auf ein eigenständiges unabhängiges „Kurdistan“, wenn man vom Selbstbestimmungsrecht der Völker absieht.⁸⁴ Die einschlägigen Kapitel im Vertrag von Sévres, auf die sich kurdische Nationalisten immer wieder berufen, dienten in erster Linie der britischen Handlungsfreiheit. Die irakischen Kurden wurden aber sehr wohl als Minderheiten, deren Rechte zu schützen wären, anerkannt (Appendix in der Völkerbundregelung für Mosul, UNO-Resolution 688).

Zweitens: Ausländische Mächte haben bei den kurdischen Nationalisten immer wieder den Eindruck erweckt, die kurdische Unabhängigkeit oder Autonomie zu unterstützen. Im entscheidenden Augenblick haben sie aber ihre Unterstützung verweigert. Das war unter den Briten der Fall, die sich dann doch für den irakischen Nationalstaat entschieden, und

⁸² Siehe die Karte bei ICG, *What's Next for the Kurds*, S. 26. Dafür lag Mosul, die arabische Hochburg im Norden, im Bereich der Flugverbotszonen.

⁸³ HEINTZE, S. 451.

⁸⁴ Nach HEINTZE, S. 454 kennt das Völkerrecht nicht einmal einen Anspruch von Minderheiten auf die Gewährung von Autonomie.

unter den USA, die den Aufständischen 1974 und 1991 Hilfe verweigerten. Dieses Gefühl, verraten worden zu sein, hat seither seinen Platz in der kurdischen Mentalität gefunden.

Drittens: Zumindest in der Theorie haben arabische Vertreter der irakischen Regierung den Kurden ihre Rechte zugestanden. Dies reichte von einer rein kulturellen Autonomie bis zur Überlegung, eine große Provinz Kurdistan einzurichten, die in etwa der alten Osmanischen Provinz Mosul – natürlich ohne die Stadt Mosul – entsprechen würde. Zu diesen Zugeständnissen war man allerdings erst auf massiven Druck, oft erst nach langen Kämpfen mit den kurdischen Insurgenten, bereit. Bei Saddam Hussein kam dazu, dass er in der Theorie nichts gegen die Gewährung von Minderheitenrechten hatte, sofern man ihm als „großem Führer“ huldigte und mit seiner Herrschaft einverstanden war.

Und schließlich, viertens, war mit dem Ende der Saddam-Diktatur 2003 ein Punkt erreicht, in dem die alten Probleme wie die Frage der Stellung der kurdischen Minderheit im Irak und die Stellung der schiitischen Kleriker endlich auf Dauer gelöst werden müssen. Die Lösung der Kirkuk-Frage, an der bis jetzt alle Autonomieregelungen gescheitert sind, hat sich bisher als größtes Hindernis erwiesen und muss daher vordringlich behandelt werden.

2. Die Türkei und Irakisch-Kurdistan

Von allen Nachbarstaaten des Irak haben die Türkei und der Iran vermutlich das größte Interesse an der zukünftigen Entwicklung des Landes. Beide haben über Jahrhunderte dauernde historische Beziehungen zum Irak, die heute oft noch in Form von Minderheiten fortwirken. Im Falle Irans sind das die noch verbliebenen Perser in Bagdad und im Süden oder der schiitische Klerus, im Falle der Türkei vor allem die türkmenische Minderheit. Für beide Staaten steht das weitere politische Schicksal der irakischen Kurden im Mittelpunkt des Interesses. Dazu kommen natürlich die eigenen Oppositionsgruppen, die sich noch auf irakischem Staatsgebiet aufhalten. Das sind die PKK, die KDP-I und die Volksmujahedin. Im Falle Ankaras, das sich am deutlichsten gegen jede Form kurdischer Autonomie oder gar Unabhängigkeit im Nordirak aus-

gesprochen hat, kommt noch der weiter unten behandelte Fall Mosul dazu, dessen Bedeutung für die türkische Innenpolitik nicht unterschätzt werden darf. Ankara ist seit den 90er Jahren ein wichtiger Akteur im Nordirak, der seine Interessen energischer, d.h. rücksichtsloser durchsetzt als zum Beispiel der Iran, der eine ähnliche Nordirak-Politik betreibt wie die Türken. Ankaras feindliche Haltung gegen alle kurdischen Nationalbewegungen ist hinlänglich bekannt. Dennoch hat die türkische Regierung einen Modus Vivendi mit den nationalistischen Parteien der irakischen Kurden gefunden.

2.1. Kurdistan: Ein Beispiel für den gesamten Irak?

Im Anschluss an den Abzug des irakischen Beamtenapparates 1991 waren die Kurden zur Selbstverwaltung geradezu gezwungen und riefen die „Autonome Region Kurdistan“ aus. 1992 wurden erstmals freie und geheime Wahlen zur 105 Sitze starken Nationalversammlung abgehalten, die mit einem überwältigendem Sieg der beiden nationalistischen Parteien PUK und KDP endeten.⁸⁵ 1992 ging man einen Schritt weiter. Das Parlament verkündete die Bildung eines kurdischen Föderalstaates, der in Zukunft als Teilstaat einer irakischen Föderation beitreten würde. Der Inhalt dieser Proklamation wurde vom Irakischen Nationalkongress vollinhaltlich akzeptiert.⁸⁶ Damit wurde der Rahmen des 1970er Statutes verlassen, einerseits inhaltlich, weil ein föderaler Teilstaat eben etwas anderes als eine Autonomie ist, andererseits formell, weil nicht mehr Saddam Hussein, sondern die irakische Opposition von den kurdischen Nationalisten als Ansprechpartner gewählt wurde. Das war die Aufgabe der „Option“ Autonomie durch die kurdischen Nationalisten, allerdings mit einer realpolitischen Einschränkung: Alle Abmachungen zwischen den kurdischen Parteien und der irakischen Opposition galten für die Zeit nach dem Sturz Saddam. Solange sein Regime noch in Bagdad saß, hielt man sich an den Rahmen der Autonomie.

Die Wahlen vom 19. Mai 1992 in der Autonomen Region Kurdistan gelten als Ruhmesblatt in der traurigen Geschichte der irakischen Demokra-

⁸⁵ POSCH, *Saddam Hussein*, S. 87.

⁸⁶ ICG, *What's Next for the Kurds*, S. 4.

tie.⁸⁷ Die Wahlen entsprachen genau den Bestimmungen des Autonomiestatuts von 1970. Für ein Grundmandat wurden 7% festgelegt. Neben den beiden nationalistischen Parteien nahmen mehrere kleine sozialistische bzw. linksradikale Parteien teil, die Assyrische Demokratische Bewegung und ein Wahlbündnis der Islamisten unter Sheikh Osman Abd al-Aziz, das unter dem Namen Islamische Bewegung Kurdistans kandidierte. Die National Turkman Party, die sich später der Türkmen Cephesi anschließen sollte, nahm aus Sorge um das Schicksal jener Türkmenen, die unter der Kontrolle Bagdads lebten, nicht an der Wahl teil.⁸⁸ Die von ehemaligen Jash-Kommandanten gegründete „Gesellschaft der Kurdischen Stämme“ verzichtete ebenfalls auf eine Teilnahme. PUK und KDP errangen gemeinsam knapp 90% der Stimmen und erhielten je 50 Sitze in der kurdischen Nationalversammlung, die restlichen Sitze gingen an Assyrische Parteien.⁸⁹ Das Wahlergebnis dieses reinen Persönlichkeitswahlkampfes spiegelte hauptsächlich persönliche Loyalitäten und funktionierende Patronage-Netzwerke Barzanis und Talabanis wieder.

Die beiden nationalistischen Parteien unterscheiden sich im Programm nicht wesentlich voneinander. Der Unterschied zwischen den sorani- und bahdinani-Sprechern darf ebenfalls nicht überbewertet werden. Ernstzunehmender ist die tiefe persönliche Abneigung, welche die Parteichefs füreinander hegen, sie ist für die später ausbrechenden Feindseligkeiten mitverantwortlich. Die Bildung der Regionalregierung Kurdistans (Kurdistan Regional Government, KRG) stand von allem Anfang an unter einem Unstern, da alle Minister- und Vizeministerposten nach Parteienproporz besetzt werden mussten und die eigentliche Macht bei den Parteiführern und in deren Zentralkomitees bzw. Politbüros lag. Dadurch wurde die Atmosphäre zwischen den Parteien noch mehr vergiftet. Der Hauptstreit lag jedoch in der Frage der Einkünfte, die durch den Schmuggel über die türkische Grenze erbracht wurden und von denen die KDP einseitig profitierte. Die Einkünfte stünden theoretisch der Re-

⁸⁷ McDOWELL, S. 379.

⁸⁸ Die Türkmen Cephesi soll die einzige Partei gewesen sein, die unter Saddams Herrschaft in Kirkuk aktiv war. Hierzu: WILSON, Scott: „Kurds Influence in Kirkuk Rises Along with Discord. Ethnic Power Struggle Plays Out Under US Control,“ *Washington Post*, 19. Mai 2003.

⁸⁹ McDOWELL, S. 379-382; STROHMEIER – YALÇIN-HECKMANN, S. 139.

gionalregierung zu, in der Realität verdienten die führenden Familien und hohen Funktionäre der Parteien daran.⁹⁰

PUK und KDP waren und sind die beiden wichtigsten Akteure des politischen Gefüges im Nordirak. Jede von ihnen ist mit einer oder mehrerer Kleinparteien verbündet. Die PKK und die KDP-I bildeten die beiden weiteren ausländischen Akteure, wobei die KDP-I seit der Ermordung ihres Parteisekretäres Qasemlou stark an Bedeutung verloren hat. Die Türkei, die Iraner und - solange es ihn noch gab - Saddam Hussein bildeten die äußeren Akteure, die immer wieder militärisch eingriffen und in die machtpolitischen Kombinationsmöglichkeiten der Nationalisten unbedingt einzubeziehen waren. Und schließlich wären noch amerikanische Agenten und islamistisch-fundamentalistische Parteien als weitere Akteure zu nennen. Mit all diesen meinten die beiden kurdischen nationalistischen Parteien, sich je nach Opportunität verbünden zu können.

2.1.1. Bürgerkrieg

Vor dem Hintergrund zunehmender Spannungen zwischen PUK und KDP brachen Ende 1993 im Raum Halabja Kämpfe zwischen der Islamischen Bewegung Kurdistans und der PUK aus. Die Islamische Bewegung, die versuchte hatte, einen islamischen „Staat im Staat“ zu gründen, wurde von der PUK 1994 noch niedergedrungen.⁹¹ (Die Region Halabja diente seit den 80er Jahren verschiedenen islamischen Gruppen als Rückzugsgebiet, und 2002 sollten sich dort die Ansar al-Islam niederlassen.) In den folgenden Jahren brach ein innerkurdischer Bürgerkrieg zwischen der KDP und der PUK aus. Ein 1995 von den USA ausgehandelter Waffenstillstand dauerte nur kurz und mündete in das, was Dilip Hiro richtig als „kurdisches Fiasko“ bezeichnete: Mehrere unabhängig voneinander agierende Akteure unterstützten eine der beiden Parteien bzw. wollten mit ihr durch militärische Operationen eigene Ziele verwirklichen, während beide Parteien versuchten, einander zu verdrängen. In Grundzügen geschah folgendes: Die KDP hatte sich mit Saddam Hussein verbündet, die PUK suchte Rückendeckung beim Iran, beide hielten

⁹⁰ STROHMEIER – YALÇIN-HECKMANN, S. 140.

⁹¹ BENGIO, Ofra: „The Challenge of Territorial Integrity of Iraq,“ in: *Survival* 2/1995, S. 81f. Für die Islamische Bewegung siehe POSCH, *Saddam Hussein*, S. 158f.

intensive Kontakte zu den USA und bekämpften mit den türkischen Streitkräften die PKK und mit den Iranern die KDP-I. 1995/96 versuchten die USA vom Norden aus mithilfe des INC und mehreren anderen Oppositionsgruppen, einen Umsturz in Bagdad zu organisieren. Die KDP stieg aus dem Umsturzscenario aus und konnte gemeinsam mit der irakischen Armee die PUK aus Erbil und dann aus Suleymaniya in den Iran abdrängen. Saddam war nun in der Lage, alle irakischen Oppositionellen, die von den USA nicht rechtzeitig ausgeflogen werden konnten, zu verhören und hinzurichten.⁹² Im Oktober 1996 konnte Talabani mit iranischer Hilfe das verlorene Terrain wieder gewinnen, wurde aber von Saddam, Teheran und Washington gewarnt, keinen Vorstoß auf Erbil zu versuchen.⁹³ PUK und KDP unterzeichneten am 23. Oktober 1996 einen Waffenstillstandsvertrag, den die USA und die Türkei vermittelten (Ankara Agreement). In ihm wurde die Einrichtung einer „Friedensüberwachungstruppe – Peace Monitoring Force (PMF)“, die die Waffenstillstandslinie zwischen den beiden Parteien kontrollierte, beschlossen. Gleichzeitig wurde auch eine Überwachungsgruppe für den Waffenstillstand eingerichtet, der die USA, Großbritannien, die Türkei, PUK und KDP und die Türkmene (meistens Angehörige der Türkmene Cephesi) angehören.⁹⁴

Doch die Streitigkeiten über die genaue Aufteilung der Einkünfte und über die Zusammensetzung der kurdischen Regionalregierung dauerten an. Nach Darstellung der KDP dauerte der Bürgerkrieg überhaupt bis zum Washington Agreement 1998, also vier Jahre.⁹⁵ Dies alles ließ keine gedeihliche Entwicklung in Kurdistan erwarten, dazu kam noch die Angst vor Saddam Hussein, der recht genau darüber im Bild war, wer in

⁹² RABIL, Robert G.: „Operation Termination of Traitors: The Iraqi Regime Through ist Documents,“ in: *Middle East Review of International Affairs*, 6.3 September 2002 S. 14-24.

⁹³ Den genauen Ablauf siehe bei McDOWELL, S. 387f.; HIRO, Dilip: *Neighbours, Not Friends. Iran and Iraq After the Gulf War*, London 2001, S. 102-119; BAER, Robert: *See No Evil. The True Story of a Ground Soldier in the CIA's War on Terrorism*, New York 2002, S. 171-213; KATZMAN, Kenneth: *Iraq: U.S. Efforts to Change the Regime*, CRS (Report for Congress RL 13339), 22. März 2002, S. 4f.

⁹⁴ KATZMAN, *Post-Saddam Governance*, S. 5.

⁹⁵ „KDP Sets the Record Straight,“ http://www.krg.org/news/2000/0005_5.asp.

welchem Ausmaß mit den USA kooperierte.⁹⁶ Saddam hatte sich ab 1996 machtpolitisch deutlich erholt,⁹⁷ unter anderem auch wegen des kurdischen Bürgerkriegs. Ihm stand aber kein geeintes Kurdistan und schon gar nicht „die Kurden“ gegenüber, sondern eben Jalal Talabani und Masud Barzani, die er nun schon seit den frühen 70er Jahren kannte und die eben nur die Führer zweier nationalistischer Parteien, die schon oft gegeneinander Krieg geführt haben, waren. Saddam Husseins Kalkül war also aufgegangen. Vor dem Hintergrund einer katastrophalen Wirtschaftslage leisteten sich KDP und PUK einen Bürgerkrieg um die knappen Ressourcen, der von brutalen Übergriffen beider Parteien auf die kurdische Zivilbevölkerung und von Vertreibungen begleitet wurde.⁹⁸

Obwohl Kurdistan sich freier und sicherer entwickeln konnte als der Rest des Irak, blieben politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten. Vor allem den lukrativen Ölschmuggel mit der Türkei konnte Saddam jederzeit kontrollieren. Die Wirtschaftslage in Kurdistan besserte sich für weite Teile der Bevölkerung erst gegen 1999, als das Oil-for-Food-Programm der UNO erste Früchte trug. Oil-for-Food begann 1997 und stellte die Verwendung der Erlöse aus den irakischen Öleinnahmen unter Kontrolle. 53% der Öleinnahmen wurde für Lebensmittel und humanitäre Projekte im Zentrum und im Süden des Irak verwendet, 13% für die drei nördlichen Provinzen.⁹⁹ Die seither sichtbare wirtschaftliche und gesellschaftliche Erholung Kurdistans wurde großteils durch dieses Programm finanziert. Von Einheit unter den Parteien oder gar von der Vereinigung der PUK und der KDP kann kaum eine Rede sein. Verhandlungen in diese Richtung haben zwar begonnen, werden aber noch lange dauern und würden überhaupt nicht voranschreiten, wenn die USA nicht Druck ausübten. Die Erinnerungen an die verübten Gewalttätigkeiten ist noch zu frisch und der Haß auf beiden Seiten zu groß, als dass man von

⁹⁶ HIRO, S. 152.

⁹⁷ BENGIO, Ofra: “How Does Saddam Hold On?” in: *Foreign Affairs*, 4/2000 S. 91-103.

⁹⁸ Am ärgsten war die Frontlinie von Erbil zur iranischen Grenze betroffen, dort wurden Familien Sippen und Stämme vertrieben, weil sie als Anhänger der einen oder anderen Partei galten. Global IDP – Project: *Profile of Internal Displacement: Iraq*, Genf 19. Februar 2004, S. 44.

⁹⁹ UN Oil for Food: <http://www.un.org/Depts/oip/background/inbrief.html>.

normalen Beziehungen sprechen könnte, auch wenn Funktionäre der Parteien den Bürgerkrieg gerne als tragische Episode ad acta legen wollten.¹⁰⁰

2.1.2. Vorbildliche Demokratie?

Am 8. September 1998 (also einige Monate vor dem Iraq Liberation Act) vermittelten die USA einen neuen Frieden zwischen den beiden Parteien, das sogenannte Washington Agreement, in dem die ausstehenden Probleme einer Lösung näher gebracht wurden. In der Realität kam aber nicht viel mehr als ein allgemeines Bekenntnis zu Demokratie, Menschenrechten und Föderalismus und ein mediengerechter Auftritt mit US-Außenministerin Madeleine Albright zustande. Über wichtige Inhalte wie Wahlen wurde in vielen Nachverhandlungen noch 1999 gestritten.¹⁰¹ Im Mai 2000 veröffentlichte die KRG eine Presseerklärung, in der Sami Abd al-Rahman, der stellvertretenden Premierminister der KRG, auf einen Artikel in der PUK-nahen Zeitung Kurdistan Nuwe vom 22. Mai 2000 Stellung nimmt.¹⁰² Darin tritt der tiefe Riss zwischen den beiden Parteien noch deutlicher zum Vorschein, obwohl ein positiver Schritt bereits gesetzt wurde, indem die Parteien ab 1999 Büros in der jeweils anderen Einflusszone eröffnen durften. Das äußerst polemisch verfaßte Dokument, das leider mit keinem entsprechenden Gegenstück der PUK verglichen werden konnte, ist voller Anschuldigungen und Widerlegungen im Bereich Parteienfinanzierung, die der eigentliche Anlass für den Streit gewesen sein dürfte. Ein weiterer Streitpunkt war die Errichtung eines eigenen Kassationsgerichtshofs in Suleymaniya, weil die PUK nicht genügend Richter aus ihrem politischen Spektrum für Erbil ernennen konnte. Trotz des gegenseitigen Misstrauens verbesserte sich das Verhältnis der beiden Parteien allmählich. Die USA erleichterten diesen Prozess mit finanzieller Nachhilfe: 3,1 Millionen USD im Juni

¹⁰⁰ BARR, Cameron W.: „Kurds in Northern Iraq Pursue an Elusive Goal: Unity,“ *Christian Science Monitor*, 12. März 2003.

¹⁰¹ McDOWELL, S. 390f.; KATZMAN, *Post-Saddam Governance*, S. 5; HIRO, *Neighbours*, S. 152.

¹⁰² *Pressekonferenz mit Sami Abd al-Rahman: „KDP Sets the Record Straight,“ KRG nach dem 22. Mai 2000. http://www.krg.org/news/2000/0005_5.asp.*

2002.¹⁰³ Nach dem Ausbruch der offenen Feindseligkeiten im Jahre 1994 blieb das Parlament in Arbil in der Theorie gesamtkurdisch, war aber nach dem Hinauswurf der PUK ein KDP-Parlament. Die PUK bildete ihre eigene Regionalregierung in Suleymaniya. Das kurdische Parlament trat erst im Oktober 2002 wieder zusammen.¹⁰⁴ Bis jetzt hat es in Kurdistan nur eine einzige Wahl auf regionaler Ebene gegeben, nämlich 1992. Das ist zu wenig für eine Demokratie, deren Reife sich erst beim mehrmaligen gewaltfreien Machtwechsel mittels Wahl zeigen wird. Das Bild wird noch schlechter, wenn man bedenkt, wie wenig die gewählten Institutionen wie Parlament und Regierung arbeiten konnten, da alle Macht nach wie vor in den Parteien und deren Politbüros und Zentralkomitees blieb. Die Parteien waren von 1994-2002 nicht in der Lage, gemeinsam in einem Parlament zu sitzen, und führten stattdessen vier Jahre lang einen sinnlosen Bürgerkrieg. Die Menschenrechtslage war und ist in Kurdistan ebenfalls verbesserungswürdig. Assyrischen Berichten zufolge kam es z.B. Mitte der 90er Jahre zu Diskriminierungen der im Norden lebenden Christen durch Kurden, gewaltsamen Enteignungen und Vertreibungen, Zwangskonversionen zum Islam usw. in die oft genug prominente Persönlichkeiten und ganze Stämme verwickelt waren und sind.¹⁰⁵ Immerhin wurde auf Gemeindeebene (3. Februar 2000 im PUK-kontrollierten Gebiet, im Mai 2001 im KDP-kontrollierten Teil irakisch Kurdistans) gewählt. Obwohl die Wahlen im Allgemeinen als frei und fair bezeichnet wurden, kam es in beiden Fällen zu Unregelmäßigkeiten. 2000 soll die KDP von der PUK behindert worden sein,¹⁰⁶ 2001 klagten die Assyrer über die Brutalität der KDP, die sie an der Wahlteilnahme hinderte.¹⁰⁷ Die Notwendigkeit von freien Wahlen wurde von den USA immer wieder eingemahnt und ist einer der wichtigsten Punkte des Washington Agreements. Freilich wäre es angesichts der sich zuspitzenden Situation im Irak unfair, den beiden Parteien vorzuwerfen,

¹⁰³ KATZMAN, *Post-Saddam Governance*, S. 5.

¹⁰⁴ *Kurdistan Today* (Online Version): „Parlament Holds first Session since 1994“, 15. Oktober 2002, http://www.krg.org/docs/KT021015_full.asp.

¹⁰⁵ Assyrian International News Agency – AINA: *Assyrian Human Rights Report*, London (?) 1997, *passim*. <http://www.aina.org/ahrr.htm>; Ab 1995 kam es fast jährlich zu Übergriffen auf Assyrer in Kurdistan, eine Überblick hierzu siehe unter <http://www.aina.org/allreleases.htm>.

¹⁰⁶ RFE/RL, *Iraq Report*, 6/3 11. Februar 2000.

¹⁰⁷ RFE/RL, *Iraq Report*, 6/4 13. Juli 2001.

2002 und 2003 keine Regionalwahlen abgehalten zu haben. Aber die Behauptung, in den letzten 15 Jahren hätten demokratische Verhältnisse im Nordirak geherrscht,¹⁰⁸ ist etwas zu gewagt.

Es ist sicher legitim danach zu fragen, ob Kurdistan zum Vorbild für den gesamten Irak werden kann. Positive Beispiele gibt es genügend, aber eine freie Presse und die Möglichkeit zur freien Meinungsäußerung, für das Kurdistan während der Saddam-Herrschaft zurecht gelobt wurde, gibt es heute überall im Land. Vielleicht sollte man eher fragen inwieweit gesamtirakische Phänomene auch für Kurdistan gelten. Die wichtigsten sind nach die Retribalisierung der Gesellschaft unter Saddam und die Welle des islamischen Fundamentalismus. Die Retribalisierung im Irak fand in Kurdistan deshalb so nicht statt, weil die Stämme immer eine wichtige Rolle gespielt haben – sei es als Unterstützer der Aufständischen oder auf Seiten des Staates. Grob gesprochen waren sie unter den im Norden lebenden Kurden (KDP-Gebiet) wichtiger als im Süden (PUK-Gebiet).

Islamische Fundamentalisten in Kurdistan sind ebenfalls nicht neu. Oft handelt es sich um die Netzwerke islamischer Mystiker, die sich politisch engagierten und Milizen bildeten, oder um Parteien und Bewegungen, deren Verbindungen in die internationale Szene des islamischen Fundamentalismus, sei es nach Iran oder Saudi Arabien, bekannt sind. Sie sind meistens mit einer der beiden nationalistischen Parteien verbündet und im Großen und Ganzen in das System der kurdischen Parteienlandschaft integrierbar. Da es bisher keine weiteren Wahlen gegeben hat, kann über ihre tatsächliche Stärke wenig gesagt werden. Dem Vernehmen nach engagieren sie sich im Sozialbereich und in der Bildung. Damit folgen sie jener Taktik, die andere fundamentalistische bzw. islamistische Parteien vor ihnen schon praktiziert haben, so die türkischen Fundamentalisten, die es damit schafften, über die Jahrzehnte zur stärksten politischen Kraft im Lande aufzusteigen. Die kurdischen Fundamentalisten haben ihr Potenzial noch lange nicht ausgeschöpft und können vor allem dann zu einer ernsthaften Herausforderung für die Nationalisten werden, wenn es ihnen gelingt, Islam und kurdischen Nationalismus glaubhaft zu verbinden.

¹⁰⁸ O'LEARY, *passim*.

Von diesen relativ gut bekannten Gruppen sind jene zu unterscheiden, die mit dem internationalen Terrorismus einer al-Qa'ida in Zusammenhang gebracht werden. Das betrifft z. B. die Ansar al-Islam, deren merkwürdige Geschichte eine eigene Arbeit rechtfertigen würde.¹⁰⁹ Es ist bekannt, dass in den 80er Jahren auch irakische Kurden nach Afghanistan gegangen sind, aber erst ab dem Jahr 2000 scheint man von ihnen Notiz genommen zu haben. Auch wenn Ansar al-Islam zerschlagen wurde, ist dieses Thema nicht abgeschlossen. Über Kontakte zum irakischen Widerstand ist nichts bekannt, es lässt sich zumindest nicht beweisen. Dem allgemeinen Trend folgend ist für die nächsten Jahre mit der Zunahme des gemäßigten wie des radikalen Islamismus zu rechnen. Klarheit werden erst Wahlen schaffen.

2.2. Die türkische Präsenz im Nordirak

Die Türkei hat von Anfang an eine klare Irak-Politik betrieben: Wahrung der territorialen Integrität des Landes, Verhinderung eines Kurdenstaates oder auch nur einer substanziellen Autonomie für die irakischen Kurden, Schutz der türkmenischen Minderheit im Nordirak und Verfolgung und Vernichtung der PKK oder aller anderen Terrororganisationen, die sich auf irakisches Staatsgebiet zurückgezogen haben. Die kemalistische Devise, man wolle kein Stück fremdes Land, dafür sei man aber auch nicht bereit, auch nur eine Handbreit eigenen Landes herzugeben, hat die türkische Außenpolitik der Republikära bestimmt. Dennoch nimmt in der türkischen Öffentlichkeit die osmanische Provinz Mosul mit Kirkuk einen im Vergleich zu anderen ehemaligen osmanischen Provinzen dermaßen bedeutenden Platz ein, dass man einen roten Faden in der türkischen Außenpolitik erkennen kann, der in etwa so verläuft: Mosul/Kirkuk nie aus den Augen verlieren und gleichzeitig möglichst gute Beziehungen zu Bagdad unterhalten. Allerdings war Ankara nie bereit, sich für Mosul in ein Abenteuer zu stürzen, sondern hielt sich diese Option als Drohung gegen die kurdische Unabhängigkeitsbewegung im Nordirak offen. In der Realpolitik bevorzugte Ankara einen zentralisti-

¹⁰⁹ Die International Crisis Group hat bislang die beste Studie über sie veröffentlicht. ICG: *Radical Islam in Iraqi Kurdistan: The Mouse That Roared?* (Iraq Briefing), Amman/Brüssel 7. Februar 2003.

schen Irak. Die Mosul-Frage wurde in dem Maß hoch gespielt, in dem secessionistische Strömungen in Irak stärker wurden. Kurdische und nicht-kurdische irakische Beobachter werfen der Türkei daher in gewisser Weise zu Recht imperiale Ambitionen in der Region vor.¹¹⁰ (Zu Mosul siehe den nächsten Abschnitt).

Die mutige Politik des ehemaligen Ministerpräsidenten Turgut Özal ermöglichte der Türkei eine ambitionierte Außenpolitik. Özal entkrampfte das Verhältnis zur eigenen kurdischen Minderheit, und es schien eine Zeit lang, als ob die Türkei einen föderalisierten Irak zu akzeptieren bereit wäre. Mit der aktiven Teilnahme am Golfkrieg 1991 und der geschickten türkischen Diplomatie nach Kriegsende gelang es Özal, den türkischen Einfluss im Nordirak zu stärken. Er hatte dabei große Widerstände zu überwinden: Generalstabschef Torumtay und die Minister für Äußeres und Verteidigung traten zurück.¹¹¹ Eine Konstante blieb die Bekämpfung des separatistischen Terrors, insbesondere der PKK.

2.2.1. Ankara und die Kurden: Gegen Terrorismus und Unabhängigkeit

Bereits 1978 einigten sich die Türkei und der Irak auf eine schriftlich anscheinend nicht festgelegte Übereinkunft, dass es den türkischen Streitkräften erlaubt sei, eigene kurdische Aufständische in irakisches Staatsgebiet hinein zu verfolgen. Dazu kam es 1983 zum ersten Mal, allerdings waren die meisten Opfer unter der kurdischstämmigen irakischen Zivilbevölkerung und unter den irakischen Parteien wie der KDP und den Kommunisten zu beklagen.¹¹² Noch unter Özal baute man brauchbare, aber nicht unbedingt freundliche Beziehungen zu den nationalistischen Kurdenparteien auf. Beiden warf man vor, dass sie in Wirklichkeit an einem unabhängigen Kurdistan arbeiten würden und dadurch dem separatistischen Terrorismus in der Türkei Vorschub leisteten bzw.

¹¹⁰ FATTAH, Hassan: „Turkish Troops On Iraqi Soil Represent an Extension of Occupation,“ in: *Iraq Today*, 27. Oktober 2003.

¹¹¹ PARK, Bill: „Strategic Location, Political Dislocation: Turkey, the United States and Northern Iraq,“ in: *Middle East Review of International Affairs*, 2. Juni 2003, S. 12.

¹¹² McDOWELL, S. 347; ABURISH, S. 239.

ein Modell für kurdische Selbstverwaltung in der Türkei abgeben könnten.¹¹³ Ankara, das die kurdische Regierung in Erbil zwar nicht de-jure, aber de-facto anerkannte, war eher daran interessiert, den Nordirak als Schutzzone gegen die PKK auszubauen und übte dementsprechenden Druck auf die beiden Parteien aus,¹¹⁴ indem es die wirtschaftliche Abhängigkeit der irakischen Kurden ausnutzte, um mit ihnen gemeinsam militärische Operationen gegen die PKK auf irakischem Staatsgebiet durchzuführen.¹¹⁵ 1992 drängte Barzani die PKK von den Gebieten an der türkischen Grenze ab. Ihnen wurde erlaubt, sich nach Zaleh in das von Talabani kontrollierte Gebiet hin abzusetzen.¹¹⁶ Im Frühjahr 1995 marschierte die Türkei mit 35.000 Mann in den Nordirak ein und zerstörte wichtige Lager der PKK, die sich aber recht schnell erholte und an der Grenze wieder Kämpfer sammelte.¹¹⁷ Im Juni 1996, während des „kurdischen Fiaskos“, kam es zu einer weiteren Operation. Im Mai 1997 marschierten die Türken mit 15.000 Mann und in enger Kooperation mit der KDP ein. Die PUK kooperierte auf türkischen und amerikanischen Druck hin und nahm an dieser Operation gegen die PKK im September/Oktober desselben Jahres teil.¹¹⁸ Weitere Vorstöße fanden von 1998-2002 statt, doch die PKK hatte Ende 2002 noch immer ca. 4.500 Kämpfer an der iranisch-irakischen Grenze.¹¹⁹ Zum Schutz der eigenen Grenze vor Infiltration durch die PKK bzw. deren Nachfolgerorganisation besetzten die Türken im August 2002 den Luftwaffenstützpunkt Bamerni nahe der türkischen Grenze,¹²⁰ den sie anderen Angaben zufolge bereits seit 1991 hielten.¹²¹ Dort stationierte Ankara eine bis zu 5.000

¹¹³ MIGDALOVITZ, Carol: *Iraq: The Turkish Factor*, CRS (Report for Congress 21336) 31. Oktober 2002, S. 2; MIGDALOVITZ, Carol: *Turkey: Issues for U.S. Policy*, CRS (Report for Congress RL 31429), 22. Mai 2002, S. 9f.

¹¹⁴ Nach STROHMEIER – YALÇIN-HECKMANN, S. 139 wurde Erbil von Ankara sogar finanziell unterstützt.

¹¹⁵ McDOWELL, S. 384.

¹¹⁶ DÜZGÖREN, Koray: „Türkiye'nin Kürt Sorunu,“ in: *Cumhuriyet Dönemi Türkiye Ansiklopedisi*, Bd. 13 S. S. 861.

¹¹⁷ Ebenda, S. 862.

¹¹⁸ McDOWELL, S. 389; IDP, *Internal Displacement: Iraq*, S. 42.

¹¹⁹ IDP, *Internal Displacement: Iraq*, S. 42

¹²⁰ *Hürriyetim-online*, 12. August 2002; www.hurriyetim.com.tr

¹²¹ *Akşam*, www.aksam.com.tr/arsiv/aksam/2003/02/05/gundem/gundem5.html.

Mann starke Garnison,¹²² die dem Vernehmen nach auch während des letzten Irak Krieges dort blieb und verstärkt wurde. Offizielle türkische Bestätigungen dieser Zahl fehlen, Generalstabschef Özkök sprach in einem Interview vom 9. November 2003 nur von einer „symbolischen Streitmacht von ungefähr 1.500 Mann.“¹²³

Die Lage der kurdischen und türkménischen Minderheiten im Irak war für Ankara immer Anlass zur Sorge. Schon 1950 protestierte man gegen amerikanisches Propagandamaterial in kurdischer Sprache, das für die irakischen Kurden gedacht war.¹²⁴ In der Ablehnung eines unabhängigen Kurdenstaates war Ankara aber nicht allein. Kein einziger Nachbar des Irak war je damit einverstanden oder hatte dies jemals als ernsthafte Option in Betracht gezogen, und mit dem Iran hat man ein förmliches Abkommen gegen einen Kurdenstaat geschlossen. 2002 zeigte sich Ankara äußerst verstimmt über einen Verfassungsentwurf der KDP, in dem diese mehr Autonomie und die Kontrolle über Kirkuk verlangte, und schloss die Grenze bei Habur, sodass die Haupteinnahmequelle der KDP, der florierende Benzinschmuggel, zum Erliegen kam.¹²⁵ Die türkischen Aktivitäten in Bamerni wurden von der KDP durchaus als Warnung verstanden,¹²⁶ sodass sie sich bald gezwungen sah, ihr Bekenntnis zur territorialen Integrität des Irak zu erklären und Garantien für Sicherheit und Souveränität der Türkei abzugeben.¹²⁷ Doch noch im September 2002 warnte der wahlkämpfende Ministerpräsident Bülent Ecevit vor ernst-

¹²² MIGDALOVITZ, *Turkish Factor*, S. 3; POSCH, *Saddam Hussein*, S. 41; Im allgemeinen geht man davon aus, dass die Türkei seit 1991 immer ca. 5.000 Mann im Nordirak stationiert hat. Siehe PARK, Bill: „Turkey Concerned by Kurdish Autonomy in new Iraq,“ in: *Jane's Intelligence Review*, Februar 2004, S. 26. Nach Mutlu ÇÖLGEÇEN vom türkischen *Akşam*, sollen sich im Februar 2003 bis zu 20.000 türkische Truppen im Nordirak befunden haben. Hierzu

<http://www.aksam.com.tr/arsiv/aksam/2003/02/05/gundem/gundem5.html>;

http://haber.superonline.com/haber/arsiv/haberler/0,1106,81221_4_8928,00.html.

¹²³ Interview mit Generalstabschef General Hilmi Özkök bei Kışlalı, Mehmet Ali: “Irak'taki Durum Sıkıntı Yaratıyor,” *Radikal* 9. November 2003.

¹²⁴ National Security Archives, Document 2.

<http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB78/propaganda%20002.pdf>.

¹²⁵ MIGDALOVITZ, *Turkish Factor*, S. 3.

¹²⁶ RFE/RL, *Iraq Report*, 5/28 6. September 2002.

¹²⁷ MIGDALOVITZ, *Turkish Factor*, S. 3.

haften Konsequenzen, sollten von kurdischer Seite Schritte in Richtung Unabhängigkeit unternommen werden.¹²⁸

Während des letzten Krieges 2003 reagierten die kurdischen Organisationen mit Drohungen und Protesten auf die bloße Möglichkeit einer türkischen Intervention. Kurdische Vertreter wie Dilshad Barzani warnten im deutschen Privatfernsehen vor möglichen Konsequenzen wie massenhaften Protesten auf Deutschlands Straßen usw. Die in Europa erscheinende türkische Presse reagierte darauf mit Schlagzeilen wie „Drohungen von Barzani“ u.ä.¹²⁹ Europäische Medien ergingen sich in Überlegungen was passiere, wenn nun auch die Türken einmarschieren. Was dabei gerne übersehen wurde, war, dass die Türkei seit Jahren eine spürbare militärische Präsenz im Nordirak aufgebaut hatte.

2.2.2. Ankara und die Türkmene: Kulturelle und militärische Unterstützung

Ankara unterstützte seit jeher türkmene Gruppen und ermöglichte ihnen die Bildung von Kulturvereinen in der Türkei. Bereits 1959 wurde der „Kultur- und Hilfsverein der Irak-Türken“¹³⁰ gegründet. Dann hat Ankara „die Türkmene leider ganz vergessen“ (so Orhan Ketene, der Vertreter der Türkmene Cephesi in den USA). Erst Turgut Özal entsann sich 1991 wieder der Türkmene.¹³¹ 1996 wurde die „Türkmene Koo-operations- und Kultur Stiftung“ gegründet, die (wie auch der „Hilfsverein“) der Türkmene Cephesi nahe steht. Bestimmt spielt auch die Tatsache, dass mit den Türkmene der Einfluss der Kurden vor allem im Raum Kirkuk etwas zurückgedrängt werden kann, eine Rolle.¹³² Türkmene wird nach eigenen Angaben großzügig von Ankara unterstützt.¹³³ Das ist nicht ungewöhnlich: landsmannschaftliche Vereine der „Auslandstürken“ vom Balkan bis nach China hat es immer schon gegeben.

¹²⁸ Ebenda.

¹²⁹ *Milliyet*, Europaausgabe, 21. März 2003.

¹³⁰ <http://www2.egenet.com.tr/~irakturk/>.

¹³¹ Interview mit Orhan Ketene <http://www.netpano.com/orhanketene.html> abgefragt am 14. April 2003.

¹³² MIGDALOVITZ, *Turkish Factor*, S. 4.

¹³³ <http://www.iraqiturkman.org.tr/turkmen21.htm>.

In den meisten Fällen kümmerten sie sich um die kulturellen Belange der Diaspora und waren streng antikommunistisch und panturanistisch eingestellt. Für die kulturelle Besonderheiten der irakischen Türkmeneu hat man aber in Ankara weniger übrig: So wird in Artikel 4 der Deklaration der Prinzipien des Vereins Türkmeneu festgehalten, dass die Sprache das Istanbul-Türkische (und nicht etwa der Dialekt von Kirkuk) ist und in der (in der Türkei üblichen) Lateinschrift (statt der im Irak üblichen arabischen) geschrieben wird,¹³⁴ um nur besonders augenfällige Beispiele zu nennen. Sowohl diesen Parteien als auch den Vereinen wird nicht nur von kurdischer Seite Türkei-Hörigkeit vorgeworfen, was insofern seine Richtigkeit hat, als Ankara finanziell und materielle Unterstützung gewährt.

Nach dem kurdischen Fiasko verstärkte Ankara seine Präsenz in der Region und wurde durch das Ankara Agreement 1996 mit dem Aufbau einer Friedenstruppe betraut. Die „Peace Monitoring Force – PMF“ wurde im April 1997 ins Leben gerufen. Ihre Ausbildung übernahm die türkische Armee, finanziert wurde sie in den Anfangsjahren von den USA. Die PMF besteht aus 400 Mann. 75% davon Türkmeneu und der Rest Assyrer. Ihr Hauptquartier liegt in Erbil,¹³⁵ weitere Dislozierungen in Bamerni, Kanimasi und Begova konnten nicht bestätigt werden.¹³⁶ Da die meisten in der PMF aktiven oder durch sie ausgebildeten Türkmeneu Mitglieder der Türkmeneu Cephesi sind und die Offiziere der Truppe Angehörige der türkischen Streitkräfte, argwöhnten kurdische Beobachter, dass Ankara damit eine eigene türkmeneuische Miliz aufbaut, was in der Tat der Fall ist. Seit 1997 haben jedenfalls 2.000 Türkmeneu militärische Ausbildung genossen.¹³⁷ Das ist im Vergleich zu anderen Gruppen nicht sehr viel, gut ausgebildet und gut geführt kann daraus aber jederzeit eine schlagkräftige Truppe werden.

¹³⁴ <http://www.iraqiturkman.org.tr/turkmen17.htm>.

¹³⁵ KATZMAN, Kenneth: *Iraq: U.S. Regime Change Efforts and Post-Saddam Governance*, CRS (Report for Congress RL31339), 7. Jänner 2004, S. 5; ÇAGATAY, Soner: „Turkmeneu – the Soft Underbelly of the War in Iraq,“ *Policywatch* 735, 27. März 2003. <http://www.washingtoninstitute.org/watch/Policywatch/policywatch2003/735.htm>.

¹³⁶ <http://www.rojname.com/hejmar.txt>.

¹³⁷ ÇAGATAY: „Turkmeneu“.

Im November 2002 mehrten sich die Forderungen in der kurdischen Presse, die PMF aufzulösen; die Lage hätte sich soweit stabilisiert, dass sie nicht mehr nötig sei. Beschwerden gab es außerdem darüber, dass ein ehemaliger Offizier (und damit türkischer Staatsbürger) der PMF zum Vorsitzenden des Büros der Türkmen Cephesi in Köy Sancak ernannt wurde. Dies wurde als Beweis für die große Unterstützung, die die Türkei der Türkmen Cephesi gewährt, verstanden.¹³⁸ Im Oktober 2003 sandte das kurdische Parlament aus Erbil einen Brief nach Ankara, Washington und London und verlangte den Abzug der PMF, deren Anwesenheit nach dem Sieg über Saddam nicht mehr notwendig sei. Im Jänner 2004 wiederholte Nechirwan Barzani diesen Wunsch und warnte gleichzeitig, davor, dass sich die kurdischen Parteien das Recht vorbehalten, die PMF auch mit Gewalt des Landes zu verweisen. Davor warnten die zuständigen amerikanischen Stellen, weil dies eine sehr gefährliche internationale Krise heraufbeschwören würde. Die PMF wird dann abziehen, sobald die Milizen der beiden Kurdenführer vereint und eine einheitliche kurdische Regierung funktionsfähig ist, was im Frühling der Fall sein soll.¹³⁹

Zu schweren Verstimmungen zwischen den USA und der Türkei und zu Protesten in türkischen Zeitungen und antiamerikanischen Demonstrationen in der Türkei führte die Verhaftung eines türkischen Oberst mit elf Angehörigen einer türkischen Spezialeinheit in Suleymaniya. Gleichzeitig wurde das Büro der Türkmen Cephesi in Suleymaniya durchsucht, mehrere Waffen gefunden und dreizehn ihrer Anhänger verhaftet. Der amerikanische Vorwurf lautete, die Türken hätten einen Mordanschlag auf den neuen kurdischstämmigen Bürgermeister von Kirkuk geplant, was vom türkischen Außenminister Gül sofort zurückgewiesen wurde. Nach wütenden Protesten türkischer Politiker und der Medien wurden die Türken abgeschoben. Beide Seiten taten dann alles, um die Atmosphäre zu beruhigen; trotzdem haben die Amerikaner ihre Anschuldigung nicht zurück genommen.¹⁴⁰ Weitere Stellungnahmen offizieller amerikanischer Stellen liegen bis jetzt nicht vor. Obwohl diese Episode

¹³⁸ Iraqi Kurdistan Dispatch, 15. November 2002, <http://www.ikurd.info/news-15nov-p1.htm>.

¹³⁹ FARAMARZI, Sheherezade: „Kurdish official threatens to force Turkish peacekeepers out of northern Iraq,“ *Anchorage Daily News*, 27. Jänner 2004.

¹⁴⁰ PARK, „Turkey Concerned by Kurdish Autonomy in new Iraq“, S. 26.

international einigen Staub aufgewirbelt hat, fehlt eine allgemein akzeptierte Interpretation der Ereignisse. Auch wenn man die türkischen Interessen in Kirkuk prioritär oder gar vital beurteilt, würde dies nicht einen gleichermaßen brutalen und ungeschickten Zug wie die Ermordung eines Bürgermeisters, der allem Anschein nach das Vertrauen der Amerikaner genießt, rechtfertigen. Vielleicht steckt eher militärisches Abenteuerertum oder das Wirken unkontrollierbarer Elemente (was allerdings sehr gefährlich wäre) dahinter als ein finsterner Plan aus Ankara. Allerdings war dies kein Einzelfall: Schon im April 2003 flog ein verdeckte Operation der Türken auf, als die Amerikaner einen Lebensmittelkonvoi für die Türkmene in Kirkuk aufhielten und schwer bewaffnete Spezialkräfte in Zivil verhafteten.¹⁴¹ Der Vorfall in Suleymaniya hat Ankara jedenfalls geschadet,¹⁴² die offiziellen amerikanischen Stellen hielten sich aber mit Reaktionen zurück. Im Gegensatz zu den Kurden, die den sofortigen Abzug der Türken verlangten. Die kurdischen Parteien waren ohnehin nie wirklich begeistert von der Anwesenheit türkischer Truppen in Barmeni und von der PMF, die sich nun zur Miliz der Türkmene Cephesi gewandelt hat. Sie fordern nun immer deutlicher den Rückzug türkischer Truppen und die Auflösung der türkmeneischen Miliz, was Ankara nicht akzeptieren kann.

Die Verhinderung eines unabhängigen Kurdenstaates im Nordirak ist das langfristige strategische Ziel der Türkei. Darüber haben sich die Türken auch mit den Iranern und den Syrern geeinigt. Einer kurdischen Autonomie oder Föderation steht Ankara ebenfalls negativ gegenüber und reagiert empfindlich auf jeden kurdischen Versuch, die Erdölstadt Kirkuk einzunehmen. Die Türkmene der Region werden gerne unterstützt und sollen als Gegengewicht zu den Kurden in Kirkuk gestärkt werden.

¹⁴¹ O'LOUGHLIN, Ed: „*Bad blood lingers after strange days in Kurdistan*,“ in: Sydney Morning Herald, 19. Juli 2003; *Iraq Digest, bulletin* 7. Juli 2003 <http://www.iraqdigest.com/newsreview-jul-1.htm>.

¹⁴² OLIPHANT, Thomas: „Questions Over Presence in Iraq,“ in: *Boston Globe*, 8. Juli 2003.

2.2.3. Die Provinz Mosul und der Nationalpakt Misâk-i Millî – oder der türkische Anspruch auf Nordirak

Die britische Eroberung des späteren Irak begann 1915 in Basra und dauerte insgesamt drei Jahre. Kirkuk fiel erst 1918. Mosul konnte überhaupt erst aufgrund der Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages von Mudros im Oktober 1918 von den Osmanen übernommen werden. Die Briten begründeten dies mit der Übereinkunft, dass alle osmanischen Garnisonen in Mesopotamien sich zu ergeben hätten, und marschierten nach Mosul. Dort weigerte sich der osmanische Gouverneur mit der Begründung, dass Mosul gar nicht zu Mesopotamien gehören würde. Daraufhin wurde er vertrieben, und die Briten setzten die Waffenstillstandslinie in etwa entlang der alten fließenden Provinzgrenze fest.¹⁴³ Nach der Gründung der türkischen Nationalversammlung in Ankara schloss die nationalistische Mehrheit einen Nationalpakt (Misâk-i Millî), in dem territoriale Ansprüche und die weitere Vorgangsweise der Türkei festgelegt wurden. Neben der nationalen Unabhängigkeit des Landes wurde Anspruch auf alle nichtarabischen Gebiete des Osmanischen Reiches erhoben (Westthrakien, Kars – Ardahan – Batum und Mosul),¹⁴⁴ und zwar auch auf jene, die jenseits der Waffenstillstandslinie lagen, wie eben Mosul.¹⁴⁵ In seinem ersten Artikel wurde nämlich unmissverständlich festgehalten, dass eine Abtrennung jener Gebiete, die mit Stichtag 30. Oktober 1918 vom Feind gehalten werden und „mehrheitlich von der Osmanisch-islamischen Bevölkerung besiedelt“ (d.h. alle Nichtaraber wie Türken, Kurden, Tscherkessen u.ä.) waren, nicht akzeptiert wird.¹⁴⁶ Der Nationalpakt gilt als eine Art Geburtsurkunde der modernen Türkei und ist tief im Bewusstsein der Bevölkerung und in der Politik der Eliten verankert. Die Frage ob Mosul und Kirkuk wirklich im Rahmen des türkischen Nationalpaktes und somit innerhalb des von den Türken beanspruchten Gebietes liegen, beantworten Behrendt und McDowell ver-

¹⁴³ TRIPP, S. 32; der genaue Grenzverlauf zwischen Mosul und der nördlich davon gelegenen Provinz Van richtete sich in erster Linie nach den Wanderungen der kurdischen Stämme und nicht nach klaren geographischen Gegebenheiten.

¹⁴⁴ TAŞKIRAN, Cemalettin: „Atatürk ve Misâk-ı Millî'ye Ait Bir Belge,“ in: Yeni Türkiye (Hg): *Cumhuriyet 1923-1998 Dönemi Değerlendirmesi*, Bd. I S. 249.

¹⁴⁵ McDOWELL, S. 130.

¹⁴⁶ BUDAK, Mustafa: „Hangi Misak-ı Millî?“ in: Yeni Türkiye (Hg): *Cumhuriyet 1923-1998 Dönemi Değerlendirmesi*, Bd. I S. 253-260, hier 255.

schieden. Aus türkischer Sicht kann daran kein Zweifel bestehen, wobei verschiedene Interpretationsmöglichkeiten eingestanden werden.¹⁴⁷ Atatürk war jedenfalls nicht bereit, klein beizugeben, vielmehr wollte er Grenzen verteidigen, die „von den türkischen Bajonetten geschrieben wurden“.¹⁴⁸ Er stellte fest, dass „jene Grenze, die wir mit unseren Kräften halten können, die Staatsgrenze ist“.¹⁴⁹ Und dies verlief seiner Ansicht südlich von Iskenderun über Antakya und Aleppo bis zum Euphrat südlich von Cerablus, dann über Deyr al-Zor nach Mosul, Kirkuk und Suleymaniya.¹⁵⁰ Nach türkischer Logik, stellten muslimische Nichtaraber die Mehrheit in den ehemaligen osmanischen Provinzen Mosul und Aleppo, und deren Südgrenze bildete somit die neue Staatsgrenze.¹⁵¹

In den nächsten Jahren konnte Ankara mit panislamischer Propaganda Sympathien in Kurdistan gewinnen und um 1922 sogar wieder einige Teile der Region um Raniya kontrollieren. Eine endgültige Eroberung der ehemaligen Provinz Mosul schien 1922 durch Oberst Ali Shefiq (genannt Özdemir) möglich. Im Frieden von Lausanne (24. Juni 1923) konnte die Türkei die meisten ihrer territorialen Forderungen durchsetzen – mit Ausnahme von Mosul. Hier konnten Briten und Türken keine Einigung erzielen, und die Briten setzten sich mit ihrem Wunsch, den Völkerbund um Vermittlung anzurufen, durch.¹⁵² Die britisch-türkischen Spannungen erreichten 1924 noch einen Höhepunkt, die von gelegentlichen Scharmützeln fast in offenen Krieg umgeschlagen waren.¹⁵³ Das britische Interesse an der Region lag weniger im Erdöl, das

¹⁴⁷ Siehe die Zusammenfassung bei BUDAK, S. 258f.

¹⁴⁸ TAŞKIRAN, S. 250.

¹⁴⁹ BUDAK, S. 257.

¹⁵⁰ Mustafa Kemal Atatürk am 27. Dezember 1919 in einer Rede in Ankara. Ebenda, S. 255.

¹⁵¹ Ebenda, S. 256.

¹⁵² McDOWELL, S. 142; BEHRENDT, S. 356; Nach BUDAK, S. 257 wurde den türkischen Verhandlern in einer geheimen Sitzung 1923 erlaubt, dem Verzicht auf Mosul zuzustimmen, obwohl dies dem Zielen des Nationalpakt widersprach. Der ehemalige Botschafter İsmail Soysal formuliert es so: um Mosul zurück zu bekommen, „*hätte man mit England einen Krieg beginnen müssen, was Atatürk unter den damaligen schwierigen Bedingungen nicht wollte ... und es [daher] vorzog, Mosul zu lassen.*“ Siehe SOYSAL, İsmail: „Türkiye Cumhuriyeti’nin 75 Yıllık Dış Politikası,“ in: Yeni Türkiye (Hg): *Cumhuriyet 1923-1998 Dönemi Değerlendirmesi*, Bd. II S. 1361.

¹⁵³ BEHRENDT, S. 368.

damals nur vermutet und erst später gefördert wurde, sondern in der wirtschaftlichen und geographischen Bedeutung für den Irak: Die Gebirgszüge bildeten quasi einen Schutzwall für Bagdad, und die umliegenden Regionen waren als Getreidelieferanten wichtig.¹⁵⁴ Die Völkerbundkommission besuchte 1925 die Region und entschied für einen Verbleib beim Irak, obwohl die meisten Kurden eher einen eigenen Staat oder eine weitgehende Autonomie wünschten und die nationalistischen Araber in Mosul und die Türkmene eher der türkischen Herrschaft zuneigten als einem Irak unter britischer Kontrolle und manchen Christen die Türken berechenbarer schienen als Araber in Bagdad ohne europäische Kontrolle.¹⁵⁵ Jedenfalls war Ankara mit dem Ergebnis des Schiedsspruches höchst unzufrieden und gar verärgert. In türkischen Augen verkam der Völkerbund damit zu einer Organisation, die unter der „Hege- monie der imperialistischen Mächte England und Frankreich“ stand.¹⁵⁶

In der Öffentlichkeit herrscht seither die Meinung vor, Mosul und Kirkuk seien der Türkei mit einer diplomatischen Finte geraubt worden. Das alte Vilayet Mosul geriet nie in Vergessenheit, auch wenn lange Zeit keine offenen Forderungen gestellt wurden. Ganz offen wurde diese Forderung 1998 vom Historiker Mustafa Budak von der Universität Istanbul formuliert: „Wenigstens die, welche wollen, dass die Türkei ihre historische Identität wieder erlangt, sollten das Programm des Nationalpakts von neuem lesen und darüber nachdenken.“ Dies sei nicht als aggressiver Aufruf zu verstehen, „denn es ist klar, dass dies unter den heutigen Bedingungen schwierig ist“; die türkischen Entscheidungsträger sollten vielmehr die ausländischen Brandherde an den Nationalpakt erinnern, denn schließlich ist „Angriff die beste Verteidigung.“¹⁵⁷ Damit hat er eigentlich nur die permanenten türkischen Interventionen gegen die PKK im Nordirak – denn um nichts anderes handelt es sich bei den ausländischen Brandherden – in den passenden historischen Kontext gestellt. Offiziell wird natürlich immer wieder beteuert, keine Gebietsansprüche (*toprak talebi*) mehr zu haben, aber „sich für unsere Landeskin-

¹⁵⁴ Ebenda, S. 315f.

¹⁵⁵ McDOWELL, S. 143f.

¹⁵⁶ ARAL, Berdal: „Atatürk Döneminde Türkiye ve Uluslararası Hukuk,“ in: Yeni Türkiye (Hg): *Cumhuriyet 1923-1998 Dönemi Değerlendirmesi*, Bd. II S. 1368-1374, hier 1372.

¹⁵⁷ BUDAK, S. 260.

der, die außerhalb unserer heutigen Staatsgrenzen leben, zu kümmern, muss eine Pflicht für die Türkei sein.¹⁵⁸ Im irakischen Kontext handelt es sich dabei um die Türkmene.

Die Mosul-Frage kam erst wieder in den 80er Jahren aufs politische Tapet, als man begann, unter irakischer Duldung kurdische Aufständische in irakisches Staatsgebiet hinein zu verfolgen. 1986 teilte die Türkei der Islamischen Republik Iran und den USA mit, dass sie ihren Anspruch auf Mosul wieder erheben wird, wenn der Irak im Krieg auseinander brechen sollte.¹⁵⁹ 1992 erörterte Jalal Talabani die Mosul-Frage in einem Gespräch mit Premierminister Demirel. Unter Hinweis auf die irakische Menschenrechtspraxis bot er den Türken die Annexion des Nordirak an, wozu er aber von niemandem ermächtigt worden war. Die türkische Seite lehnte dieses überraschende Angebot damals ab.¹⁶⁰ Vor diesem Hintergrund wird die für viele westlichen Beobachter unverständliche und aggressive Haltung des damaligen türkischen Verteidigungsministers Çakmakoglu, der der rechtsnationalen MHP angehörte,¹⁶¹ klarer, der eigentlich nur laut aussprach, was die meisten Türken ohnehin denken: dass die Türkei seit 1920 wohlbegründete Ansprüche auf Mosul habe!

Im Irak stand die Provinz Mosul im Mittelpunkt der kurdischen Unabhängigkeitsbewegung, die in der Stadt selbst jedoch nie die Stärke erhielt, die sie am Land und in den anderen Städten hatte. 1959 brachen Unruhen zwischen linken und nationalistischen Gruppen aus, die sehr schnell in schwere Ausschreitungen zwischen Kurden, Arabern und Christen mündeten und in denen Molla Mustafa Barzani mit seinen Stammeskriegern eine unguete Rolle spielte.¹⁶² Diese Unruhen, die einen Bürgerkrieg im Kleinen darstellten und zum Teil auch sozial motiviert waren, vergifteten auf Dauer das Miteinander der Volksgruppen.¹⁶³ Ähn-

¹⁵⁸ TAŞKIRAN, S. 252.

¹⁵⁹ McDOWELL, S. 370.

¹⁶⁰ Ebenda, S. 384; man muß Talabanis Vorschlag vor den damaligen Verhältnissen und der oft überraschenden Sprunghaftigkeit der Talabanischen Koalitionen sehen. In Kurdistan selbst wäre die türkische Herrschaft über den Nordirak bestimmt auf Widerstand gestoßen.

¹⁶¹ MIGDALOVITZ, S. 3.

¹⁶² McDOWELL, S. 304.

¹⁶³ ABURISH, *Saddam Hussein*, S. 46f.

liches geschah im selben Jahr in Kirkuk, wo Unruhen zwischen Kurden und Türkmene n ausbrachen, die ihre Wurzeln ebenfalls in Spannungen zwischen linken und rechten Gruppen und in der sozialen Misere hatten.¹⁶⁴ Unter den Türkmene n ging dieser Vorfall als „Massaker von Kirkuk“ in die Geschichte ein.¹⁶⁵

2.3. Türkmene n und Kurden in Kirkuk

Die kurdischen Nationalisten betrachteten die Stadt Kirkuk (anders als Mosul) immer als integralen Bestandteil Kurdistans. Ihre Forderung, Kirkuk in die autonome Region einzugliedern, führte immer wieder zum Scheitern der verschiedenen Autonomieverhandlungen. Mit den Ölfeldern von Kirkuk wäre ein unabhängiger Kurdenstaat in der Tat lebensfähig und könnte sogar ein ernst zu nehmender Akteur in der Region werden, wenn man die Bedeutung der von Kirkuk ausgehenden Pipelines für die Türkei und andere Staaten bedenkt.¹⁶⁶ Gleichzeitig ist Kirkuk aber auch das Zentrum der türkmene nischen Minderheit im Irak, die wie die Araber in der Region von einer Eingliederung Kirkuks in Kurdistan nichts wissen wollen. Die nationalistische Türkmene n Cephesi teilt auf ihrer Internetseite unmissverständlich mit, dass „Kirkuk die natürliche Hauptstadt der Türkmene n ist, gleichzeitig betrachtet die Türkei die Stadt als Teil des Nationalpakt es.“¹⁶⁷

2.3.1. Türkmene n im Irak

Die irakischen Türkmene n sind sprachlich und kulturell eng mit den anatolischen Türken verwandt. In ihrer überwiegenden Mehrzahl sind sie Sunniten, ein Drittel bekennt sich zur Schia.¹⁶⁸ Sie leben in zahlrei-

¹⁶⁴ McDOWELL, S. 305.

¹⁶⁵ Für eine Darstellung aus irakisch-türkmene nischer und türke itürkischer Sicht siehe den entsprechenden Beitrag auf der Internetseite der Türkmene n Cephesi <http://www.turkmenfront.org/Turkish/Tarih/katliam-3.htm>.

¹⁶⁶ MIGDALOVITZ, *Turkish Factor*, S.4.

¹⁶⁷ <http://www.turkmenfront.org/Turkish/Makale/AB2.htm>.

¹⁶⁸ Die *Türkmene n Cephesi* erwähnt außerdem noch eine Gruppe türkischsprachiger Christen, die bis zur Schleifung der Burg in Kirkuk durch Saddam Hussein dort gelebt haben soll. Hierzu siehe <http://www.turkmenfront.org/English/History/relgn.htm> und <http://www.angelfire.com/tn/halk/>; COLE, Juan: „Informed Comment,“ 26. August

chen Dörfern und Städten verstreut, die sich in einem langen Streifen von der türkischen Grenze nördlich von Mosul, über Erbil und Kirkuk bis an die iranische Grenze nach Mandali und Badra hin erstrecken. Ihre Dörfer liegen meistens in den Gebieten der kurdisch-arabischen Sprachgrenze, wodurch sie einem doppelten Assimilierungsdruck ausgesetzt waren. Die größte Konzentration von Türkmene lebt in Kirkuk und in den umliegenden Dörfern, weitere Zentren befinden sich bei Erbil und Mosul. Glaubwürdiges statistisches Material über die Größe der türkmenischen Minderheit im Irak existiert nicht.¹⁶⁹ Das IDP-Project schätzt sie auf weniger als 2% der Gesamtbevölkerung, das CIA-Factbook auf weniger als 5% von einer Gesamtbevölkerung von 24 Millionen, das wären weniger als eine Million. Kurdischen Angaben zufolge gibt es höchstens 700.000 Türkmene im Irak, und türkische Angaben variieren von über einer Million bis zu 2,5 Millionen.¹⁷⁰ Die Türkmene Cephesi schätzt die Gesamtzahl der Türkmene jedoch auf deutlich über 10% der Gesamtbevölkerung und mindestens 3 Millionen,¹⁷¹ eine Zahl, die von allen anderen Gruppen (und vor allem den Kurden) abgelehnt wird. Die Völkerbundkommission stellte bereits 1926 fest, dass die Bevölkerung entlang der Hauptverkehrswege zwischen Mosul und Bagdad überwiegend aus türkischsprachigen Türkmene bestand, die einem gewissen „Kurdisierungsdruck“ (d.h. der kurdischen Zuwanderung) ausgesetzt waren.¹⁷² Vor allem in die Provinz Kirkuk wanderten viele Kurden während der

2003 und 1. August 2003; POSCH, Walter: „Die irakischen Schiiten nach dem Fall Saddam Husseins,“ in: FEICHTINGER Walter (Hg): *Irak 2003. Aspekte eines Umbruchs*, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Wien, 8/2003, S. 116 Anm 78.

¹⁶⁹ MIGDALOVITZ, *Turkish Factor*, S. 3 Anm. 9 gibt Zahlen zwischen 330.000 und 3 Millionen. Für die Volksgruppen im Nordirak siehe <http://www.theestimate.com/public/041803.html>.

¹⁷⁰ IDP, *Internal Displacement: Iraq*, S. 14;

<http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/>; POSCH, *Saddam Hussein*, S. 91.

¹⁷¹ So Faruq Abdullah Abd al-Rahman, der neue Parteivorsitzende, in einem Interview in Ankara. Siehe RFE/RL, *Iraq Report*, 6/53 18. Dezember 2003. Auf diese Zahl kommt man, wenn man der Argumentation von Necmettin Esin folgt und für das Jahr 1961 ca. 800.000 Türkmene bei einer Gesamtbevölkerung von etwas über sechs Millionen annimmt und dann auf die Gegenwart hochrechnet. Siehe ESIN, Necmettin: „Irak Türkleri,“ in: Türk Kültür Araştırma Enstitüsü: *Türk Dünyası El Kitabı*, Ankara 1976, S. 1125-1131.

¹⁷² McDOWELL, S. 144.

1930er und 1940er Jahre auf der Flucht vor den Landbesitzern und auf der Suche nach Arbeit in der Erdölindustrie zu. Aber noch 1957 lebten nur rund 25% Kurden in der Stadt und 53% in der Provinz Kirkuk,¹⁷³ die das Zentrum der türkmenischen Volksgruppe blieb. Wie groß die Abneigung der Volksgruppen gegeneinander ist, lässt sich schon daran erkennen, dass vollkommen irrealen Vorstellungen über die Stärke der eigenen Volksgruppe in Kirkuk herrschen: Araber schätzen ihren Anteil auf 50%, Kurden auf 60% und die Türkmene auf 70%. Das sind Zahlen, die mit der Realität wenig gemein haben, von denen aber die einzelnen Parteien ihren Anspruch auf die Stadt ableiten.¹⁷⁴

Die Rechte der türkmenischen Minderheit wurden erstmals in einem Gesetz aus dem Jahre 1932 anerkannt. Im Paragraph 9 wird erklärt, dass in den Bezirken Kifri und Kirkuk Türkisch als Amtssprache neben Arabisch und Kurdisch eingeführt wird und dass von den Beamten ausreichende Kurdisch und Türkischkenntnisse erwartet werden.¹⁷⁵ Die im Artikel 14 der Verfassung des Königreichs Irak vorgesehenen kulturellen Rechte, vor allem die Grundschulbildung in türkischer Sprache, wurden seit der Unabhängigkeit des Landes 1932 ignoriert. Die Regierung Nuri Sa'id verfolgte eine Assimilationspolitik den irakischen Türkmene gegenüber.¹⁷⁶ Türkmenisches Vereinsleben begann 1959 mit dem Kulturverein „Türkmenischen Bruderschaftsclub“ in Bagdad, der auch eine Zeitung herausgeben konnte.¹⁷⁷ Der kulturelle Status der Türkmene wurde erst 1970 durch einen Erlass des Revolutionären Kommandates geregelt. Hier wurde den Türkmene Schulunterricht in türkmenischer Sprache, die Einrichtung eines Direktorats für die Türkmene im irakischen Kulturministerium und die Produktion einer Monatszeitschrift und einer Wochenzeitung zugestanden. Auf die Einfüh-

¹⁷³ Ebenda, S. 314 eine genauere Aufschlüsselung siehe bei HRW – Human Rights Watch, *Iraq: Forcible Expulsion of Ethnic Minorities*, Vol. 15 No. 3 (E), März 2003, S. 9 Anm. 38.

¹⁷⁴ MURPHY, „Ethnic Conflict in Kirkuk.“

¹⁷⁵ „Deklaration des irakischen Königsreiches. Gesetz aus Anlass des Endes der Mandatsherrschaft im Irak“, die Deklaration ist nur in türkischer Sprache zugänglich; siehe <http://www.iraqiturkman.org.tr/haklar.html>.

¹⁷⁶ ESİN, Necmettin: „Irak Türkleri,“ in: Türk Kültür Araştırma Enstitüsü: *Türk Dünyası El Kitabı*, Ankara 1976, S. 1129.

¹⁷⁷ ESİN, S. 1129; <http://www.turkmenfront.org/English/History/republic.htm>.

rung des Türkmenischen als Schulsprache wurde nach zwei Jahren verzichtet, die anderen kulturellen Rechte blieben aber unverändert bis in die Gegenwart.¹⁷⁸ In einem Interview mit der türkischen Tageszeitung *Cumhuriyet* forderte der ehemalige Vorsitzende der Türkmnen Cephesi, Hasan Sanan Ağa, die Einhaltung dieser beiden Gesetze.¹⁷⁹ 1972 verbannte die Regierung türkische Medien aus dem Irak.¹⁸⁰ Vier Jahre später rang sich Saddam wieder Zugeständnisse ab, als er Türkmenisch und andere Sprachen als Amtssprachen anerkannte, um die Türkmnen und andere nicht kurdische Volksgruppen der Region als Gegengewicht zu den Kurden zu stärken.¹⁸¹ 1980 ließ er dann den Gebrauch des Türkmenischen wieder verbieten und die wichtigsten Anführer der Türkmnen in Bagdad hinrichten.¹⁸² Seit 1980 sind auch gesteigerte politische und z.T. militante Aktivitäten unter den irakischen Türkmnen festzustellen.¹⁸³

Erst die Flugverbotszonen ermöglichten die Gründung türkmnischer Parteien. Die Irakische Nationale Türkmnen-Partei/Iraqi National Turkmen Party (INTP) unterhielt gute Beziehungen zur PUK. 1995 wurde die Irak Türkmnen Cephesi/Iraqi Turkmen Front (ITC/ITF) als Sammelbewegung von sechs verschiedenen Parteien gegründet: der INTP, der Türkmeneli (Türkmenenland) Partei (TP), der Unabhängigen Bewegung, der Kultur und Solidaritätsorganisation der irakischen Türken und dem Zentrum für Türkmenische Bruderschaft.¹⁸⁴ Die Beziehungen zwischen der Türkmnen Cephesi und der KDP gelten als besonders schlecht. Zum Vorsitzenden der Partei wurde Hasan Sanan Ağa gewählt, der sein Amt nach drei Jahren anlässlich der 3. Türkmenischen Generalversammlung niederlegte.¹⁸⁵ Im September 2003 wählte die Türkmnen Cephesi in

¹⁷⁸ <http://www.iraqiturkman.org.tr/haklar.html>.

¹⁷⁹ TAVŞANOĞLU, Leyla: „Türkiye aktif tavır almalı,“ *Cumhuriyet* (Europaausgabe), 21. März 2003.

¹⁸⁰ So die Internetseite der Türkmenischen Volkspartei <http://www.angelfire.com/tn/halk/>.

¹⁸¹ ABURISH, S. 121.

¹⁸² <http://www.turkmenfront.org/English/History/baath.htm>.

¹⁸³ McDOWELL, S. 380.

¹⁸⁴ <http://www.turkmenfront.org/English/History/sheaven.htm>.

¹⁸⁵ BOZTAŞ, Salih: „3rd. Turkmen General Assembly Convenes To Choose A Leader,“ in: *Zaman* 14. September 2003; www.zaman.com/default.php?kh=4118.

Kirkuk einen neuen Leiter, Faruq Abdullah Abd al-Rahman. Er betonte die Unabhängigkeit seiner Organisation von Ankara und führte weiters aus, dass sich die politischen Gruppen der Türkmene nun in einer Phase der Vereinigung befänden.¹⁸⁶ Den Beweis der Unabhängigkeit von Ankara muß die Türkmen Cephesi erst erbringen. Im Allgemeinen wird sie als das Instrument der türkischen Politik im Nordirak betrachtet.¹⁸⁷ Türkmen Cephesi gilt nicht nur unter den Kurden und manchen Türkmene des Irak als von der Türkei unterstützt bzw. gefördert. Der Wechsel an ihrer Spitze scheint mit dem Vorfall im Sommer in Suleymaniya im Zusammenhang zu stehen, in der einige ihrer Mitglieder in einen Anschlagversuch auf kurdische Politiker verwickelt waren (siehe oben). Der neue Mann soll den Kontakt der Türkmene zur amerikanischen Administration sicherstellen.¹⁸⁸ Im Gegensatz zu ihr, aber ebenfalls in ideologischer Nähe zu Ankara, steht die von Turhan Ketene geführte Türkmenische Volkspartei, die mit der Cephe in einem Konkurrenzverhältnis stehen dürfte und vielleicht weniger bedeutend ist.¹⁸⁹ Eine lobende Erwähnung der rechtsradikalen türkischen Milli Hareket Partisi (MHP) in einem Bulletin der Türkmenischen Volkspartei lässt auf ein Naheverhältnis dieser beiden Parteien oder der MHP zu den irakischen Türkmene insgesamt schließen.¹⁹⁰ Nationalistisches Gedankengut vertritt auch die (schiitische) Islamische Bewegung der Türkmene des Irak unter Sami Dönmez.¹⁹¹

Konkrete Vorwürfe der Fremdbestimmung der Türkmen Cephesi durch Ankara erhob Sami Shabak, der später die Liberal Türkmen Association gründete. Außerdem soll einer ihrer ehemaligen Vorsitzenden, Qasab Agha, mit Saddam Husseins Geheimdienst gegen die kurdischen Nationalisten konspiriert haben.¹⁹² Als Alternative zur Türkmen Cephesi gründeten im November 2002 fünf politische Parteien die Türkmenische

¹⁸⁶ RFE/RL, *Iraq Report*, 6/39 21. September 2003.

¹⁸⁷ MIGDALOVITZ, *Turkish Factor*, S. 4.

¹⁸⁸ BOZTAŞ, Salih: „3rd. Turkmen General Assembly Convenes To Choose A Leader“ in: Zaman 14. September 2003; www.zaman.com/default.php?kh=4118.

¹⁸⁹ <http://www.angelfire.com/tn/halk/>.

¹⁹⁰ <http://www.angelfire.com/tn/halk/kdp.html> die damalige Regierungspartei MHP hätte den Türkmene über Jahre hinweg „Geld und Leben geopfert.“

¹⁹¹ RFE/RL, *Iraq Report*, 7/7 27. Februar 2004.

¹⁹² KRG-Info 17. Oktober 2003.

Nationale Assoziation. Es handelt sich um die Turkoman Cultural Association, Iraqi Turkoman Brotherhood Party, Turkoman National Liberation Party, Iraqi Turkoman Union Party und Kurdistan Turkoman Democratic Party. Die Parteien werden ihr eigenes politisches Profil behalten, aber in Angelegenheiten der Türkmeneinheitlich auftreten. Sie unterscheiden sich von der Türkmen Cephese darin, dass sie die kurdische Regionalregierung anerkennen, sich an das Parteiengesetz von 1992 halten und den kurdischen Verfassungsentwurf gutheißen.¹⁹³ Die türkmenischen Gruppen fordern von den Amerikanern geschlossen die Anerkennung ihrer Volksgruppe. Für dieses Anliegen protestierten Angehörige der Türkmen Cephese Ende Februar 2004 vor dem Gebäude der CPA in Bagdad.¹⁹⁴

Die Autonomiebestrebungen der kurdischen Nationalisten wirkten sich für die Türkmeneinheitlich aus. Wie oben erwähnt, stand Kirkuk im Mittelpunkt des kurdischen Interesses, was zu entsprechenden Reaktionen Bagdads führte. Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Autonomieabkommens vom 11. März 1970, in dem die Kirkuk-Frage ausgeklammert blieb, begann Saddam Hussein mit einer Arabisierungskampagne,¹⁹⁵ in der finanzielle Anreize für Araber geschaffen wurden, sich in der Stadt niederzulassen. Gleichzeitig forderte Molla Mustafa Barzani die Kurden auf, in der Stadt zu bleiben. Er war sich im Klaren darüber, dass die Türkmeneinheitlich nach den Erfahrungen des Jahres 1959 die Herrschaft der Baath einer kurdischen vorziehen würden. Die Baath wiederum fürchtete, dass Molla Mustafa Kurden aus der Türkei und dem Iran in strittigen Gebieten ansiedeln könnte.¹⁹⁶ Von den Arabisierungskampagnen waren ursprünglich in erster Linie die Kurden betroffen, doch die arabische Zuwanderung wirkte sich natürlich auch negativ auf die Stärke der türkmenischen Volksgruppe aus. Der Anteil der Türkmeneinheitlich an der Gesamtbevölkerung der neu geschaffenen Provinz Salahuddin, zu

¹⁹³ *Iraqi Kurdistan Dispatch*, 6. November 2002, <http://www.ikurd.info/news-6nov-p1.htm>.

¹⁹⁴ RFE/RL, *Iraq Report*, 7/8 5. März 2004.

¹⁹⁵ Die ersten Schritte zur Arabisierung der Region wurden bereits in den 1920er Jahren unternommen. Durch Bewässerungsprojekte wurde das Land südlich der Stadt urbar gemacht und ehemals nomadisierende arabische Stämme dort angesiedelt. Siehe HRW, *Forcible Expulsion of Ethnic Minorities*, S. 8.

¹⁹⁶ ABURISH, S. 87f.; McDOWELL, S. 330.

der Kirkuk gehörte, sank von 21,4% im Jahr 1957 auf 16,37% 1977.¹⁹⁷ Im folgenden Jahrzehnt verschärfte das Regime die Umsiedelungen und entvölkerte ganze Landstriche. In der Volkszählung 1987 gestatte das Regime nur zwei Möglichkeiten: eine Eintragung als Kurde oder als Araber. Wer sich weigerte, als Araber gezählt zu werden, galt automatisch als Kurde und musste 1988, während der Operation Anfal, das Schicksal der Kurden teilen.¹⁹⁸ In der Interimsverfassung 1990 wurden dann auch nur Kurden und Araber als irakische Volksgruppen anerkannt.¹⁹⁹ Die Lage verschlechterte sich noch nach dem gescheiterten Aufstand von 1991. Damals wurde die Arabisierung von Kirkuk intensiviert und Kurden, Türkmene und Assyrer aus der Region durch Araber ersetzt.²⁰⁰ Als 1997 türkische Truppen die Grenze überschritten, wurden 10.000 Kurden und Türkmene vertrieben.²⁰¹ Noch 2002 wurden Nicht-Araber gezwungen, sich als Araber zu registrieren (sog. Nationalitätenkorrektur gemäß Dekret 199), der Partei oder den „freiwilligen“ Wehrverbänden beizutreten. Wer sich weigerte, floh meist aus eigenen Stücken in die von den Kurden kontrollierten Gebiete oder wurde alsbald von der Regierung vertrieben.²⁰² Außer Kirkuk waren vor allem die Bezirke Makhmur, Sinjar und Toz Khormatu betroffen.²⁰³ Schätzungen zufolge haben 5.000 Türkmene ihre Heimat verlassen und sind in den kurdisch kontrollierten Norden geflohen.²⁰⁴ Die Gesamtzahl der der aus der Provinz Kirkuk seit 1991 Vertriebenen wird von Human Rights Watch auf 120.000 geschätzt. Etwa 200.000 Araber wurden teilweise unter Zwang angesiedelt.²⁰⁵ Barham Salih, der Regierungschef des PUK-kontrollierten Teiles Kurdistans, spricht aber von mindestens einer Million Kurden, die aus der Stadt und der Provinz vertrieben worden wären.²⁰⁶ Die meisten Flüchtlinge wollen sofort wieder nach Kirkuk zu-

¹⁹⁷ HRW, *Forcible Expulsion of Ethnic Minorities*, S. 10.

¹⁹⁸ Ebenda.

¹⁹⁹ <http://www.angelfire.com/tn/halk/>.

²⁰⁰ HRW, *Forcible Expulsion of Ethnic Minorities*, S. 11.

²⁰¹ McDOWELL, S. 391.

²⁰² HRW, *Forcible Expulsion of Ethnic Minorities*, S. 12. Die hier aufgezählten Fälle legen den Schluss nahe, dass die Türkmene am schwersten betroffene waren.

²⁰³ Ebenda, S. 17.

²⁰⁴ Ebenda, S. 3 Anm. 3 und S. 4 Anm. 10.

²⁰⁵ Ebenda, S. 7; IDP: *Profile of Internal Displacement: Iraq*, S. 43.

²⁰⁶ RFE/RL, *Iraq Report*, 7/5 12. Februar 2004.

rückkehren, wo sie oft zerstörte Häuser oder Araber in ihren ehemaligen Wohnungen vorfinden.

Die meisten der damals Vertriebenen verlangen nicht nur ihre sofortige Rückkehr, sondern auch die Rückführung der Neuzuwanderer, die oft seit den frühen 70er Jahren dort ansässig sind. Die ersten gewaltsamen Vertreibungen haben bereits stattgefunden. Dabei sind die kurdischen Gruppen, die über eigene Milizen verfügen, den Türkmene und Arabern gegenüber im Vorteil.²⁰⁷ Die kurdischen Parteien, vor allem die PUK, vertreiben die Araber unter dem Vorwand, ehemalige Baathisten zu verhaften. Aus mehreren Dörfern wurden im April 2003 2.000 Araber von Anhängern der PUK vertrieben.²⁰⁸

2.3.2. Spannungen zwischen Kurden und Türkmene

Neben den kurdisch-arabischen Spannungen hat sich das Verhältnis zwischen den Kurden und den Türkmene ernsthaft verschlechtert. Die Beziehungen zwischen Kurden und Türkmene, beide Opfer des Saddam-Terrors, waren nicht immer schlecht. Ein türkmeneischer General wechselte sogar auf Molla Mustafas Seite über, und einige Türkmene hatten sich für die Ausweitung des Autonomiestatuts auf Kirkuk geeinigt. Den endgültigen Status wollte man damals noch in Verhandlungen mit den Kurden festlegen. Nach der Unterzeichnung des Autonomiestatuts von 1970 spielte Saddam die beiden Volksgruppen erfolgreich gegeneinander aus.²⁰⁹ Jetzt sind die Spannungen so groß, dass die Situation nach amerikanischen Angaben jederzeit eskalieren kann.²¹⁰ Entgegen den historischen Tatsachen betonen Funktionäre kurdischer Parteien wie Barham Salih den rein kurdischen Charakter der Stadt, dem die Türkmene und Araber natürlich widersprechen.²¹¹ Während die kurdischen Parteiführer in Bagdad über den zukünftigen Status Kurdistans verhandeln, sorgen die niederen Parteikader und Milizionäre der PUK dafür,

²⁰⁷ HRW, *Forcible Expulsion of Ethnic Minorities*, S. 7; IDP: *Profile of Internal Displacement: Iraq*, S. 31f.

²⁰⁸ RFE/RL, *Iraq Report*, 6/18, 19. April 2003.

²⁰⁹ McDOWELL, S. 371.

²¹⁰ IDP, *Profile of Internal Displacement: Iraq*, S. 42.

²¹¹ RFE/RL, *Iraq Report*, 7/5 12. Februar 2004.

dass die Machtverhältnisse in Kirkuk eindeutig zu ihren Gunsten verschoben werden. Nach einer vor allem unter den Arabern weit verbreiteten Ansicht unterstützen die USA dabei die aggressive Haltung der Kurden.²¹² Der Vorstoß auf Kirkuk muss auch vor den innerkurdischen Rivalitäten gesehen werden: Während Barzani sich an eine Abmachung mit den Amerikanern hielt und seine Truppen Kirkuk nicht betraten, schaffte Talabani mit seiner PUK vollendete Tatsachen und provozierte eine aggressive Reaktion der Türkei, die mit Einmarsch drohte.²¹³ Neben den in der Region stationierten Amerikanern will daher Südkorea im April 2004 1.600 Pioniere und 1.400 Mann Kampftruppen nach Kirkuk schicken.²¹⁴

Ilene Prusher vom Christian Science Monitor beobachtete die unterschiedliche Berichterstattung über Kirkuk in türkischen und westlichen Medien. Türkischen Presseberichten zufolge hätten unmittelbar nach dem Fall des Regimes die ersten Plünderungen begonnen und kurdische Milizionäre die türkmenische Minderheit bedroht. Anhänger der Türkmnen Cephesi hätten daraufhin gedroht, die türkische Armee um Hilfe zu bitten.²¹⁵ Die Türkmnen Cephesi brachte diesen Vorfall auf ihrer (mittlerweile stillgelegten) Internetseite: Die PUK hätte die politischen Büros der Türkmnen angegriffen, daraufhin hätten jugendliche Türkmnen Waffen von der Türkmnen Cephesi verlangt.²¹⁶ Die türkische Tageszeitung Milliyet berichtete ähnliches, Jalal Talabani lehnte aber jede Verantwortung für diesen Vorfall ab und beschuldigte „Elemente“, die das friedliche Zusammenleben der Volksgruppen stören wollten.²¹⁷ Sowohl

²¹² WILSON, Scott: „Kurds Influence in Kirkuk Rises Along with Discord. Ethnic Power Struggle Plays Out Under US Control,“ *Washington Post*, 19. Mai 2003; MURPHY, Dan: „Kurds’ struggle intensifies ethnic conflict in Kirkuk,“ in: *Christian Science Monitor*, 9. Jänner 2004; BARR, Cameron W.: „Kirkuk, a mirror of Iraq’s schisms,“ in: *Christian Science Monitor*, 4. März 2003.

²¹³ PRUSHER, Ilene R.: „Top Kurdish Leader Assesses the Cost of War,“ in: *Christian Science Monitor*, 16. April 2003.

²¹⁴ RFE/RL, *Iraq Report*, 7/6 20. Februar 2003.

²¹⁵ PRUSHER, Ilene R.: „In Iraq’s north, fears that disorder could spur ethnic strife,“ in: *Christian Science Monitor*, 14. April 2003.

²¹⁶ http://www.turkmencephesi.org/haberler/2003/nisan/kerkukte_pesmerge_gerginligi.htm. Abgefragt am 15. April 2003. Diese Internetseite der Turkmencephesi ist nicht mehr verfügbar.

²¹⁷ RFE/RL, *Iraq Report*, 6/18 19. April 2003.

Jalal Talabani als auch Mas'ud Barzani riefen unmittelbar nach dem Sturz des Baath-Regimes Araber und Kurden zum friedlichen Zusammenleben auf und trafen sich mit den Führern der wichtigsten arabischen Stämme in der Region.²¹⁸ Anfang Mai 2003 wurde ein ethnisch gemischter Stadtrat in Mosul gegründet,²¹⁹ und am 24. Mai 2003 beriefen die Amerikaner eine 300 Mann starke Versammlung aus arabischen, kurdischen, türkmenischen und assyrischen Vertretern in Kirkuk ein, die am 26. Mai einen 30-köpfigen Stadtrat wählte. Zur Wahl standen fünf Listen zu je sechs Personen mit jeweils sechs Türkmene, Kurden, Araber und Assyrer und einer unabhängigen Liste, auf der jedoch fünf Kurden kandidierten. Damit hat sich das ethnische Gleichgewicht im Stadtrat zugunsten der Kurden (elf Sitze) verlagert. Türkmene und Araber protestierten heftig gegen diese in ihren Augen ungerechtfertigte Bevorzugung der Kurden in der Stadt. Am 28. Mai gewann ein Kurde die Wahl zum Bürgermeister von Kirkuk, ein Araber wurde Vizebürgermeister. General Odierno vermittelte den Posten eines „Direktors“ für den türkmenischen Kandidaten, um diese Volksgruppe zufrieden zu stellen.²²⁰ Ende August 2003 begann die Polizei in Kirkuk vermehrt Türkmene in ihre Reihen aufzunehmen; Ziel sei ein Anteil von 40% Türkmene in den Polizeikräften der Stadt.²²¹ Von Wahlen kann strenggenommen keine Rede sein: die dafür verantwortlichen amerikanischen Offiziere sprechen offen von „selections“ und nicht von „elections“. Sie beachten dabei die ethnische Balance wie z.B. in der türkmenisch-arabischen Stadt Muhallabiya in der Provinz Mosul.²²²

Vieles deutet darauf hin, dass der zukünftige Status von Kirkuk die politische Situation im Norden noch mehr verschlimmern wird. Während die politischen Führer über das Schicksal der Stadt und den Status der autonomen oder föderalen Region Kurdistan diskutieren, demonstrieren und protestieren ihre Anhänger. Die Stimmung ist offensichtlich so stark kurdisch-nationalistisch aufgeheizt, dass sogar der kommunistische Ver-

²¹⁸ RFE/RL, *Iraq Report*, 6/19 26. April 2003.

²¹⁹ Die genaue Zusammensetzung siehe unter RFE/RL, *Iraq Report*, 7. Mai 2003; RFE/RL, *Newsline*, III 7/84 5. Mai 2003.

²²⁰ RFE/RL, *Iraq Report*, 6/24 30. Mai 2003.

²²¹ RFE/RL, *Iraq Report*, 6/38 5. September 2003.

²²² SCOTT-TYSON, Ann: „In Iraq's Northwest, an Emerging Model,“ in: *Christian Science Monitor*, 23. September 2003.

treter anlässlich einer Freudenkundgebung aus Anlass der Verhaftung Saddam Husseins im Dezember 2003 alle vertriebenen Kurden in die Stadt zurückrief.²²³ Wenige Wochen später forderte eine Gegendemonstration von Türkmeneu und Arabern, die gegen den Anschluss der Stadt an die autonome Kurdische Region protestierten, sieben Tote. Die Führer der wichtigsten Volksgruppen konnten in eilends einberufenen Sitzungen die Lage vorerst beruhigen.²²⁴ Doch die Spannungen dauerten an. Zu schweren Auseinandersetzungen kam es in Tuz Khurmato, wo ein islamischer Schrein, der überwiegend von Türkmeneu verehrt wurde, durch Kurden (vielleicht kurdische Islamisten) angegriffen wurde. Die Gewalttätigkeiten sprangen auch auf Kirkuk über und forderten mehrere Todesopfer. Neben der Türkmeneu Cephesi und der PUK schaltete sich auch die SCIRI als Sachwalterin der Schiiten ein um mitzuhelfen, die Spannungen in der Region abzubauen. Das komplizierte die Situation aber nur noch mehr. In Baghdad demonstrierten die Sadr-Anhänger für die Rechte ihrer schiitischen Glaubensbrüder im Norden. Letztendlich konnten sich die PUK und die Türkmeneu Cephesi auf eine gemeinsame Untersuchungskommission einigen, die Spannungen blieben jedoch bestehen.²²⁵ Zusammenstöße zwischen Kurden und Türkmeneu Ende August 2003 wurden vom Bürgermeister der Stadt als Einzelaktionen hingestellt und nicht als Resultat ethnischer Spannungen. Ähnliches verlautete auch vom türkmeneuischen Repräsentanten im Stadtrat, der ehemalige Baathisten dafür verantwortlich machte.²²⁶

Das mag stimmen. Weder die Baathisten noch islamische (vor allem sunnitische) Fundamentalisten haben ein Interesse an friedlichen Verhältnissen im Irak, in denen sie keine Rolle spielen könnten. So brachte die PUK einen Anschlag, der am 19. November 2003 in Kirkuk auf eines ihrer Büros verübt wurde, mit der extremistischen Ansar al-Islam in Zusammenhang.²²⁷ Anfang Februar 2003 verübten Selbstmordattentäter mehrere Anschläge auf die Büros der PUK und der KDP in Erbil, die insgesamt 67 Tote und über 200 Verletzte forderten²²⁸ und ebenfalls der

²²³ *Radikal*, 23. Dezember 2003, S. 10.

²²⁴ RFE/RL, *Iraq Report*, 7/1 9. Jänner 2003.

²²⁵ RFE/RL, *Iraq Report*, 6/36 29. August 2003.

²²⁶ RFE/RL, *Iraq Report*, 6/37 5. September 2003.

²²⁷ RFE/RL, *Iraq Report*, 6/49 27. November 2003.

²²⁸ *Cumhuriyet*, 3. Februar 2004, S. 11; *Radikal*, 2. Februar 2004, S. 1, 11.

Ansar al-Islam zugeschrieben werden. Doch Ende Februar 2004 verteilte eine Gruppe namens Mujahidin-Brigaden Flugblätter in Kirkuk, in denen sie weitere Anschläge gegen die kurdischen Milizen, die Polizei und alle, die mit den Amerikanern kooperierten, ankündigte.²²⁹ Unklar ist, ob der nachweislich von islamistischen Extremisten verübte Anschlag vom 23. Februar 2003, dem 13 Menschen zum Opfer fielen und der 50 Verletzte forderte, mit dieser Gruppe in Zusammenhang zu bringen ist.²³⁰ Eine andere Gruppe Ansar al-Sunnah, schwor in einem Statement, das sie auf der Internetseite der „Global Islamic Media“²³¹ veröffentlichte, die Angriffe auf amerikanische Truppen fortzusetzen. Der Amir der Gruppe, Abu Abdallah al-Hasan bin Mahmud, kritisierte den Regierenden Rat für seine „Kollaboration“ mit den USA und die schiitische Gemeinschaft für ihren Mangel an Willen zum Widerstand gegen die „Eindringlinge“.²³² Die meisten arabisch-sunnitischen Extremisten scheinen wie der eben zitierte Amir eher die Schiiten als Gegner im Visier zu haben, im Norden dürften einheimische kurdisch-fundamentalistische Gruppen am Werk sein.

Für die Türkmnen Cephesi besteht die größte Gefahr in Kirkuk jedoch in den kurdischen Ambitionen; Iraks Türkmnen stünden nach den Worten „ihres“ Vorsitzenden (er ist natürlich nur Vorsitzender einer Partei) Faruq Abdallah Abd al-Rahman vor denselben Problemen wie vor 80 Jahren: Iraks Türkmnen haben niemals die Einheit des Landes bedroht und fordern daher auch wieder einen vereinten und demokratischen Irak. Den türkmnenischen Anspruch auf Kirkuk rechtfertigt er mit den ominösen 70% in der Stadtbevölkerung und wirft den Kurden dieselben Methoden der „Arabisierung“ unter kurdischen Vorzeichen vor.²³³ Außerdem würden die Türkmnen von den Kurden ignoriert, in deren Augen sie nur ein Teil der Türkei wären, anstatt dass man sie als Brücke zur Türkei verstehen würde. Einer Föderation auf ethnischer Grundlage wird seine Partei

²²⁹ RFE/RL, *Iraq Report*, 7/7 27. Februar 2003. Vielleicht handelt es sich bei ihnen um dieselbe salafistische Gruppe, die im Juni 2003 erstmals bekannt geworden ist. Siehe POSCH: „Die irakischen Schiiten,“ S. 111, Anm. 54.

²³⁰ RFE/RL, *Iraq Report*, 7/7 27. Februar 2004.

²³¹ <http://groups.yahoo.com/group/globalislamicmedia>.

²³² RFE/RL, *Iraq Report*, 7/8 5. März 2004.

²³³ Ebenda. Ähnliche Vorwürfe erheben auch die Assyrer <http://www.aina.org/releases/2003/karkukmosul.htm>.

nie zustimmen.²³⁴ Dazu ist zu bemerken, dass nicht unbedingt die Türkmene, sehr wohl aber seine Partei Türkmen Cephesi marginalisiert wird, was Abd al-Rahman in einem Interview Ende Februar selbst betonte.²³⁵ Durchaus nicht alle Türkmene sind mit ihrer aggressiven Polemik und ihren engen Bindungen nach Ankara einverstanden. An anderer Stelle führt Abd al-Rahman aus, dass das Problem weniger mit den Kurden als solchen sondern mit „gewissen rassistischen Gruppen“ unter ihnen bestünde, welche manche Dörfer mit Gewalt kurdisieren wollten.²³⁶ Man versuche nun, dem mit friedlichen Mitteln Einhalt zu gebieten, da man über keine eigene Miliz verfüge.²³⁷ Damit widerspricht er aber seiner Partei, die im Internet eine plausible Begründung gibt, warum sie die offensichtlich vorhandene Miliz (d.h. die ehemalige PMF) nicht auflösen will.²³⁸ Mittlerweile scheint die Türkmen Cephesi der Hauptfeind kurdischer Nationalisten geworden zu sein. Nach einem Bericht des Ankaraner Fernsehsenders TRT2 und des schiitischen Radiosenders Stimme der Mujahidin verwüsteten Kurden am 29. Februar 2004 die Büros der Türkmen Cephesi in Kirkuk. Sie führten kurdische Fahnen sowie die Bilder der Kurdenführer Talabani und Barzani mit sich und zerstörten vor allem Computeranlagen, Büroeinrichtungen und 20 parkende Autos. Subhi Sabir von der Türkmen Cephesi wies darauf hin, dass man sich nicht sicher sei, ob es sich um einen spontanen Ausbruch oder um eine geplante Aktion der Parteien handelte.²³⁹

Kirkuk, das die kurdischen Gruppen immer deutlicher für sich fordern, so wie sie es schon seit den 1960er Jahren getan haben, wird also länger noch ein Unruheherd bleiben. Der letzte Höhepunkt war eine Freudentemonstration in der Stadt, die auf einem Missverständnis beruhte: die kurdische Bevölkerung in Kirkuk glaubte nämlich, dass mit der Unterzeichnung der Interimsverfassung am 8. März 2004 Kirkuk nach Kurdistan „zurückgekehrt“ sei, was definitiv nicht der Fall ist. In den offensichtlich spontan ausgebrochenen Demonstrationen wurden neben kurdi-

²³⁴ RFE/RL, *Iraq Report*, 6/53 18. Dezember 2003. Ähnliches wiederholte er Ende Februar 2004 siehe RFE/RL, *Iraq Report*, 7/8 5. März 2004.

²³⁵ RFE/RL, *Iraq Report*, 7/8 5. März 2004.

²³⁶ RFE/RL, *Iraq Report*, 7/1 9. Jänner 2004.

²³⁷ Ebenda.

²³⁸ <http://www.turkmenfront.org/English/History/sheaven.htm>.

²³⁹ RFE/RL, *Iraq Report*, 7/8 5. März 2004.

schen und amerikanischen Fahnen auch Bilder von Talabani und PUK-Fahnen mitgeführt,²⁴⁰ was den Schluss nahe legt, dass die Demonstration von Talabani zumindest geduldet wurde. Die Feiern dauerten bis spät in die Nacht und hatten drei Tote und mindestens 20 Verletzte zur Folge.²⁴¹ Die Demonstrationen sind noch aus einem anderem Grund wichtig: Nach Peter Beaumont vom englischen Guardian herrscht unter den Kurden die Ansicht vor, dass man nun zuerst Kirkuk bekommt, dann einen demokratischen und föderalen Irak gründen kann und schließlich die Unabhängigkeit erlangen wird. Die Unabhängigkeit zu erlangen und der Wunsch nach einem eigenen Staat ist nach wie vor der größte Wunsch der kurdischen Bevölkerung des Nordirak – und zwar unabhängig von Propaganda und Ideologie der beiden nationalistischen Parteien. Der Traum von Kurdistan ist in der Tat noch lange nicht ausgeträumt. Das argwöhnen auch die arabischen, persischen und türkischen Nachbarn der Kurden.

3. Zukunftsaspekte: Eigenstaatlichkeit, Föderation oder Autonomie

Unter Kurdistan versteht man jene vorderasiatische Region, die überwiegend von Kurden bewohnt wird und auf das Staatsgebiet der Türkei, des Iran, des Irak und Syrien aufgeteilt ist.²⁴² Im 20. Jahrhundert sind die genannten Staaten verschieden mit ihren kurdischen Minderheiten umgegangen. Der Irak spielte dabei die größten Extreme durch – von einer auf dem Papier beeindruckend toleranten Autonomie bis zum grausamen Massenmord, der fast die Ausmaße eines Genozids erreicht hat.²⁴³ Mit dem erfolgreichen Regimewechsel in Irak 2003 wird ein neues Kapitel der kurdisch-irakischen Beziehungen aufgeschlagen. Die beiden kurdischen Parteien und ihre Milizen gehören jetzt zu den mächtigsten Gruppen im Irak. Sie sind in den Regierungsstellen in Bagdad ebenso präsent

²⁴⁰ BEAUMONT, Peter: „Premature Rejoicing in Kirkuk,“ in: *The Guardian*, 9. März 2004.

²⁴¹ COLE, Juan: „Informed Comment,“ 9. März 2004.

²⁴² Eine Zusammenfassung der wichtigsten Forschungsergebnisse zu Kurdistan siehe bei POSCH, *Saddam Hussein*, S. 54f.

²⁴³ Von einem Genozid geht die Human Rights Watch aus. Das Definitionsproblem wird bei STROHMEIER – YALÇIN-HECKMANN, S. 113 diskutiert.

wie in ihren Heimatregionen. Außerdem haben sie die wahrscheinlich besten Beziehungen zu den USA und Zugang zur internationalen Medienwelt. Verhandlungen über die zukünftige Gestaltung des Landes können sie daher aus einer Position der Stärke führen. Das Aussehen des künftigen Irak hängt von einer dauerhaften Lösung der kurdischen Selbstbestimmung ab. Im Prinzip stehen drei Optionen zur Verfügung: Eigenstaatlichkeit, Föderation und Autonomie. In der Realität existiert natürlich auch noch eine andere Möglichkeit: Bürgerkrieg entlang der ethnischen und konfessionellen Bruchlinien des Landes.

3.1. Eigenstaatlichkeit

Die Eigenstaatlichkeit ist bestimmt der Wunschtraum der meisten irakischen Kurden, nicht nur der politischen Elite unter den Nationalisten. Der Traum vom vereinten Groß-Kurdistan, das auch Teile der Türkei, des Iran und Syriens beinhaltet, dürfte jedoch noch länger ein Traum bleiben, auch wenn kurdische Parteien in anderen Ländern (z.B. KDP-Syrien, KDP-Iran, PIK-Türkei) die gemeinsame kurdische Fahne (rot-weiß-grün mit Sonnensymbol im weißen Balken) führen. Die meisten Beobachter – kurdische wie nicht-kurdische – gehen davon aus, dass die Gründung eines unabhängigen Kurdenstaates eine Illusion bleibt. Die UNO hat im Zusammenhang mit dem Oil-for-Food-Programm immer nur von den „drei nördlichen Provinzen“, niemals aber von „Kurdistan“ oder „kurdisch besiedelten“ Provinzen (wie in der Resolution 688) gesprochen.²⁴⁴ Die öffentlichen Bekenntnisse der USA, Großbritanniens²⁴⁵ aber auch des Iran und der Türkei zur territorialen Integrität des Irak werden im Allgemeinen als kaum verhüllte Drohungen und Warnungen an den kurdischen Separatismus betrachtet.

3.1.1. Unabhängigkeit

Andererseits darf man nicht verleugnen, dass der irakische Teil Kurdistans de-facto unabhängig ist. Er verfügt über eine eigene Verwaltung,

²⁴⁴ <http://www.un.org/Depts/oip/background/inbrief.html>.

²⁴⁵ Eine Analyse der Gratulationsschreiben von Colin Powell und Jack Straw anlässlich der ersten gemeinsamen Sitzung des kurdischen Parlaments am 4. Oktober 2002 siehe bei POSCH, *Saddam Hussein*, S. 92.

ein Territorium, eine funktionsfähige Regierung (eigentlich zwei), Parlament, Streitkräfte und Polizei. Aber Unabhängigkeit darf nicht mit Staatlichkeit verwechselt werden,²⁴⁶ auch wenn ohne Zweifel staatliche oder staatsähnliche Institutionen aufgebaut worden sind.²⁴⁷ Die meisten kurdischen Führer sind vorsichtig genug, in der Öffentlichkeit keinen unabhängigen Staat „Kurdistan“ zu fordern. Das trifft vor allem auf die beiden großen Parteien PUK und KDP zu, die als seriöse Gesprächs- und Verhandlungspartner vom Westen und den Nachbarstaaten ernst genommen werden wollen. Allerdings sind Aussagen von prominenten Vertretern beider Parteien verbürgt, in denen sie die Möglichkeit eines unabhängigen Kurdenstaates für die Gegenwart zwar als illusorisch ablehnen, die Option einer zukünftigen Gründung jedoch offen lassen. So wird Mas‘ud Barzani mit der Aussage zitiert, es sei „jetzt nicht die richtige Zeit“, das Thema Unabhängigkeit zu diskutieren.²⁴⁸ Landkarten eines Groß-Kurdistan, das weit in die Türkei und in den Iran hinein reicht, schmücken jedoch die Amtsräume von vielen kurdischen Beamten im Nordirak. Das bemerkten Beobachter der International Crisis Group.²⁴⁹ Außerdem lässt der Titel der Verfassung „Constitution for Iraqi Kurdistan“ eigentlich nur den Schluss zu, dass neben dem irakischen auch ein anderes, größeres Kurdistan existiert. Wie stark der Wunsch nach Unabhängigkeit ist, lässt sich auch daran erkennen, dass die kurdischen Verfassungsentwürfe das Recht auf „Selbstbestimmung“, lies: Sezession explizit anführen. Es sind dies Artikel 75 der Regionalverfassung des Kurdengebietes und Artikel 82 des kurdischen Entwurfes für die gesamtirakische Verfassung.²⁵⁰ Weder der kurdische Entwurf für die irakische noch der für die kurdische Region sind bisher von der Nationalversammlung approbiert worden. Es ist außerdem völlig illusorisch anzunehmen, dass die irakischen Araber einem Sezessionsrecht der Kurden in der ira-

²⁴⁶ HEINTZE, S. 454 warnt vor einer leichtfertigen Interpretation der politischen Verhältnisse als *de-facto* Staat.

²⁴⁷ Die tatsächliche Unabhängigkeit Kurdistans betonen HEINTZE, S. 451; ICG, *What's Next*, S. 12; Sowie BENGIO, Ofra: „The Challenge of Territorial Integrity of Iraq,“ in: *Survival* 37/2 1995, S. 74-94.

²⁴⁸ ICG, *What's Next for the Kurds*, S. 11.

²⁴⁹ Ebenda, S. 12.

²⁵⁰ Beide Entwürfe siehe auf der Internetseite der Kurdischen Regionalregierung: www.krg.org/docs/K_Const.asp und www.krg.org/docs/Federal_Const.asp. Sowie weiter unten Teil II A.

kischen Verfassung zustimmen werden. Weder in der irakischen Interimsverfassung²⁵¹ noch im Bericht der Arbeitsgruppe „Transition to Democracy“²⁵² findet sich daher ein Passus, der den Kurden die Sezession zugestehen würde.

Die Stimmung in der kurdischen Bevölkerung ist natürlich anders. Sie interpretierte die Einrichtungen der Schutzzonen als ersten Schritt hin zu einer von den USA und der Weltgemeinschaft sanktionierten Unabhängigkeit,²⁵³ und die gegenwärtige Situation sei ein weiterer Schritt in diese Richtung. In den Augen vieler Kurden ist der Föderalismus auch nichts anderes als der nächste Schritt Richtung Unabhängigkeit.²⁵⁴ Die Überreichung einer Petition von 1,7 Millionen Unterschriften an den Irakischen Regierenden Rat (Iraqi Governing Council, IGC) ist der bisherige Höhepunkt dieser Bestrebungen. In dieser Petition, die von einer sogenannten Referendum-Bewegung überreicht wurden, forderten die Unterzeichneten ein Referendum über den zukünftigen Status der kurdischen Gebiete. Diese Bewegung hat weite Teile der Bevölkerung mobilisieren können und wurde von Intellektuellen und Künstlern initiiert. Die beiden nationalistischen Parteien KDP und PUK können keinen direkten Einfluss auf sie ausüben, stehen ihr aber nicht im Weg. Ungelöst bleibt freilich, wo genau abgestimmt werden soll und für welches Gebiet eine allfällige Unabhängigkeit gefordert wird.²⁵⁵ Zur Zeit lässt sich nicht beurteilen, inwieweit den beiden Parteien das Heft in Sachen Nationalismus von dieser Grassroot-Bewegung bereits aus der Hand genommen oder ob ihnen damit vielleicht ein ideales Druckmittel für weitere Verhandlungen zur Verfügung gestellt wurde.

²⁵¹ Den provisorischen Entwurf der Interimverfassung siehe unter Teil II B und <http://www.geocities.com/nathanbrown1/interimiraqiconstitution.html>.

²⁵² Democratic Principles Work Group/ATTIYAH, Ghassan und Kanan MAKIYA: *Final Report on Transition To Democracy in Iraq*, London, November 2002.

²⁵³ HEINTZE, S. 450.

²⁵⁴ WILLIAMS, Daniel: „Kurds Press for Independence. Effort Alarms Neighbours and Threatens U.S. Plan for Iraq,” in: *Washington Post*, 30. Jänner 2004.

²⁵⁵ MITE, Valentinas: „Iraq: Kurds Demand Vote on Independence,” in: RFE/RL, *Feature Articles*, 26.02.2004. <http://www.rferl.org/featuresarticle/2004/02/eb53a27a-6229-433b-a32c-0465e5c4b219.html>.

3.1.2. Die sogenannte Drei-Staaten-Lösung

Offen für Eigenstaatlichkeit tritt auch eine kleine Organisation in Sulaymaniya namens „Rat des Vilayets Mosul“ ein. Sie fordert die friedliche Trennung der ehemaligen osmanischen Provinz Mosul mit westlicher Hilfe vom Irak. Der Generalsekretär der Gruppe, Najm al-Din Surchi, fordert dezidiert einen eigenen Kleinstaat Mosul (also nicht Kurdistan), der aber über eine beachtliche arabische Minderheit verfügen würde.²⁵⁶ Eine gewisse Bedeutung hat diese Organisation insoweit, als die Surchi ein wichtiger kurdischer Stamm sind, der allerdings jahrelang auf Seiten der irakischen Regierung und später der PUK stand. Vielleicht handelt es sich bei diesem Mosul Vilayet-Rat nur auch nur um die Partei eines Stammesführers.²⁵⁷

Eine unabhängiges Mosul oder Kurdistan würde unweigerlich ein Zurück zur alten osmanischen Dreiteilung des Landes bedeuten. In jedem dieser Teile hätte dann eine der drei wichtigsten Volks- und Religionsgruppen die Mehrheit: die Kurden im Norden in Mosul, die Sunniten in der Mitte und die Schiiten im Süden. Gerade diese Dreiteilung forderte Shlomo Avineri in der Jerusalem Post. Jede dieser drei Provinzen oder Regionen sei so unterschiedlich, dass es besser wäre, sie einzeln in die Unabhängigkeit zu entlassen.²⁵⁸ Leslie H. Gelb provozierte wütende Proteste mit seinem am 25. November 2003 veröffentlichten Artikel in der New York Times,²⁵⁹ in dem er ebenfalls eine Dreiteilung des Landes forderte und unter anderem Jugoslawien als Beispiel für einen gescheiterten Vielvölkerstaat bemühte. Seiner Ansicht nach sollten die USA Geld und Truppen in den Norden zu den Kurden und in den Süden zu den Schiiten verlagern und die Zentralregion sich selbst (d.h. der UNO) überlassen. Die Grenzen zwischen den Regionen sollten so eng wie

²⁵⁶ ICG, *What's Next for the Kurds*, S. 10f. Anm. 67.

²⁵⁷ Die KDP tötete den Stammesfürsten Zaid Omar Agha al-Surchi im Jahr 1996. Nach den Angaben eines anderen Sohnes, Jawhar al-Surchi, sei der Stamm parteipolitisch unabhängig und in der Lage, 10.000 Mann zu bewaffnen. Vgl. BOYNE, Sean: „Tensions between Iraqi Kurds,“ in: *Jane's Intelligence Review*, Juli 1996.

²⁵⁸ AVINERI, Shlomo: „Three Iraqs Are Better Than One,“ in: *Jerusalem Post*, 24. Oktober 2003, S. 17.

²⁵⁹ GELB, Leslie H.: „The Three-State Solution,“ in: *New York Times*, 25. November 2003. Bemerkenswert sind auch seine Zweifel daran, dass US-Präsident George W. Bush jemals freie und gerechte Wahlen im Irak durchführen lassen will.

möglich den ethnischen und konfessionellen Bruchlinien folgen. Ohne Öl, so Gelb würden die Sunniten sehr bald verarmen, was zu Ausschreitungen gegen die in Bagdad lebenden kurdischen und schiitischen Minderheiten führen könnte. Diese sollten sich dann entscheiden, ob sie in Bagdad bleiben oder nach Norden oder Süden gehen wollten. Den amerikanischen Streitkräften würde dann der Schutz dieser Transfers obliegen. Eigenstaatlichkeit sollte den drei Regionen erst unter Einbeziehung der Nachbarstaaten gewährt werden, eine lose Föderation würde die drei selbständigen Regionen zusammenhalten.

Gelb war sich offensichtlich nicht ganz im Klaren, dass die von ihm offen angesprochenen Bevölkerungstransfers in der Realität genau jenes Jugoslawien-Szenario hervorrufen würden, das er verhindern will. Denn wenn einmal das System des freiwilligen Umsiedelns sanktioniert wird, muss man nicht lange warten, bis es zu gewaltsamen Vertreibungen kommt. Gemischt-konfessionelle und kurdisch-arabische Familien haben in der Gelbschen Logik genauso wenig einen Platz wie die schiitischen Faili-Kurden, ganz abgesehen von den vielen arabischen Stämmen, die sich vor allem im mittleren Euphratgebiet über die Konfessionsgrenzen hinwegsetzen, vom starken irakischen Nationalismus und von der völkerrechtlichen Fragwürdigkeit, die z.B. Nir Rosen und Helena Cobban zum wichtigsten Kritikpunkt an Gelbs Argumentation erheben.²⁶⁰ Juan Cole von der Universität Michigan wiederum weist mit Recht darauf hin, dass keine bedeutende politische Kraft im Land die Aufteilung will.²⁶¹ Weder die Nachbarstaaten noch die USA oder Großbritannien wollen den Irak aufteilen.

3.2. Föderalismus

Wenn die Option Eigenstaatlichkeit – die immer der größte, freilich nicht offen eingestandene Wunsch der meisten Kurden ist – unrealis-

²⁶⁰ ROSEN, Nir: „Iraq: Three from one doesn't add up,“ in: *Asia Times-online*, 27. November 2003 http://www.atimes.com/atimes/Middle_East/EK27Ak05.html. Nir Rosen bezieht den biographischen Hintergrund Gelbs in seine Betrachtungen mit ein. Eine polemische, aber dennoch lesenswerte Darstellung bei COBB, Helena: „Gelb's outrageous Plan for Iraq,“ in: *Just World News*, 25. November 2003.

²⁶¹ COLE, Juan: *Informed Comment*, 25. November 2003.

tisch ist, dann wird eben die nächst beste gewählt, und das ist nach Ansicht der beiden nationalistischen Parteien der Föderalismus. Fairerweise muss man den kurdischen Wunsch nach Föderalismus vor dem Hintergrund der kurdischen Erfahrungen mit den verschiedenen Bagdader Regimes und den zur Verfügung stehenden Optionen (eigener Staat oder Autonomie) betrachten.²⁶² Heintze findet den Vorschlag der KDP, den Irak zu föderalisieren, unverständlich. „Letztlich“, so lautet sein Argument, „reicht es aus, wenn der Nordirak autonom ist.“²⁶³ Doch genau das hat sich seit 1991/92 geändert, und wenn die KDP in ihren Verfassungsentwürfen das Recht auf Sezession hineinschreiben lässt, dann meint sie das genau so. Man kann getrost davon ausgehen, dass damit die Meinung des überwiegenden Teiles der kurdischen Bevölkerung wiedergegeben wird. Irakischer Föderalismus heißt für die Kurden also sowohl die kurdische Provinz „Kurdistan“ als auch das Recht auf Sezession aus dem irakischen Staatsverband. Da der Begriff Föderalismus bzw. Föderation (al-ittihād al-fidirālī) von Jalal Talabani ins Spiel gebracht wurde,²⁶⁴ dessen linke bzw. linksradikale Vergangenheit hinlänglich bekannt ist, darf angenommen werden, dass sowjetrussische oder jugoslawische Modelle Pate gestanden sind (ähnliche föderale Modelle zirkulierten für den Iran unter den iranischen Kommunisten und in den Kreisen der KDP-I während der 80er Jahre).

3.2.1. Föderalismus im Irak

Begriff und Praxis des Föderalismus sind neu in der Politik der arabischen Länder. Das kurdische Parlament verlangte 1992 erstmals föderale Strukturen für den Irak, im selben Jahre nahm die Generalversammlung der INC diese Forderungen an und bestätigte diesen Entschluss noch

²⁶² Siehe die jeweilige Präambel zu den verschiedenen Verfassungsentwürfen unten in Teil II A (A1, A2).

²⁶³ HEINTZE, S. 455. Damit widerspricht Heintze seiner eigenen Beurteilung (ebenda S. 454), wo er den Verfassungsentwurf der KDP, der letztendlich auf die Teilung des Landes hinausläuft, als realistisch einschätzt.

²⁶⁴ BENGIO, „Territorial Integrity“, S. 80. Und zwar erstmals während des Wahlkampfes 1992. Barzani forderte „Autonomie für Kurdistan und Demokratie für Irak“, Talabani „kurdische Selbstbestimmung im föderalen Irak“. Hierzu siehe McDOWELL, S. 380.

einmal anlässlich der INC-Konferenz in New York 1999.²⁶⁵ Seither konnte keine irakische Oppositionsgruppe (vor allem keine, die sich als demokratisch bezeichnet) auf ein Bekenntnis zum Föderalismus verzichten. Dieser wird von allen ehemaligen Oppositionsgruppen in einem Atemzug mit Demokratie, Rechtsstaat und einem modernen Regierungssystem genannt.²⁶⁶ Aber weder die beiden kurdischen Parteien noch der INC oder eine andere irakische Partei haben „Föderalismus“ zu definieren versucht. Das ist ein Problem, das im Zuge der Verhandlungen zur neuen Verfassung virulent wurde. Die Arbeitsgruppe „Democratic Principles Workshop“ unter Leitung von Kanan Makiya und Ghassan Attiya, die vom US State Department gesponsert wurde, schlug in ihrem Papier *The Transition to Democracy in Iraq* eine föderale Lösung auf territorialer Basis für den Irak vor. Doch die knapp 300 Delegierten an der großen Irak-Konferenz im Dezember 2002 konnten sich auf dieses Papier nicht einigen, da man darin eine einseitige Bevorzugung des INC sah. Stattdessen einigte man sich auf den „demokratischen, pluralistischen und föderalen“ Charakter des Irak und definierte die Rolle des Islam als eines der Fundamente des Staates sowie die shari’a als Grundlage der Rechtsprechung.²⁶⁷ Immerhin herrscht Konsens über zwei Eigenschaften²⁶⁸ des Föderalismus:

- Darunter versteht man das in der Verfassung permanent festgeschriebene Zugeständnis bestimmter Gewalten (powers) an die Provinzen (Regionen oder Regierungsbezirke). Diese können nach Approbation der Verfassung nicht mehr aberkannt werden.
- Kein zukünftiger irakischer Staat wird demokratisch sein, wenn er nicht gleichzeitig föderal ist.

²⁶⁵ O’LEARY, Carole A.: „The Kurds of Iraq: Recent History, Future Prospects,“ in: *Middle East Review of International Affairs*, 6.4 Dezember 2002, S. 28, Anm. 8.

²⁶⁶ *The Transition to Democracy in Iraq*, S. 91.

²⁶⁷ ICG, *Iraq’s Constitutional Challenge*, 13. November 2003, S. 4; ABDUL-JABAR, Faleh: „The Wordly Roots of Religiosity in Post-Saddam Iraq,“ in: *Middle East Report*, 227/2003, S. 14.

²⁶⁸ *The Transition to Democracy in Iraq*, S. 91.

Oberflächlich betrachtet wäre der Föderalismus demnach der Wunsch aller ehemaliger anti-Saddam Gruppen. Dem ist nicht ganz so. Vielmehr handelt es sich um einen Minimalkonsens, dem das negative Image einer „zweitbesten Lösung“ anhaftet. Die Arbeitsgruppe Demokratie nannte das ein „rein utilitaristisches Argument“, das von „pragmatischen Berechnungen“ ausgehe. Demnach sind manche Araber bereit, Föderalismus zuzugestehen, weil das das einzige Mittel wäre, Saddam los zu werden und die Kurden heutzutage stark genug sind, sich durchzusetzen. Die Kurden wiederum sind mit dem Föderalismus einverstanden, weil die geopolitische Lage eine Sezession nicht erlaubt.²⁶⁹ Zu Recht betont Carole O’Leary in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass föderale Lösungsansätze für andere Regionen bereits diskutiert werden und dass die Türkei, die im Allgemeinen als der entschiedenste Gegner jeder kurdischen Autonomie gilt, eine föderale Lösung für Zypern fordert.²⁷⁰

3.2.2. Ethnischer und regionaler Föderalismus

Das Koordinationskomitee des Democratic Principles Workshop fasst die verschiedenen Möglichkeiten des Föderalismus wie folgt kommentierend zusammen:

- Föderalismus auf ethnischer Basis:

Der Irak wird in zwei „nationale“ d.h. ethnische Regionen (Araber und Kurden) geteilt. Dagegen wenden die kleineren Volksgruppen (Türkmenen, Assyrer, Chaldäer und Armenier) zu Recht ein, dass sie in dieser Föderation keinen Platz haben würden. Eine Erweiterung der ethnischen Regionen auf die anderen Volksgruppen würde aber genausowenig einen Erfolg dieser Föderation garantieren. Ein anderes Problem besteht darin, dass die ethnische Zusammensetzung zur Grundlage von territorialen Forderungen gemacht wird. Bei den verschiedenen Volksgruppen kursieren bereits Landkarten mit konkreten territorialen Forderungen.²⁷¹ Ein

²⁶⁹ Ebenda, S. 92f.

²⁷⁰ O’LEARY, S. 23.

²⁷¹ So fordern assyrische Gruppen einen autonomen Staat (*state*) in Bet-Nahrain und Turkmenen ein Türkmeneli genanntes Gebiet für ihre jeweiligen Minderheiten, beide

solcher Ansatz kann niemanden zufrieden stellen, da verschiedene „Mehrheiten“ postuliert werden und glaubwürdiges statistisches Material seit der Volkszählung 1957 nicht mehr existiert.

- Föderalismus auf territorial/administrativer Basis:

Dabei werden verschiedene geographisch definierte Regionen bestimmt, in denen verschiedene Volksgruppen die Mehrheiten bilden können. Diesen Provinzen stünden dann im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl eine bestimmte Menge der nationalen Einkünfte (d.h. der Erdöleinnahmen) zur Verfügung. Dieses Modell entspricht dem Oil-for-Food-Programm der UNO. Mit dem Regionalmodell versucht man eine Lösung vorzuschlagen, von der man ausgeht, dass sich die Mehrheit der Iraker mit ihr identifizieren könnte. Gleichzeitig wird unterstellt, dass eine Aufteilung nach Volksgruppen seit den Bürgerkriegen im Libanon und in Jugoslawien in der Bevölkerung und in der internationalen Gemeinschaft diskreditiert sei (was hinsichtlich der Kurden definitiv nicht der Fall ist). Die Anzahl der zu errichtenden Provinzen oder Regionen soll dabei nach eingehender Diskussion von der verfassungsgebenden Versammlung festgelegt werden. Für die Übergangszeit soll jedoch die jetzige Einteilung in 18 Provinzen behalten werden.

Dieses Regionalmodell könnte zumindest auf den ersten Blick einen pragmatischen und gangbaren Weg darstellen. Die kurdischen Parteien stehen in Wirklichkeit der Frage, in wie viele Provinzen der Irak eingeteilt wird, vollkommen gleichgültig gegenüber, solange Irakisch-Kurdistan eine eigene Provinz bildet.²⁷² Die am häufigsten diskutierten Möglichkeiten einer territorialen Provinzgliederung sind eine Gliederung in drei Provinzen (Kurdistan, sunnitisches Zentrum, schiitischer Süden), fünf Provinzen (Kurdistan, Bagdad, Jazirah, Kufa und Basra) oder in

liegen z.T. im Gebiet, das die kurdischen Parteien kontrollieren. Siehe http://www.bnp.net/bndp_us.htm (stillgelegt, zuletzt am 15. April 2003 abgefragt) und <http://www.turkmenfront.org/English/Geography/>, <http://www.turkmenfront.org/English/Geography/Ethnic.htm>.

²⁷² O'LEARY, S. 20.

zwei Provinzen (Kurdistan, arabischer Irak).²⁷³ Schließlich schlug Brendan O’Leary noch eine andere Möglichkeit einer Föderation vor („federalism“ statt „federation“): hier wäre nur Kurdistan föderal, nicht aber der Rest des Landes.²⁷⁴ Spielt man alle Varianten durch, kommt also wieder eine Lösung auf ethnischer Grundlage heraus. Das heißt: Kurdistan ist eine auf ethnischer Basis konzipierte weitgehend autonome (selbständige, föderale) Provinz des Irak, in der die Zentralmacht wenig Einfluss haben wird. Die irakische Interimsverfassung (Teil 2, B; Article 3 und Article 6, Übersetzung Prof. Brown) trägt dem übrigens Rechnung: der Status von Kurdistan wird vorerst nicht angerührt.²⁷⁵ Es hätte auch von einer gewissen Naivität gezeugt, anzunehmen, dass die kurdischen Nationalisten ohne weiteren Widerstand die de facto existierende Provinz Kurdistan einfach aufgeben werden: sie müssten sich dann fragen, wofür sie all die Jahre gekämpft haben. Carole O’Leary merkt richtig an, dass eine Lösung auf ethnischer Grundlage von den meisten Kurden bevorzugt wird, während die amerikanischen Verwalter eher einen Föderalismus auf territorialer Basis (wie er im Papier Transition to Democracy vorgeschlagen) folgen. Lawrence Kaplan begründet dies damit, dass das State Department Unruhe und Instabilität befürchtet, sollte tatsächlich Föderalismus auf ethnischer Grundlagen eingeführt werden, statt dessen würde man auf eine Machtkonzentration in Bagdad setzen.²⁷⁶ Ganz im Sinne des Transition to Democracy-Papiers versuchte Paul Bremer, die beiden Kurdenführer vom Vorteil einer Föderation zu überzeugen, in der jede der 18 irakischen Provinzen föderal wäre. Barzani und Talabani

²⁷³ Ebenda, S. 20. Die genannten Beispiele gehen von einer Provinz Kurdistan aus, die im irakischen Kontext betrachtet nur ethnisch definiert sein kann.

²⁷⁴ Ebenda, S. 21. Damit ist man wieder auf dem Niveau des Autonomiestatuts von 1970 angelangt, nur hätten die Kurden jetzt mehr Rechte als damals. Für weitere föderale Modelle siehe: KAHN, Jeffrey: „Which Federalism Is The Answer For Iraq?“ in: RFE/RL, *Newsline*, III 7/84, 5. Mai 2003; HAHN, Gordon: „A Federation For Iraq,“ *Newsline*, III 7/88, 12. Mai 2003.

²⁷⁵ Constitution/Brown, Article 3: „*The Territory of Kurdistan shall remain in its current status in the transitional period.*“ und Article 6. Nach Brown wird Kurdistan nur in sprachlicher Hinsicht als Einheit betrachtet. Die „derzeitige besondere Situation“, in der in diesem Artikel die Rede ist, bezieht sich scheinbar auf die Tatsache, dass Arabisch seit 1991 nicht mehr unterrichtet wird und die junge Generation daher kaum mehr die Staatssprache versteht.

²⁷⁶ KAPLAN, Lawrence F.: „Federal Reserve. The State Department’s Anti-Democratic Plan for Iraq,“ in: *The New Republic*, 17. März 2003.

haben dieses Ansinnen empört zurückgewiesen, was freilich zu erwarten war.²⁷⁷ Dieser offenkundige Widerspruch zwischen den amerikanischen und kurdischen Vorstellungen birgt den Keim eines ernsten Zerwürfnisses in sich, da die kurdischen Gruppen zwar bereit sein werden, über die genaue Grenzziehung zu verhandeln, nicht jedoch über die Tatsache, dass „Kurd--istan“ eben das Land (--istan) ist, in dem Kurden leben.

Die einzige realistische föderale Lösung wird ein Föderalismus auf ethnischer Grundlage sein. Alles andere kann von keiner kurdischen Partei akzeptiert werden. Damit bleiben die alten Probleme bestehen: Wohin gehören Kirkuk und Mosul, dürfen die Kurden eigene Milizen unterhalten, wo genau verläuft die Grenze zwischen dem kurdischen Gebiet und dem Irak.

3.3. Autonomie

Im Vergleich mit den türkischen und iranischen Kurden muss die rechtliche Lage der irakischen Kurden als vorzüglich beurteilt werden. Die irakische Seite betrachtete die Autonomie aber als Instrument des Minderheitenschutzes,²⁷⁸ der die Rechtsgrundlage des Autonomiestatutes sei. Dadurch sollte jeder Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und eine mögliche daraus folgende Sezession verhindert werden.²⁷⁹ In der Autonomie von 1970/74, die bis zum Ende des Regimes 2003 ihre Gültigkeit nicht ganz verloren hat (nämlich in dem Sinn, dass der Irak seinen Anspruch auf die kurdisch kontrollierten Gebiete nicht aufgibt), wurden den Kurden umfangreiche Rechte eingeräumt. Das Baath-Regime betonte zu Recht, dass es in keinem anderen arabischen Land ähnliche Minderheitenrechte gibt. Heintze pflichtet dieser Argumentation bei und schlägt vor, die de-facto-Autonomie nun auch (basierend auf dem alten Autonomiestatut) zur de-jure-Autonomie umzuwandeln;²⁸⁰ damit würde er den damaligen status quo festschreiben. In dieser Argumentation werden aber folgende Punkte nicht berücksichtigt: Zum Ersten ist die Autonomie nicht nur an der brutalen Politik Saddam Husseins

²⁷⁷ PARK, „Turkey Concerned by Kurdish Autonomy in new Iraq,“ S. 25.

²⁷⁸ HEINTZE, S. 453.

²⁷⁹ Ebenda, S. 454.

²⁸⁰ Ebenda, S. 455.

und an Molla Mustafa Barzani's politischen Rankünen gescheitert, sondern auch daran, dass die Stellung Kirkuks und der genaue Grenzverlauf zwischen dem irakischen und dem kurdischen Gebiet nicht festgelegt werden konnte; dass sich, zweitens, die kurdischen Parteien mit der irakischen Opposition bereits auf den Föderalismus geeinigt haben und dass drittens kein Kurde mehr die Autonomie als Option zu akzeptieren bereit ist. Die Gleichberechtigung aller irakischen Volksgruppen war angesichts der Praxis des Saddam-Regimes ohnehin eine Farce, die mit dem Dekret 199, das der Revolutionäre Kommandorat am 6. September 2001 erlassen hatte, endgültig an Bedeutung verloren hat. Dieses Dekret besagt, dass jedem nichtarabischen Iraker ab 18 Jahren „erlaubt“ wurde, seine Nationalität zu „korrigieren“,²⁸¹ was einem Befehl gleich kam. Schon ein Monat später wurde der Unterricht in kurdischer Sprache z.B. in Makhmour verboten und die Arabisierung der Region forciert.²⁸²

In kurdischen Augen sieht der Unterschied zwischen Autonomie und Föderalismus so aus, dass unter Autonomie nur das Scheitern zu verstehen ist, während unter Föderalismus die aktive Teilnahme ihrer gewählten Vertreter an den höchsten Kreisen der Macht in Bagdad verstanden wird.²⁸³ Und schließlich haben die Kurden nicht vergessen, dass unter der Autonomie die schlimmsten Verbrechen an ihnen verübt wurden, sodass die Autonomie, so vernünftig manche ihrer Ansätze auch sein mögen, endgültig diskreditiert ist.²⁸⁴

3.4. Veragt statt gelöst: Der Status der Kurdengebiete im neuen Irak

Im Prinzip existieren zwei Lösungsansätze für die kurdische Selbstverwaltung. Einem von den USA und in den letzten Monaten auch von schiitischen Gruppen unterstützten Vorschlag, wonach die einzelnen Provinzen, über deren genaue Anzahl man noch verhandeln kann, der Hauptstadt Bagdad gegenüber föderal sind. Und ein kurdischer Vorschlag läuft im Endeffekt darauf hinaus, dass aus dem alten osmanischen

²⁸¹ HRW, *Forcible Expulsion of Ethnic Minorities*, S. 6.

²⁸² Ebenda, S. 6.

²⁸³ *What's Next For The Kurds*, S. 16, Anm. 100.

²⁸⁴ Ebenda, S. 16.

Vilayet Mosul die kurdischen Bezirke herausgelöst und zu einer Großprovinz Kurdistan zusammengefasst werden (Erbil, Duhok, Suleymaniya), die dann auch Kirkuk und Khanaqin beinhalten wird. Alle Aussagen kurdischer Politiker gehen in diese Richtung, was verständlich ist, weil – wie Mas’ud Barzani betont – man nach 12 Jahren Selbstverwaltung nicht weniger zu akzeptieren bereit sei.²⁸⁵ Dieser Vorschlag ist nicht neu. Er wurde in ähnlicher Form bereits in den 20er Jahren, später von Mulla Mustafa Barzani und Jalal Talabani wiederholt den Regierungen in Bagdad vorgetragen und scheiterte immer an Kirkuk. So wurde eine Provinz „Kurdistan“ bereits unter Premierminister Bazzaz versprochen und eine Bestimmung des Autonomiestatutes von 1970 ließ sich ebenfalls in diese Richtung interpretieren.

Im Prinzip lassen sich alle anderen Punkte der Autonomieregelungen (Kompetenzen des Bundes und der Länder, Streitkräfte usw.) auf dem Verhandlungswege lösen. Nur bei Kirkuk und beim genauen Grenzverlauf zwischen der Provinz Kurdistan und dem übrigen Irak spielen Emotionen, Volksgruppenkonflikte und die Frage der Verteilung der Einkünfte aus dem Erdölgeschäft sowie die Interessen von Nachbarstaaten eine dermaßen bedeutende Rolle, dass die Kirkuk-Frage rasch gelöst werden muss. Ein an und für sich richtiger Schritt wurde bereits unternommen: der Regierende Rat hat mit den kurdischen Parteien Anfang Jänner 2004 eine Übereinkunft getroffen, wonach die Kirkuk-Frage vertagt wird, bis eine Volkszählung durchgeführt werden kann. Dabei wurde die sensible Problematik der später angesiedelten Araber mit berücksichtigt. Sogar von einer Rücksiedlung der im Zuge der Arabisierungskampagne angesiedelten Araber wurde gesprochen. Der Zensus könnte dann 2005 oder 2006 durchgeführt werden, bis dahin wäre zumindest diese Frage entschärft.²⁸⁶ Betrachtet man allerdings die bisherige Praxis der kurdischen Parteien (vor allem der PUK), dann steht zu befürchten, dass sie diesen Zeitraum nutzen werden, um so viele Kurden nach Kirkuk zurückzuführen, dass sie zum Zeitpunkt der Volkszählung eine möglichst erdrückende Mehrheit bilden. Das wiederum verstärkt den Widerstand der Araber und Türkmene und verschärft die ohnehin ange-

²⁸⁵ RIDOLFO, Kathleen: „End Note: Kurds Press for Autonomy in New Iraq,“ in: RFE/RL, *Iraq Report*, 7/1, 9. Jänner 2004.

²⁸⁶ RFE/RL, *Iraq Report*, 7/2 16. Jänner 2004.

spannte Lage nur noch mehr. Erste Beispiele dafür wurden oben bereits angegeben. Vor dem Hintergrund einer drohenden Explosion der Lage in Kirkuk ist es vielleicht wirklich besser abzuwarten, bis die Lage sich soweit beruhigt hat, dass man ohne Gefahr eine Volkszählung durchführen kann.

Im Zusammenhang mit der Stellung der Kurdengebiete ist zunächst folgendes zu klären: will man es riskieren, die Voraussetzungen für einen lebensfähigen Kleinstaat Kurdistan zu schaffen, dann ist Kirkuk als Teil der föderalen Provinz Kurdistan die einzige Option. Will man aber einen vereinten Irak, dann kann Kirkuk nicht Teil der Provinz Kurdistan werden oder müsste eine besondere Stellung in derselben bekommen. Sollte Kirkuk nun einseitig den Kurden zugeschlagen werden, ist mit arabischen und türkmenischen Protesten sowie mit türkischen Drohungen zu rechnen, die schon bisher gab.

Auf die unterschiedlichen Auffassungen über den Föderalismus zwischen den kurdischen Parteien und den USA wurde oben schon hingewiesen. Die CPA scheint eine mögliche zukünftige Provinzgliederung des Irak auf ihrer Internetseite bereits vorweg genommen zu haben. Sie hat ihre Verwaltungseinheiten wie folgt gegliedert: CPA-Nord, Bagdad-Zentral, CPA Süd-Zentral, CPA Süd und das Direktorat von Najaf.²⁸⁷ Das ergäbe dann folgende Gliederung: Mosul, Bagdad, Diwaniya, Basra-Nasiriya und Najaf – Kurdistan fehlt nicht zufällig. Aber die CPA wird wahrscheinlich selbst bald aufgelöst, und es ist fraglich, wie groß das Interesse sein wird, die von ihr vorgegebenen Strukturen weiterzuführen. Das Abkommen vom 15. November 2003²⁸⁸ sah die Übergabe der Souveränität an die Iraker für den 30. Juni 2003 vor, d.h. die CPA und der regierende Rat IGC werden aufgelöst. Mit Ende Februar 2004 hätte ein Grundgesetz für die Übergangsphase (Transitional Administrative Law) angenommen werden sollen, das noch zweimal überarbeitet wurde, bevor es am 8. März 2004 von den Mitgliedern des IGC unterzeichnet wurde. In der ersten Fassung (Teil 2, C, Übersetzung Prof. Brown) wurde der Status der kurdischen Autonomie nicht befriedigend

²⁸⁷ Siehe die Karte unter <http://www.cpa-iraq.org/regions/index.html>.

²⁸⁸ CPA: „The 15 November Agreement. Timeline to a Sovereign, Democratic and Secure Iraq.“ <http://www.cpa-iraq.org/government/AgreementNov15.pdf>.

gelöst. In der zweiten, von der CPA veröffentlichten Fassung²⁸⁹ wurde der Status quo der Kurdengebiete einfach festgeschrieben: Man gesteht den Kurden jene Gebiete zu, die sie vor dem Krieg schon hielten, und besteht gleichzeitig auf der Einteilung des Landes in 18 Provinzen. Die wichtigsten Punkte der neuen Übergangsverfassung, welche die Kurden betreffen, sind Artikel 9 (Amtssprache), Artikel 27 (Streitkräfte), Artikel 46 (Justiz) und die Artikel 53-56.

Amtssprache:

Die genauen Bestimmungen in Artikel 9 (1) – (6) würden den Irak nach Ansicht Browns in der Praxis in einen zweisprachigen Staat verwandeln. Jede allgemein bindende öffentliche Äußerung müsste auf Arabisch und auf Kurdisch getan werden. Das Recht auf muttersprachlichen Unterricht in türkischer, assyrischer oder armenischer Sprache in staatlichen Schulen und zum Unterricht in jeder anderen Sprache in privaten Schulen wird garantiert.

Minderheiten und Kurdische Regionalregierung:

In Artikel 53 (A) wird die Kurdische Regionalregierung (Kurdistan Regional Government) als offizielle Regierung jener Gebiete anerkannt, die sie bis zum 19. März 2003 in den Provinzen von Dohuk, Erbil, Sulaimaniya, Kirkuk, Diyala und Niniveh kontrolliert hat. Die kurdische Regionalregierung soll ihre bisherigen Funktionen bis zum Ende der Übergangsphase ausüben. Das beinhaltet das Recht, Steuern einzuheben und eigene Sicherheitskräfte zu unterhalten (Artikel 54 (A)). Der kurdischen Nationalversammlung wird nach lit. (B) außerdem das Recht zugestanden, Bundesgesetze zu beeinspruchen.

Die Grenzen der 18 Provinzen sollen während der Übergangsphase nicht verändert werden 53(B). Jede Gruppe von nicht mehr als drei Provinzen darf mit anderen eine Region bilden, mit Ausnahme Bagdads und Kirkuks (53 (C)). Die Rechte der Türkmener und Assyrer werden explizit anerkannt (53 (D)). Alle mit der Nationalitätenkorrektur zusammenhän-

²⁸⁹ CPA: „Law of Administration for the State of Iraq for the transitional Period,” <http://www.cpa-iraq.org/government/TAL.html> und Teil II - C.

genden Entscheide werden aufgehoben. Die Betroffenen sind frei, ihre Nationalität selbständig und ohne Zwang festzulegen. (Artikel 58 (A) – 4).

Streitkräfte:

Nach Artikel 27 (B) sind alle Streitkräfte (armed forces and militias), die nicht der Autorität der Übergangsregierung unterstellt sind, verboten, es sei denn, sie werden durch ein Bundesgesetz genehmigt. Im Gegensatz dazu wurde der KRG nach Artikel 54 (A) dieses Recht explizit zugestanden – aber nicht den kurdischen Parteien, welche die Milizen kontrollieren. Brown merkt dazu an, dass es unmöglich sein wird, ein passendes Bundesgesetz bis zum 30. Juni 2004 zu erstellen, und weist darauf hin, dass es schwierig sein wird, die Milizen aufzulösen.²⁹⁰

Zusammengefasst ergibt sich folgende Situation: Weder die endgültige Provinzgliederung noch der Status von Kirkuk oder die Frage der Parteilizen wurde geklärt, vielmehr wurden die wichtigsten Regelungen auf die Zukunft verschoben. Die politischen Führer des Irak werden das nächste Jahr damit verbringen, die nötigen Details auszuarbeiten. Die Frage nach der Zukunft Kurdistans ist noch nicht endgültig entschieden, wichtige Entschlüsse sind aber schon gefasst worden. So wird Kirkuk nicht der KRG zugeschlagen und darf sich wie Bagdad auch aus freien Stücken keiner anderen Provinz anschließen. Der kurdische Traum von der Hauptstadt Kirkuk ist somit beendet, aber es dürfte unwahrscheinlich sein, dass sich die kurdische Bevölkerung damit abfinden wird. Damit hat die KRG nur das bekommen, was sie unter Saddam Hussein bereits hatten: die Kontrolle über einen Teil des über mehrere irakische Provinzen verstreuten kurdischen Siedlungsgebiets, in dem sie weitgehend autonom handeln kann. Das erklärte Ziel, alle kurdischsprachigen Gebiete zu vereinen und Kirkuk zu bekommen, ist nicht erreicht worden, und dieser Status gilt noch dazu nur für die Übergangsphase. Die kurdischen Nationalisten können mit dieser Verfassung nicht glücklich sein. Vielleicht haben sie vor dem gleichen Hintergrund wie auch gewisse schiiti-

²⁹⁰ BROWN, Nathan: *Transitional Administrative Law Commentary and Analysis*, 7/8, März 2004, Art. 27 sowie unten Teil II D.

sche Persönlichkeiten unterschrieben: mit dem Wissen, dass diese Übergangsverfassung nur ein Jahr lang gilt.

4. Abkürzungen

Kurzbezeichnung	Beschreibung
CIA	Central Intelligence Agency
CPA	Coalition Provisional Authority
DPK/KDP	Demokratische Partei Kurdistan / Kurdistan Democratic Party
EU	European Union
ITC / ITF	Irak Türkmen Cephesi / Iraqi Turkmen Front
IGC	Iraq Governing Council / Irakischer Regierender Rat
INC	Iraq(i) National Congress
INTP	Iraqi National Turkmen Party / Irakische Nationale Türkmenen Partei
IKF	Iraqi-Kurdistan Front
KDP	Kurdistani Democratic Party (Iraq)
KDP-I	Kurdistan Democratic Party-Iran
KRG	Kurdistan Regional Government
MHP	Milli Hareket Partisi
PMF	Peace Monitoring Force
PKK	Partiya Karkeren Kurdistan/ Arbeiterpartei Kurdistan
PUK	Patriotische Union Kurdistans
RFE	Radio Free Europe
RL	Radio Liberty
SCIRI	Supreme Council for the Islamic Revolution in Iraq
TP	Türkmeneli Partei
UNO	United Nations Organization
UNSCR	United Nation Security Council

5. Bibliographie

- ABDUL-JABAR, Faleh: „The Wordly Roots of Religiosity in Post-Saddam Iraq,“ in: Middle East Report, 227/2003, S. 12-18.
- ABURISH, Saïd K.: Saddam Hussein. The Politics of Revenge, London 2000.
- AKGÜN, Birol: „Twins or Enemies: Comparing Nationalist and Islamist Traditions in Turkish Politics,“ in: Middle East Review of International Affairs, 6/1, März 2002, S. 17-35.
- ARAL, Berdal: „Atatürk Döneminde Türkiye ve Uluslararası Hukuk,“ in: Yeni Türkiye (Hg): Cumhuriyet 1923-1998 Dönemi Değerlendirmesi, Bd. II S. 1368-1374.
- Assyrian International News Agency – AINA: Assyrian Human Rights Report, London 1997, <http://www.aina.org/ahrr.htm>.
- AVINERI, Shlomo: „Three Iraqs Are Better Than One,“ in: Jerusalem Post, 24. Oktober 2003, S. 17.
- BARR, Cameron W.: „Kirkuk, a mirror of Iraq’s schisms,“ in: Christian Science Monitor, 4. März 2003.
- BEAUMONT, Peter: „Premature rejoicing in Kirkuk,“ in: The Guardian, 9. März 2004.
- BEHRENDT, Günther: Nationalismus in Kurdistan. Vorgeschichte, Entstehungsbedingungen und erste Manifestationen bis 1925, Hamburg 1993.
- BENGIO, Ofra: “How Does Saddam Hold On?” in: Foreign Affairs, 4/2000, S. 91-103.
- BENGIO, Ofra: „The Challenge to the Territorial Integrity of Iraq,“ in: Survival, 37/2, 1995 S. 74-95.
- BOZTAŞ, Salih: „3rd. Turkmen General Assembly Convenes To Choose A Leader,“ in: Zaman 14. September 2003; www.zaman.com/default.php?kh=4118.
- BROWN, Nathan: Transitional Administrative Law Commentary and Analysis, 7/8 März 2004. <http://www.geocities.com/nathanbrown1/interimiraqiconstitution.html>.

- BROWN, Nathan: Interim Iraqi Constitution January 2004 Draft.
Translation and Commentary.
<http://www.geocities.com/nathanbrown1/taldraftjan2004.html>.
- BUDAK, Mustafa: „Hangi Misâk-ı Millî?“ in: Yeni Türkiye (Hg): Cumhuriyet 1923-1998 Dönemi Değerlendirmesi, Bd. I, S. 253-260.
- CAGATAY, Soner: „Turkmens – the Soft Underbelly of the War in Iraq,“ Policywatch 735, 27. März 2003.
- CALABRESE, John: „The United States and Iran without Illusions,“ in: Middle East Institute Perspective, 10. Juni 2003.
- COLE, Juan: „The United States and Shi'ite Religious Factions in Post-Ba'athist Iraq,“ in: Middle East Journal, 57.4 Herbst 2003 SS. 543-56.
- CORNELL, Svante E.: „The Kurdish Question and Turkish Politics,“ in: Orbis, 1/01, SS. 31-46.
- CPA: „The 15 November Agreement. Timeline to a Sovereign, Democratic and Secure Iraq,“
<http://www.cpa-iraq.org/government/AgreementNov15.pdf>.
- DARWISH, Adel: „Iraqi Update,“ in: The Middle East, 341/Jänner 2004, SS. 12-16.
- Democratic Principles Work Group/ATTIYAH, Ghassan und Kanan MAKIYA: Final Report on Transition To Democracy in Iraq, London, November 2002.
- DÜZGÖREN, Koray: „Türkiye'nin Kürt Sorunu,“ in: Cumhuriyet Dönemi Türkiye Ansiklopedisi, Bd. 13, S. 853-862.
- EISENSTADT, Michael und Eric MATHEWSON (Hg): U.S. Policy in Post-Saddam Iraq. Lessons from the British Experience, Washington 2003.
- ESİN, Necmettin: „Irak Türkleri,“ in: Türk Kültür Araştırma Enstitüsü (Hg): Türk Dünyası El Kitabı, Ankara 1976, S. 1125-1131.
- FARAMARZI, Sheherezade: „Kurdish official threatens to force Turkish peacekeepers out of northern Iraq,“ Anchorage Daily News, 27. Jänner 2004.
- GELB, Leslie H.: „The Three-State Solution,“ in: New York Times, 25. November 2003.
Global IDP – Project: Profile of Internal Displacement: Iraq, Genf 19. Februar 2004. www.idp.org.
- HARRER, Gudrun: Kriegs-Gründe. Versuch über den Irak-Krieg, Wien 2003.

- HASHIM, Ahmad: „Saddam Husayn and Civil-Military Relations in Iraq: The Quest for Legitimacy and Power,“ in: Middle East Journal, 57.1, Winter 2003, SS 9-41.
- HEINTZE, Hans-Joachim: „Die Nachkriegsordnung des Irak und die Kurden,“ in: Erich REITER (Hg): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2003, Hamburg – Berlin – Bonn 2003; S. 173-186.
- HIENTZE, Hans-Joachim: „Die Kurden im Nordirak – Opfer oder Gewinner des Konflikts?“ in: Jihad vs. McWorld? Friedenspolitik im Spannungsfeld zwischen Globalisierung und Fundamentalistischer Bedrohung, (Friedensberichte 2003; Ergebnisse der State-of-Peace-Konferenz 2003) herausgegeben vom Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, Münster 2003, S. 180-194.
- HEINTZE, Hans-Joachim: „Die Kurden im Irakkonflikt,“ in: Blätter für deutsche und Internationale Politik, 4/2003 SS. 446-455.
- HRW – Human Rights Watch, Iraq: Forcible Expulsion of Ethnic Minorities, Vol. 15, No. 3 (E), März 2003.
- IGC: War in Iraq: What’s Next for the Kurds, Middle East Report N° 10; Amman- Brüssel 10. März 2003.
- IGC: Radical Islam in Iraqi Kurdistan: The Mouse That Roared? Amman – Brüssel, 7. Februar 2003.
- JONES, James L.: „Operation PROVIDE COMFORT: Humanitarian and Security Assistance in Northern Iraq,“ in: Marine Corps Gazette, November 1991, SS. 99-107.
- KAPLAN, Lawrence F.: “Federal Reserve. The State Department’s Anti-Democratic Plan for Iraq,” in: The New Republic, 17. März 2003, www.tnr.com.
- KATZMAN, Kenneth: Iraq: U.S. Regime Change Efforts and Post-Saddam Governance, CRS (Report for Congress RL31339), 7. Jänner 2004.
- KATZMAN, Kenneth: Iraq: U.S. Efforts to Change the Regime, CRS (Report for Congress RL 3339), 22. März 2002.
- O’LEARY, Carole A.: „The Kurds of Iraq: Recent History, Future Prospects,“ in: Middle East Review of International Affairs, 6.4 Dezember 2002.
- OLIPHANT, Thomas: „Questions Over Presence in Iraq,“ in: Boston Globe, 8. Juli 2003.
- O’LOUGHLIN, Ed: „Bad blood lingers after strange days in Kurdistan,“ in: Sydney Morning Herald, 19. Juli 2003.

- McDOWELL, David: A Modern History of the Kurds. 3. Aufl. London 2000.
- MIGDALOVITZ, Carol: Iraq: The Turkish Factor, CRS (Report for Congress RS 21336), 31. Oktober 2002.
- MIGDALOVITZ, Carol: Turkey: Issues for U.S. Policy, CRS (Report for Congress RL 31429), 22. May 2002.
- MURPHY, Dan: „Kurds' struggle intensifies ethnic conflict in Kirkuk,“ in: Christian Science Monitor, 9. Jänner 2004.
- PERTHES, Volker: „Postwar-Scenarios in Iraq and Regional Re-ordering,“ in: The International Spectator, 4/2002, S. 21-26.
- PARK, Bill: „Turkey Concerned by Kurdish Autonomy in new Iraq,“ in: Jane's Intelligence Review, Februar 2004, S. 24-27.
- PARK, Bill: „Strategic Location, Political Dislocation: Turkey, the United States and Northern Iraq,“ in: Middle East Review of International Affairs, 7/2 Juni 2003, S. 11-23.
- POSCH, Walter: „Die irakischen Schiiten nach dem Fall Saddam Husseins,“ in: Walter FEICHTINGER (Hg): Irak 2003. Aspekte eines Umbruchs, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Wien, 8/2003, SS. 101-153.
- POSCH, Walter: Irak unter Saddam Hussein. Das Ende einer Ära? Historischer Hintergrund – Akteure – Szenarien, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Wien, 13/2002.
- PRAGER, Rachel: Turkish-American Relations. Historical Context and Current Issues, Georgetown University 2003.
- PRUSHER, Ilene R.: „In Iraq's north, fears that disorder could spur ethnic strife,“ in: Christian Science Monitor, 14. April 2003.
- PRUSHER, Ilene R.: „Top Kurdish Leader Assesses the Cost of War,“ in: Christian Science Monitor, 16. April 2003.
- RABIL, Robert G.: „The Iraqi Opposition's Evolution: From Conflict to Unity?“, in: Middle East Review of International Affairs, 6/4, Dezember 2002, 1-17.
- RABIL, Robert G.: „Operation Termination of Traitors: The Iraqi Regime Through ist Documents,“ in: Middle East Review of International Affairs, 6/3, September 2002, S. 14-24.
- ROSEN, Nir: „Iraq: Three from one doesn't add up“, in: Asia Times, 27. November 2003,
http://www.atimes.com/atimes/Middle_East/EK27Ak05.html.

- SALIH, Khalid: Responsibility to Protect the Kurds, KRG/Nordic Representation No 2003-1 Stockholm, März 2003.
- SCOTT-TYSON, Ann: „In Iraq’s Northwest, an Emerging Model,“ in: Christian Science Monitor, 23. September 2003.
- SOYSAL, İsmail: „Türkiye Cumhuriyeti’nin 75 Yıllık Dış Politikası,“ in: Yeni Türkiye (Hg): Cumhuriyet 1923-1998 Dönemi Değerlendirmesi, Bd. II, S. 1361-1367.
- TAVŞANOĞLU, Leyla: „Türkiye aktif tavır almalı,“ Cumhuriyet (Europaausgabe), 21. März 2003.
- TAŞKIRAN, Cemalettin: „Atatürk ve Misâk-i Millî’ye Ait Bir Belge,“ in: Yeni Türkiye (Hg): Cumhuriyet 1923-1998 Dönemi Değerlendirmesi, Bd. I, S. 249-252.
- TRIPP, Charles: A History of Iraq, 2. Aufl., Cambridge 2002.
- WHITE, Nigel D.: „The Legality of the Threat of Force Against Iraq,“ in: Security Dialogue, 30 (1) 1999, S. 75-86.
- WILLIAMS, Daniel: „Kurds Press for Independence. Effort Alarms Neighbours and Threatens U.S. Plan for Iraq,“ in: Washington Post, 30. Jänner 2004.
- WILSON, Scott: „Kurds Influence in Kirkuk Rises Along with Discord. Ethnic Power Struggle Plays Out Under US Control,“ Washington Post, 19. Mai 2003.
- YAPHE, Judith S.: „War and Occupation in Iraq: What Went Right? What Could Go Wrong?“, in: Middle East Journal, 57/3, Sommer 2003, SS. 381-399.
- YAVUZ, Hakan und Michael M. GUNTER: „The Kurdish Nation,“ in: Current History, 624/01, SS. 33-39.

6. Karten

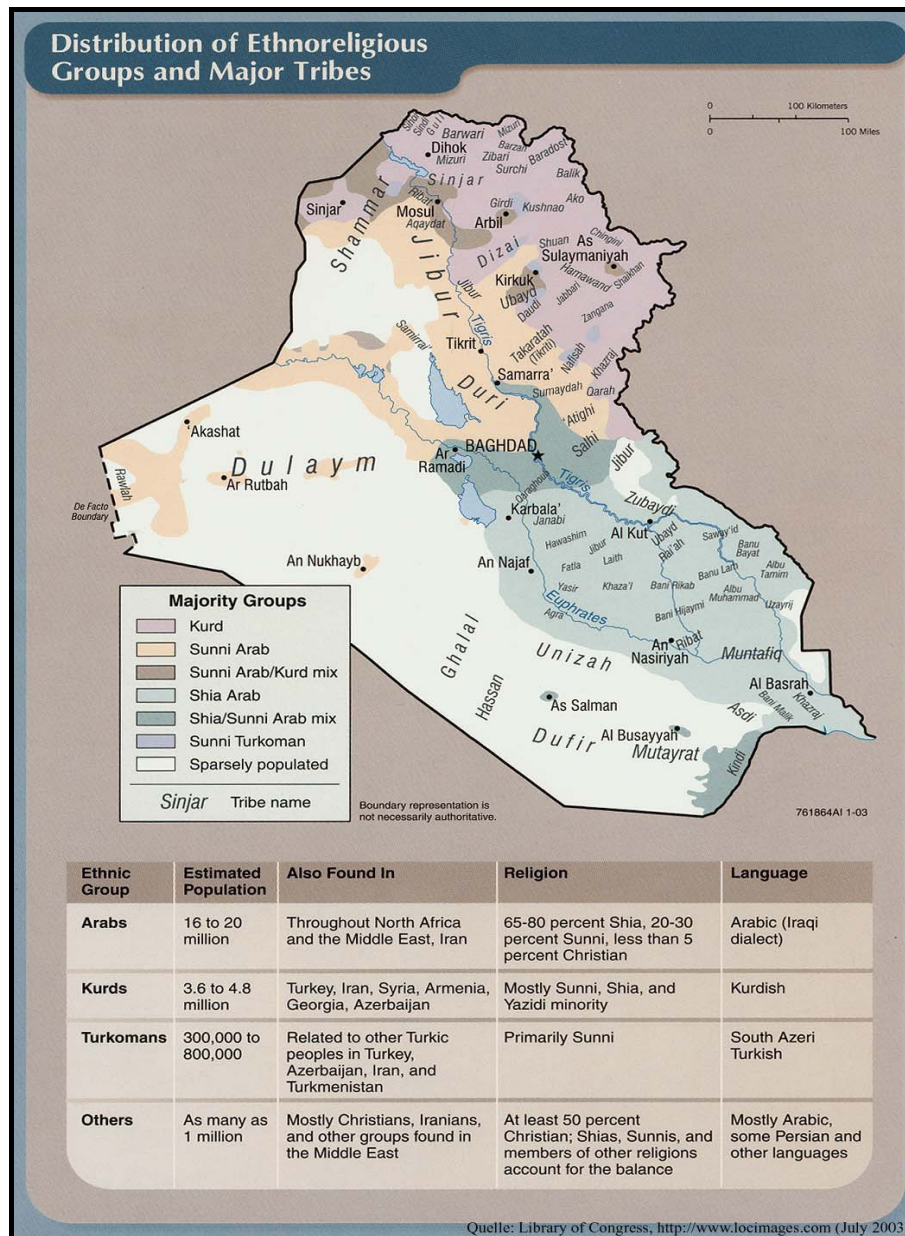


Abb.: Verteilung der ethnoreligiösen Gruppen im Irak



Abb.: Kurdische Autonomie-Regionen



Abb.: Aufteilung der kurdischen Machtbereiche: KDP und PUK